

Preußische Allgemeine



Nr. 39 · 27. September 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Tage der Wahrheit

Die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Einführung von Grenzkontrollen und die Folgen der Landtagswahlen im Osten der Republik **Seiten 1 und 3**



Tradition Die erstaunlich aktuelle Botschaft des Mensurwesens **Seite 12**



Technik Der Masurische Kanal – ein unfertiges Meisterwerk **Seite 18**

FOTOS: PICTURE ALLIANCE/DA/PATRICK PLEUL; IMAGO LIFE; WIKIPEDIA

VON RENÉ NEHRING

POLITIK

Deutschland steht vor einem „Herbst der Entscheidungen“

Nach den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg taumelt die Ampelregierung – und droht das Land mit nach unten zu ziehen

Vor einem „Herbst der Entscheidungen“ steht unser Land, wenn man maßgeblichen Vertretern der Regierungsparteien glauben mag. Anlass dieser Einschätzung sind die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen, die für die Partner der Berliner „Ampel“ fast ausnahmslos verheerend waren.

Zwar wurden die Sozialdemokraten soeben in Brandenburg überraschend klar Wahlsieger, doch verdanken sie dies nicht nur der Angst vieler Wähler vor einem Triumph der AfD, sondern auch dem Umstand, dass Ministerpräsident Woidke alles dafür tat, nicht mit den Genossen auf Bundesebene in Verbindung gebracht zu werden und sogar seinem Parteifreund und Bundeskanzler Scholz ein regelrechtes Hausverbot für den Wahlkampf erteilte. In Sachsen und Thüringen haben es die Sozialdemokraten gerade noch so in den Landtag geschafft. Den Grünen wiederum gelang lediglich in Sachsen der – knappe – Wiedereinzug ins Parlament. Aktuelle Umfragen zufolge stehen sie auch im Bund nur noch einstellig. Die FDP ist sogar so weit am Boden, dass sie in allen drei Ländern nur noch bei den „sonstigen Parteien“ aufgelistet wurde.

Angesichts dieser Ergebnisse dürfte wohl niemand mehr bestreiten, dass die Ampelkoalition am Ende ist. Weshalb sich noch am Wahlabend von Brandenburg die Überlegungen auf die Frage richteten, ob die amtierende Bundesregierung noch den Willen und die Kraft hat, bis zum Ende der Legislaturperiode durchzuhalten.

Diese Frage stellt sich vor allem für die FDP, für die es im Grunde seit ihrem Einstieg in die Ampelregierung kontinuierlich nach unten geht und die derzeit bundesweit bei nur noch 3,5 Prozent steht. Die Freidemokraten zahlen sichtbar den Preis für ihr Mittragen zahlreicher Kernprojekte der „Ampel“ wie den Ausstieg aus der Kernkraft, den Zwang zur Wärmepumpe

oder auch den Kampf gegen den Verbrennungsmotor, die von Anhängern eines echten Liberalismus abgelehnt werden.

Als Folge ihrer Treue zu einer von ihren Wählern nicht gewollten Koalition steckt die FDP nun in einem perfekten Dilemma. Eigentlich müsste sie, um ihren weiteren Niedergang zu vermeiden und einen Rest von Glaubwürdigkeit zu bewahren, die Regierung auf dem schnellsten Weg verlassen. Andererseits dürften sofortige Neuwahlen, die bei einem solchen Schritt wahrscheinlich wären, für die Liberalen in ihrer gegenwärtigen Form verheerend ausfallen. Die Partei von Finanzminister Lindner hat somit die Wahl, ob sie den politischen Tod lieber jetzt sterben will oder erst in einem Jahr.

Showdown im November?

Deutet man jüngste Aussagen von Lindner richtig, scheint die FDP eine dritte Option dazwischen zu sehen. Mit dem Ausrufen des „Herbstes der Entscheidungen“ versucht sie offenbar auch, Zeit zu gewinnen, um sowohl einen sofortigen Ausstieg aus der Koalition zu vermeiden als auch bis zum Ende durchhalten zu müssen.

Als Kern- und Knackpunkte der kommenden Wochen nannte Lindner Medien gegenüber die Migration, den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes und eine „stabilitätsorientierte Haushaltspolitik mit mutiger Schwerpunktsetzung“. Hier werde sich zeigen, ob die Koalition noch

in der Lage sei, mehr zu tun für Bildung, Sicherheit, Investitionen in die Infrastrukturen und Steuerentlastungen – und bei alledem die verfassungsmäßig vorgegebene Schuldenbremse einzuhalten.

Aufseiten der Regierungspartner war es SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert, der die Vokabel vom „Herbst der Entscheidungen“ aufgriff und erklärte, dass auch seine Partei im Laufe der Legislaturperiode noch einige „Herzensprojekte“ durchbringen wolle.

Was angesichts der Erfahrung, dass sozialdemokratische Pläne oft ein kostspieliges Vergnügen sind, nicht unbedingt wie eine Verheißung klingt, könnte sich nun als Anlass für einen Showdown der Regierungspartner im Herbst erweisen. So musste Arbeitsminister Heil dieser Tage verkünden, dass er für sein „Herzensprojekt“ Bürgergeld im kommenden Jahr schlappe 9,6 Milliarden Euro mehr benötigt als bislang geplant. Was wiederum den gerade erst im Sommer zusammengetricksten Budgetentwurf für 2025 zu sprengen droht. Weitere finanzpolitische Offenbarungen sind zu erwarten.

Die Stunde der Wahrheit dürfte nun also im November schlagen, wenn die Regierung den Haushalt final verabschieden muss. Der FDP böte sich hier eine – vor den kommenden Bundestagswahlen vermutlich letzte – Gelegenheit zu zeigen, dass sie noch immer die Partei liberaler Grundsätze ist. Ein mögliches Aufkündi-

gen der Koalition könnten die Freidemokraten dann mit unüberwindbaren Konsequenzen in der Regierung begründen und als Standhaftigkeit für die Interessen der Bürger dieses Landes verkaufen.

Doch egal, ob die „Ampel“ einen ordentlichen Haushalt für 2025 hinbekommt oder nicht, steht die Frage im Raum, welchen Schaden die Koalition bis zu ihrem Ende noch anrichten wird. Dass Kanzler Scholz und dem grünen Wirtschaftsminister Habeck angesichts nahezu täglicher Nachrichten über die Abwanderung oder gar das Ende traditionsreicher Unternehmen nicht mehr einfällt, als den betroffenen Firmen ein schlechtes Wirtschaften zu unterstellen, zeigt, dass sie noch immer nicht verstehen (wollen), wie schädlich ihre Politik ist.

Besorgniserregend ist nicht zuletzt der Umgang des Kanzlers mit seinem beliebtesten Kabinettsmitglied Boris Pistorius. Für viele Wähler und Beobachter des Politikbetriebs gilt der Verteidigungsminister nicht nur als einziger Lichtblick in einem historisch unbeliebten Kabinett – sondern auch als mögliche Alternative zu Scholz. Dass der Kanzler als Reaktion darauf seinen Fachminister für die von ihm selbst ausgerufenen „Zeitenwende“ regelmäßig im Regen stehen lässt (Stichworte: Verteidigungsbudget und Traditionserlass), zeigt, dass ihm im Zweifel der eigene Machterhalt wichtiger ist als das Interesse unseres Landes.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wird die „Korridorsanierung“ zum letzten Sargnagel für die Deutsche Bahn? **Seite 4**

Kultur

Die ARD inszeniert das Leben Alfred Herrhausens wie ein Shakespeare-Drama **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Osterode fanden die 10. Sommerspiele der Deutschen Minderheit statt **Seite 13**

Lebensstil

Zum 30. Mal lädt der Kurort Bad Wörishofen zum „Festival der Nationen“ **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 304401 39
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

DEI-Prinzipien beinhalten Vielfalt, Gleichberechtigung und Einheit – Klingt nett, ist aber radikaler Rassismus – Biederten sich Firmen mit diesen Themen erst an, nehmen sie nun Abstand, denn die Kunden bleiben weg

Wokismus in der Wirtschaft

Immer mehr Konsumenten betrafen den LGBTQ-Opportunismus großer Unternehmen und Konzerne

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 28. Februar 2018 veröffentlichte die „New York Times“ einen viel beachteten Beitrag von Ross Douthat mit dem Titel „The Rise of Woke Capital“. Darin hieß es, die großen Konzerne der USA würden nun gesellschaftspolitisch „erwachen“, woraus auch eine zunehmend stärkere Orientierung an den Prinzipien „Diversity“ (Vielfalt), „Equity“ (Gleichberechtigung) und „Inclusion“ (Einbeziehung aller), kurz DEI, resultiere. Damit hatte der Kolumnist zweifellos Recht, wobei das Ganze in der Praxis vor allem auf die Diskriminierung männlicher heterosexueller Weißer bei gleichzeitiger Bevorzugung von farbigen, lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, queeren und intersexuellen Mitarbeitern hinauslief. Für den Kniefall vor der LGBTQ-Lobby schuf diese sogar eine Art Qualitätssiegel namens Corporate Equality Index (CEI).

Nach dem Tode des afroamerikanischen Gewohnheitskriminellen George Floyd bei einer Polizeikontrolle am 25. Mai 2020 erlebte die DEI-Politik einen gewaltigen, bisher ungeahnten Aufschwung. So verpflichtete sich plötzlich der Software-Gigant Microsoft, die Zahl seiner schwarzen Mitarbeiter und Führungskräfte bis 2025 zu verdoppeln. Schließlich bestand sogar die Technologiebörse Nasdaq auf Diversity-Quoten bei den von ihr gelisteten Unternehmen, und Investmentbanken blockierten Börsengänge, wenn ein Konzern nur von weißen Mitarbeitern geführt wurde.

Zurück zur Normalität

Nun aber beginnt das Pendel in die Gegenrichtung auszuschlagen: Immer mehr Schwergewichte der US-Wirtschaft streichen ihre DEI-Programme radikal zusammen oder geben diese ganz auf. Das gilt unter anderem für Microsoft und weitere IT-Riesen wie Meta, Google und Zoom, die Baumarktketten beziehungsweise Einzelhandelskonzerne Walmart, Tractor Supply Company, Lowe's und Home Depot, das Internet-Versandhaus Wayfair, den Landmaschinenhersteller John Deere, den Motorrad-Produzenten Harley-Davidson, den Spirituosenkonzern Brown-Forman, der unter anderem den Whiskey der Marke Jack Daniel's auf den

Markt bringt, die Großbrauerei Molson Coors, die Autokonzerne Ford und Tesla, die Investmentbank JPMorgan Chase sowie den Fernsehsender CNN.

Alles in allem bekannten sich im ersten Quartal 2024 lediglich noch 74 US-Großunternehmen zu den DEI-Prinzipien, während es drei Jahre zuvor fast 300 gewesen waren. Dieser drastische Rückgang resultiert aus mehreren Gründen.

Primär vergiftete die DEI-Politik das Betriebsklima und führte zu etlichen Diskriminierungsklagen. Außerdem betonen die Unternehmen, dass sich das externe und juristische Umfeld weiterentwickelt habe und neue Herausforderungen entstanden seien. Damit spielen sie unter anderem auf die 44 Gesetze an, welche in republikanisch regierten Bundesstaaten inzwischen erlassen wurden, um spürbar übertrieben woke Firmen in die Schranken zu weisen. Das bekam unter anderem schon der Disney-Konzern zu spüren, der in Florida bislang zahlreiche Sonderrechte genoss. Zu guter Letzt gibt immer we-

niger Konsumenten, die es schätzen, wenn sich Unternehmen zu sehr politisch engagieren und positionieren – vor allem zu aufgeheizten Themen. Laut Umfragen der Gallup-Bentley University lag ihr Anteil an der US-Gesamtbevölkerung im August nur noch bei 38 Prozent. Das ist nicht zuletzt die Folge des Wirkens einflussreicher konservativer Aktivisten. So sorgte der Filmproduzent Robby Starbuck mit Boykottaufrufen für den Rückzug der Tractor Supply Company und weiterer Firmen aus den DEI-Programmen. Und tatsächlich sind Verbraucherboykotte das schärfste Schwert im Kampf gegen woke Unternehmen, weil sie schnell zu Milliardenverlusten führen können.

Kundenboykott wirkt heftig

Dies bekam beispielsweise die Brauerei Anheuser-Busch zu spüren, die im April 2023 bekannt gab, bei der Vermarktung der Biermarke Bud Light mit der Transperson Dylan Mulvaney kooperieren zu wollen. Viele Amerikaner regierten hier-

auf mit einem Boykott des Getränks, der Anheuser-Busch Company allein im Jahr 2023 Umsatzeinbußen von über einer Milliarde Dollar bescherte.

Das gleiche Fiasko erlebte der US-Discounter Target: Die Platzierung von Badeanzügen für Transpersonen im Kindesalter im Eingangsbereich der Geschäfte verprellte zahlreiche Kunden und führte am Ende zu einem Verlust von zwei Milliarden Dollar. Auch der Sportartikelkonzern Nike sowie der nun zu Procter & Gamble gehörende Rasierklingenhersteller Gillette sowie die Kult-Motorradmarke Harley-Davidson machten ähnliche Erfahrungen, wobei im letzteren Fall der deutsche Vorstandsvorsitzende Jochen Zeitz für das Debakel verantwortlich war.

Andererseits zeigt das Beispiel Harley-Davidson, dass lernfähige Unternehmen sich schnell wieder auf die fundamentale Erkenntnis des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften Milton Friedman besinnen können, welche lautet: „The business of business is business.“



Homage der Berlin Mall an die woke Zielgruppe: Die ist zwar klein, dafür aber laut und tut gern so, als sei sie in der Überzahl. Firmen, die sich dem vermeintlichen Zeitgeist anbiehern, werden zunehmend boykottiert: nämlich von der Mehrzahl der Normalen

FOTO: PICTURE ALLIANCE/FOTOSTAND/FOTOSTAND/REUHL

FALSCHES MARKETING

Es rächt sich, wenn Unternehmen die Mehrheit ausschließen

Gendern, Moralisieren, woke Überheblichkeit – auch deutsche Firmen kassieren die Quittung für ihren Kniefall vor Minderheiten

Während US-amerikanische Konzerne zunehmend darauf verzichten, woke Tugendprotzei zu betreiben, ist diese in bundesdeutschen Unternehmen nach wie vor noch gang und gäbe. Davon zeugt beispielsweise die Kampagne „Made in Germany – Made by Vielfalt“, welche von dem Nachwuchs-Gesellschafter Timm Mittelsten Scheid des Haushaltsgeräte-Direktverkäufers Vorwerk ins Leben gerufen wurde. An ihr beteiligten sich rund 50 deutsche Familienunternehmen, die so „ein eindeutiges Zeichen für mehr Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit“ setzen wollen. Außerdem behaupten sie: „Der Wirtschaftsstandort Deutschland braucht unsere pluralistische, offene, eu-

ropäisch orientierte Gesellschaft. Vielfalt ist die Grundlage für den Wohlstand Deutschlands.“

Hinter dieser Botschaft stehen auch etliche Unternehmen der Bundesrepublik, denen das Wasser bis zum Hals steht oder die keine Zukunft mehr im Wirtschaftsstandort Deutschland sehen, was aber nicht an mangelnder Vielfalt, sondern an den desaströsen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen liegt: So wird der Kettensägen-Hersteller Stihl seine Produktion ins Ausland verlagern, weil „manche Investition in Deutschland im Vergleich zu anderen Standorten nicht wettbewerbsfähig ist“. Der Kabel- und Steckerspezialist Lapp klagt über bürokrati-

sche Überregulierung, hohe Steuern beziehungsweise Sozialabgaben sowie die explodierenden Energiepreise, weswegen er keine neuen Projekte in der Bundesrepublik plant. Ebenso baut der Elektrogüterkonzern Miele, der unablässig für „Inklusion und Diversity“ wirbt, jeden neunten Arbeitsplatz hierzulande ab.

Dabei sind die schlechten Geschäftszahlen oft nur eine Folge dessen, dass die Kunden auf den Kniefall vor dem woken Zeitgeist mit Kaufboykotten reagieren. Diese Erfahrung machte unter anderem der Versandhändler Otto. Der rühmt sich stolz der Unterstützung von allerlei „Diversity-Netzwerken, darunter das queere Netzwerk MORE*, das Fe*Male Network

„Du musst nicht bei uns bestellen“, so der Otto-Versand zu Kunden, die der Woke-Wahnsinn des Unternehmens nervte. Und die beherzigten den Rat. Die Folge: 426 Euro Millionen Verlust

PLAN F, das Netzwerk #experienced für Kolleg*innen über 50, ein Väternetzwerk und ein antiRacism-Netzwerk“. Darüber hinaus wird bei Otto konsequent gegen-dert, wobei Kunden, die das stört, 2021 zu hören bekamen: „Du musst nicht bei uns bestellen.“ Ein Rat, den viele tatsächlich beherzigten, wie die Zahlen der beiden folgenden Geschäftsjahre zeigten: Otto verbuchte Verluste von 413 beziehungsweise 426 Millionen Euro. Ähnlich erging es deutschen Unternehmen, deren Werbung sich kaum noch an weiße Mitteleuropäer richtet. Allen voran Adidas, die ihr woke-schwarzes Werbeabenteuer – schwarzer Mann im weiblichen Badeanzug – Millionenverluste kostet. W.K.

„Die Regierung wirft Nebelkerzen“

Über das Scheitern der bisherigen Migrationspolitik, den Sinn der Wiedereinführung von Grenzkontrollen sowie die Frage, wem deutsche Politik vorrangig verpflichtet ist

IM GESPRÄCH MIT
CHRISTOPH DE VRIES

Seit wenigen Tagen gelten in Deutschland wieder feste Grenzkontrollen. Damit will die Bundesregierung die ungesteuerte Zuwanderung nach Deutschland stoppen. Sowohl bei Befürwortern als auch Gegnern einer stärkeren Regulierung der Migration stießen die beschlossenen Maßnahmen auf Widerstand. Zeit für eine kritische Einordnung.

Herr de Vries, wie bewerten Sie die wieder eingeführten Grenzkontrollen? Kann damit die ungesteuerte Einwanderung nach Deutschland gestoppt werden?

Die Einführung von Grenzkontrollen ist migrationspolitisch für die „Ampel“ durchaus ein großer Schritt, aber sie ist zur Bekämpfung der illegalen Migration nach Deutschland leider ein kleiner Schritt, der die Probleme nicht grundlegend ändern wird. Während die Union einen grundlegenden Kurswechsel mit einer echten Asylwende fordert, die auch die strikte Zurückweisung an unseren Grenzen umfasst, will die gegenwärtige Bundesregierung grundsätzlich illegale Einreisen in großem Stil weiterhin zulassen.

Das ist ein schwerer Vorwurf. Woran machen Sie diesen fest?

Innenministerin Faeser ist seit Beginn ihrer Amtszeit bei der Bekämpfung illegaler Migration eine Getriebene und keineswegs handelnde Akteurin. Was immer sie verkündet, geschieht gegen ihren Willen auf Druck der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers.

Wir sind jedoch an einem Punkt angekommen, an dem wir feststellen müssen, dass ein Großteil der Bevölkerung den unbegrenzten Zustrom nicht mehr will. Es geht jetzt nicht nur um kosmetische Korrekturen, sondern wir müssen die Asylumigration drastisch reduzieren. Dies bekommen wir jedoch nur hin, wenn wir illegale Einreisen nach Deutschland konsequent unterbinden.

Die jüngsten Vorschläge der „Ampel“ zielen jedoch lediglich auf die Beschleunigung eines Verfahrens, das in den letzten zehn Jahren nicht funktioniert hat und gescheitert ist. Die Regierung will nämlich das sogenannte Dublin-Verfahren effektiver machen, demzufolge Asylverfahren in demjenigen Land geführt werden müssen, in dem die Migranten in die Europäische Union einreisen. Damit liegen jedoch alle Hebel nicht in deutschen Händen, sondern bei unseren Nachbarländern, die seit Jahren jeden Tag europäisches Recht verletzen. Im vergangenen Jahr kam es zum Beispiel bei den rund 74.000 Anträgen auf „Dublin-Rücküberstellungen“ gerade einmal in 5000 Fällen zu einer erfolgreichen Rücküberstellung. Dieses System müssen wir also grundsätzlich ändern.

Was heißt „grundsätzlich ändern“?

Wir müssen zwischen kurzfristigen Maßnahmen zur Begrenzung der Migration und einem langfristigen Systemwechsel unterscheiden. Ich glaube, wir haben jetzt nicht mehr – wie es die Bundesregierung gern hätte – die Zeit zu warten auf das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS), das 2026 kommen soll. Wir müssen jetzt handeln.

Das bedeutet: kurzfristig strikte Zurückweisung all derjenigen, die aus einem sicheren Drittstaat oder einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union nach Deutschland einreisen wollen. Damit bewegen wir uns sowohl im Rahmen unseres Grundgesetzartikels 16a, demzufolge Zuwanderer aus einem Drittstaat keinen Anspruch auf Asyl haben, als auch des Paragraphen 18 des Asylgesetzes, der fest schreibt, dass illegale Einreisen zu unterbinden sind. Nicht zuletzt würden wir damit auch für die Durchsetzung europäischen



Hoffnung auf ein Ende der illegalen Zuwanderung: Die Wiedereinführung von Kontrollen an Deutschlands Grenzen

Rechts sorgen, da die Dublin-Verordnung das Verfahren ja eindeutig vorgibt.

Nachbarn wie Polen und Österreich behaupten hingegen, dass Deutschland mit dem jetzigen Schritt, die Grenzen zu schließen und Migranten auch zurückzuweisen, gegen europäisches Recht verstieße.

Derlei Aussagen sind schon verwunderlich. Bei uns hört man solche Töne auch von den Grünen. Als in den letzten zehn Jahren das Dublin-Verfahren faktisch ausgesetzt war und somit täglich europäisches Recht verletzt wurde, haben sie das nie beklagt. Es ist schon bemerkenswert, dass sie jetzt, wo es um die Durchsetzung deutscher Interessen geht, auf europäisches Recht verweisen.

Unseren europäischen Nachbarn müssen wir entgegnen, dass jetzt das geschieht, was sie seit Langem von uns erwartet haben. Deutschland hat mit seiner Politik der offenen Grenzen viele Asylbewerber überhaupt erst ermuntert, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Wenn wir nun eine Wende vollziehen, werden zunächst auch unsere Nachbarn ihre Grenzen besser schützen und sich schon bald deutlich weniger Menschen auf den Weg zu uns machen. Das ist nicht zuletzt auch im Sinne der Stabilität der Europäischen Union. Denn das Migrationsthema hat nicht nur die Kraft, den Zusammenhalt einzelner Länder zu sprengen, sondern die europäische Integration insgesamt.

Im Übrigen müssen die Grenzkontrollen auch nicht von Dauer sein. Sobald der akute Migrantenzustrom gestoppt ist und wir wieder zu einem rechtmäßig funktionierenden Asylverfahren zurückzukehren, könnten die Maßnahmen auch wieder eingestellt werden.

Was soll mit denjenigen Migranten geschehen, die ausreisepflichtig sind, das Land aber nicht verlassen und weder von ihrem Heimat- noch Transitland zurückgenommen werden?

Ich glaube, für die Akzeptanz unseres Asylrechts ist es unerlässlich, dass diejenigen, die keinen Schutzanspruch haben, unser Land wieder verlassen. Das dies derzeit nicht der Fall ist, sorgt für zunehmenden Frust bei den Bürgern. Deshalb müssen Ausreisepflichten auch konsequent durchgesetzt werden. Und wenn Herkunfts- oder Transitländer ihrer Rücknahmepflicht nicht nachkommen, muss ihnen klar sein, dass dies Folgen für ihr Verhältnis zu Deutschland oder zur Europäischen Union haben wird.

Wir müssen in diesem Kontext auch die Frage stellen, warum Migranten hierzulande

einen Schutzstatus bekommen, obwohl in ihren Heimatländern kein Krieg und keine politische Verfolgung herrscht. Wie kann es zum Beispiel sein, dass viele Syrer ohne Angst in ihr Heimatland zu Verwandtenbesuchen reisen? Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in einem Fall vor wenigen Wochen festgestellt, dass es in Syrien befriedete Gebiete gibt. Trotzdem wird in Deutschland nach wie vor jeder Syrer als schutzberechtigt anerkannt.

Ein Problem ist auch, dass unsere Außenministerin einen neuen Sicherheitsbericht verweigert mit dem Verweis darauf, wir hätten keine diplomatischen Kontakte zum Assad-Regime. Natürlich sind Länder wie Syrien oder auch Afghanistan hochproblematisch. Aber wir haben auch diplomatische Kontakte zum Iran, wo jede Woche Menschen hingerichtet werden. Letztendlich muss es für uns wieder darum gehen, unsere eigenen Interessen zu verfolgen.

Der Kanzler würde an dieser Stelle vielleicht einwenden, dass die amtierende Bundesregierung doch mit Usbekistan und Kenia gerade Rückführungsabkommen geschlossen und damit eine Wende in der Asylpolitik eingeleitet hat.

Was die Bundesregierung in dieser Hinsicht vor einigen Tagen verkündet hat, sind doch Nebelkerzen. Die Migrationsabkommen, die derzeit mit einzelnen Staaten geschlossen werden, dienen im Wesentlichen der Fachkräfteanwerbung und nicht der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer aus Deutschland. Und wenn wir uns die Länder anschauen, mit denen diese Abkommen geschlossen werden – Usbekistan, Kenia und andere –, sind die für unsere Migrationskrise kaum von Relevanz, da es aus diesen Staaten kaum Asylbewerber bei uns gibt.

Ein großes Problem mit Zuwanderern, die bereits in Deutschland leben, ist die Messergewalt. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik gibt es täglich Dutzende Vorfälle, von denen die meisten zum Glück nicht tödlich enden. Die Antwort der Bundesregierung darauf ist, Verbotszonen auszuweisen, in denen ganz oder zeitweise keine Messer in der Öffentlichkeit geführt werden dürfen. Was halten Sie von derartigen Schritten?

Die Maßnahmen der Bundesregierung, die ja wesentlich von Frau Faeser verantwortet werden, kommen eher einer Bankrotterklärung gleich als einem Versprechen für mehr Sicherheit unserer Bürger.

„Es gibt sicherlich eine humanitäre Verpflichtung, verfolgten Menschen auch aus anderen Ländern zu helfen. Aber die Kernaufgabe unseres Staates ist es, die Bürger des Landes zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Die Sicherheit von Straftätern oder auch von islamistischen Gefährdern darf nicht über die Sicherheit unserer eigenen Bevölkerung gestellt werden“

Wenn wir uns das Ausmaß der Ausländerkriminalität insbesondere von Syrern, Afghanen und anderen Personen aus den relevanten Asylherkunftsstaaten anschauen und sehen, dass inzwischen jeder zweite Tatverdächtige keine deutsche Staatsbürgerschaft hat, ist unbestreitbar, dass eine strikte Begrenzung der Asylumigration auch ein wesentlicher Beitrag zu mehr Sicherheit in Deutschland ist.

Es gibt sicherlich eine humanitäre Verpflichtung, verfolgten Menschen auch aus anderen Ländern zu helfen. Aber die Kernaufgabe unseres Staates ist es, die Bürger des Landes zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten. Die Sicherheit von Straftätern oder auch von islamistischen Gefährdern darf nicht über die Sicherheit unserer eigenen Bevölkerung gestellt werden. Das sehen auch die vielen rechtschaffenen und fleißigen Migranten so, die zu Unrecht in politische Mithaftung für die Taten genommen werden und sich ebenfalls einen Kurswechsel in der Migrationspolitik wünschen.

Ihre Kritik an den derzeitigen Umständen leuchtet ein. Andererseits war es mit Angela Merkel eine Kanzlerin aus Ihrer Partei, die 2015 für eine Politik verantwortlich war, in deren Folge binnen kurzer Zeit Millionen Menschen unkontrolliert nach Deutschland einreisen konnten, was dann wesentlich zu den gegenwärtigen Zuständen führte. Hat die CDU beim Thema Migration nicht ein Glaubwürdigkeitsproblem?

Den Vorwurf, dass es doch die Union war, die die ganzen Migranten ins Land gelassen hat, hören meine Parteifreunde und ich praktisch jeden Tag. Hierzu kann ich nur entgegnen, dass die CDU unter Friedrich Merz, der 2015 keine politische Verantwortung hatte, mit ihrem neuen Grundsatzprogramm einen grundlegenden Kurswechsel in der Migrationspolitik eingeschlagen hat.

Die Politik von 2015/2016 ist aus meiner Sicht ein Fehler gewesen, und ich habe daraus auch nie einen Hohl gemacht. Richtig ist aber auch, dass Deutschland schon unter Angela Merkel einen Kurswechsel eingeschlagen hatte. Bis 2020 konnten wir die Asylbewerberzahlen kontinuierlich herabsenken auf bis zu 102.000 Anträge pro Jahr. Das waren sogar weniger als vor der Flüchtlingskrise von 2015. Erst mit der „Ampel“ sind dann wieder alle Tore geöffnet worden.

Fakt ist: Die Migrationsfrage hat das Potential, unsere Demokratie nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt zu gefährden. Das zeigen die Ergebnisse der jüngsten Wahlen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, wo nahezu überall Populisten von Links oder Rechts erstarkt sind. Deshalb haben die Parteien der Mitte nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Europäischen Union, die in den vergangenen Jahrzehnten unser Land und unseren Kontinent auf einen Pfad des Wohlstands, der inneren Sicherheit und des äußeren Friedens geführt haben, die Pflicht, diese Frage zu lösen. Es ist der offensichtliche Wunsch einer breiten Bevölkerungsmehrheit, zu einer strikten Begrenzung der Zuwanderung zu kommen. Wer sich diesem Wunsch verweigert, gefährdet unsere Demokratie und nimmt in Kauf, dass Populisten weiter erstarken. Die Zeit von kosmetischen Korrekturen muss vorbei sein.

Das Gespräch führte René Nehring.

● **Christoph de Vries** ist Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Mitglied im Innenausschuss, im Parlamentarischen Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes (PKGr) sowie Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion. www.christophdevries.de

● MELDUNGEN

Karlsruhe lehnt VS-Gesetz ab

Karlsruhe – Am 17. September urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das 2023 geänderte hessische Verfassungsschutzgesetz gegen das Grundgesetz verstoße, weil es zu weitreichende Eingriffe ins Persönlichkeitsrecht zulasse. Im Einzelnen bemängelten die Richter die Regelungen zur Handyortung, welche eine engmaschige, langfristige Überwachung ermögliche, den Freibrief für den Verfassungsschutz, was Auskunftersuchen bei Verkehrsunternehmen betrifft, die Bestimmungen über den Einsatz verdeckter Mitarbeiter und die Erlaubnis zur Übermittlung von Daten an Strafverfolgungsbehörden sogar im Falle wenig schwerwiegender Delikte. Die Entscheidung resultierte aus einer Verfassungsbeschwerde von fünf Personen, die unter anderem von der Gesellschaft für Freiheitsrechte unterstützt wurde. Nun muss der Gesetzgeber in Hessen beim Landesverfassungsschutzgesetz nachjustieren, wo für er bis Ende 2025 Zeit hat. **W.K.**

146.000 offene Haftbefehle

Berlin – Laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung, der auf einer Befragung der Landeskriminalämter beruht, werden in der Bundesrepublik derzeit 145.744 Straftäter per Haftbefehl gesucht. Darunter befinden sich 821 Personen, die des Mordes oder Totschlages verdächtig sind, sowie 1856 Beschuldigte im Zusammenhang mit Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die meisten Haftbefehle, nämlich 38.073, verzeichnet Bayern. Auf Platz Zwei und Drei folgen Nordrhein-Westfalen mit 27.613 und Baden-Württemberg mit 22.500 Fällen. Die Ursache sieht der Stellvertretende Bundesvorsitzende der Polizei-Gewerkschaft (GdP), Alexander Poitz, im Personalmangel: Zum einen seien viele bestehende Dienstposten nicht besetzt, zum anderen müsste es bundesweit noch 20.000 mehr Stellen bei der Polizei geben. Problematisch wirke sich zudem der anhaltend hohe Krankenstand aus. **W.K.**

Pflegehäuser vor dem Aus

Berlin – Der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) hat eine aktualisierte „Deutschlandkarte Heimsterben“ veröffentlicht, der zufolge momentan 1097 Pflegeeinrichtungen, die ambulante oder stationäre Pflegeleistungen anbieten, vor der Insolvenz oder zeitnahen Schließung stehen. Daher sprach AGVP-Präsident Thomas Greiner von einer nationalen Versorgungskrise: „Die gesetzlichen Verpflichtungen der Krankenkassen und der Bundesländer, die Versorgung in der Altenpflege sicherzustellen, werden systematisch missachtet. Es ist inakzeptabel, dass das fortlaufende politische Versagen und der ständige Bruch geltender Gesetze durch Kassen und Länder einfach hingenommen werden.“ Tatsächlich zögern sowohl Kassen als auch die Städte, Gemeinden und Landkreise ihre wichtigen Zahlungen an die Pflegeeinrichtungen immer öfter hinaus, ohne dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hiergegen einschreitet. **W.K.**



FOTO: ACTION PRESS

Wurde bisher bei laufendem Bahnbetrieb saniert, sollen nun ganze Streckenkorridore komplett für Monate gesperrt werden

INFRASTRUKTUR

Wenn gar nichts mehr geht

Wird die „Korridorsanierung“ zum letzten Sargnagel für die Deutsche Bahn?

VON HAGEN RITTER

Die angestrebte Bahnreform, mit der die Deutsche Bundesbahn nach der Jahrtausendwende fit für die Börse gemacht werden sollte, ist definitiv gescheitert. Statt mit einer zweistelligen Rendite sorgt die Deutsche Bahn vielmehr mit Milliardenverlusten und notorisch unpünktlichen Zügen für negative Schlagzeilen. Dafür soll nun ein gigantisches Sanierungsprogramm für viel befahrene Strecken nach den Vorstellungen von Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) und der Konzernführung wieder für Pünktlichkeit bei der Bahn sorgen. Kritiker sehen allerdings die Gefahr, dass die Generalsanierungen den Bahnkonzern eher noch tiefer ins Chaos stürzen werden.

Bis 2030 will die Bahn 41 Hauptstrecken komplett erneuern. Die Sanierungen sollen jedoch nicht im laufenden Betrieb erfolgen, sondern bei jedem Projekt soll die Strecke für mehrere Monate komplett für den Bahnverkehr gesperrt werden.

Aus Sicht des Bahnbeauftragten der Bundesregierung, Gero Hocker (FDP), stellt dieses Korridorsanierung genannte Verfahren ein „radikal neues Vorgehen“ der Generalsanierung dar.

Was Fahrgästen und Frachtspediteuren zugemutet wird, zeigt die geplanten Generalsanierung der Strecke Berlin-Hamburg. Befahren wird diese täglich von 230 ICE-, Regional- und Güterzügen. Mit täglich bis zu 30.000 Fahrgästen ist diese Strecke Spitzenreiter in Deutschland unter den Städte-Direktverbindungen. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Generalsanierung, die von August 2025 bis Ende April 2026 geplant ist.

Eine Kostprobe auf die kommenden Zumutungen liefert die Bahn schon durch die derzeit laufenden Bauarbeiten auf einem Teilstück der Strecke. Diese Arbeiten haben im August begonnen und sollen noch bis Dezember andauern. Laut einem Bahnsprecher war eine Bündelung dieser Arbeiten mit der Generalsanierung im kommenden Jahr nicht möglich. Für die Fahrgäste sind die Auswirkungen der Teil-

sperrung der Strecke gravierend. Fernzüge zwischen Berlin und Hamburg werden noch bis zum Fahrplanwechsel im Dezember über Stendal, Salzwedel, Uelzen

30.000

Fahrgäste und 230 ICE-, Regional- und Güterzüge nutzen die Strecke Hamburg-Berlin täglich, die damit die am meist frequentierte Strecke der DB ist

und Lüneburg umgeleitet. Die ICE-Züge sind dadurch im Schnitt mindestens 45 Minuten länger als bisher unterwegs. Mitunter dauert die Reise aber auch bis zu zweieinhalb Stunden länger. Im Fall des schwedischen Nachtzugs EN346 dauert die Fahrt zwischen Hamburg und Berlin nun sogar sechs Stunden.

SALAFISMUS

Solinger Moschee als Zentrum der Radikalisierung

Auch der Messerattentäter Issa Al-Hassan wurde im Islamischen Zentrum Solingen zum Terroristen

Der Syrer Issa Al-Hassan tötete bei einem Terroranschlag in Solingen drei Menschen mit einem Messer und verletzte acht weitere schwer. Bereits kurz nach der Tat erklärten einige Zeugen, dass sie den Täter in einer von Salafisten besuchten Solinger Moschee öfters gesehen hätten. Der Täter, der in einem Asylantenwohnheim in der Nähe des Tatorts wohnte, stellte sich zwar nach einem Tag der Polizei und gab zu, dass er der Täter sei. Inzwischen verdichten sich die Hinweise, dass er nicht allein war und sich im „Islamischen Zentrum Solingen“ radikalisiert haben könnte.

Der Vorsitzende der Gemeinde, Hidir Efetürk, bestreitet jedoch jegliche ideologischen Verbindungen zu dem Attentäter. Die Moschee sei ein Ort der Begegnung, des Gebets und der Vielfalt, hieß es wie

vordiktiert. Bei der Frage, ob Issa Al-Hassan die Moschee regelmäßig aufsuchte, antwortet Efetürk jedoch ausweichend. Genaues wisse er nicht, aber „es kann sein“, dass Al-Hassan die Gemeinde in der Vergangenheit aufgesucht hat. Es gibt vieles, das darauf hindeutet, dass Al-Hassan immer wieder im Islamischen Zentrum Solingen vor Ort war. Auch die Polizei, schließt nicht aus, dass er sich in der Moschee versteckt hat, ohne dass jemand der Gemeinde ihn angezeigt hätte. Er wäre nicht der erste Islamist, der sich in die Moschee zurückzieht, die ihm die ideologische Grundlage für sein Handeln bot.

Wie salafistisch das Islamische Zentrum Solingen tatsächlich geprägt ist, hat der Journalist Irfan Peci auf seinem YouTube-Kanal aufgezeigt. Dort hatte ein Gast-Imam Allah zur Vernichtung der

„kriminellen Ungläubigen“ aufgerufen, was Al-Hassan in die Tat umsetzen wollte. Zudem wurde in der Moscheegemeinde offen zur Auspeitschung bis hin zur Steinigung aufgerufen. Dennoch bewarb die Stadt Solingen die Einrichtung. In einer Broschüre, in der sich Migrantenverbände vorstellten, heißt es, dass sich die Moschee sehr um Integrationsbemühungen verdient gemacht hätte. 2022 nahm die Moschee sogar mit fünf anderen Solinger Moscheen beim Tag der offenen Moschee am Tag der deutschen Einheit teil.

Solingen ist seit Jahren bekannt als Treffpunkt radikaler Salafisten, die eine Rückkehr in die islamische Steinzeit als Weg zum Heil propagieren. Bereits 2012 wurde in Solingen die Moschee des Salafistennetzwerkes „Millatu Ibrahim e.V.“ in der Konrad-Adenauer-Straße von der Po-

Zwischen Wittenberge und Hamburg sind Fahrgäste aktuell sogar auf einen zeitraubenden Ersatzverkehr durch Busse angewiesen. Zwischen Wittenberge und Berlin verkehren immerhin noch Regionalzüge. Startet nächstes Jahr die Generalsanierung der Gesamtstrecke, werden Pendler, die von Wittenberge nach Berlin zur Arbeit wollen, ebenfalls auf den Bus-Ersatzverkehr angewiesen sein. Zumuten will die Bahn dies den Fahrgästen neun Monate lang, vorausgesetzt die Bauzeit wird eingehalten.

Größter anzunehmender Unfug

Bahnexperte Arno Luik, bezeichnete gegenüber der „Berliner Zeitung“ die derart geplante Generalsanierung der Strecke als „größten anzunehmenden Unfug“. Laut Luik sei das, was da Hunderttausenden von Reisenden und Pendlern in den kommenden Jahren mit den Generalsanierungen von Hauptstrecken bundesweit zugemutet wird, „weltweit ziemlich einzigartig“. Der Autor des Buches „Schaden in der Oberleitung – Das geplante Desaster der Deutschen Bahn“ argumentiert, in der Geschichte der Bahn würde seit jeher bei laufendem Betrieb repariert, „nahezu unbemerkt von den Reisenden“. Vollsperrungen von Strecken würden dagegen extreme Ausnahmefälle darstellen.

Peter Westenberger vom Netzwerk Europäische Eisenbahnen (NEE) wies auch auf massive Belastungen durch die Streckensperrung für den Güterverkehr hin: „Zwischen Berlin und Hamburg sind Güterzüge zwei bis vier Stunden länger unterwegs als sonst.“ Laut dem Branchenverband NEE kommt auf die Güterzugbetreiber während der Sperrung auch ein erheblicher Mehrbedarf an Lokführern und allgemein höhere Betriebskosten zu.

Kritik aus der Bauindustrie lässt befürchten, dass die Bahn bei ihren Generalsanierungen ihren Zeitplan nicht einhalten kann. Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) erklärte: „Ich bin mir deshalb mittlerweile sehr sicher, dass bis 2031 nicht alle derzeit geplanten 41 Korridorsanierungen abgeschlossen sein werden. Ich halte es für vernünftig, das ganze Generalsanierungsprojekt zeitlich ein bisschen zu dehnen.“

Auch die Erfahrungen mit anderen Großprojekten, etwa beim Flughafen BER oder Stuttgart 21, geben Anlass zur Skepsis, wenn die Bahn innerhalb von sechs Jahren über vierzig Hauptstrecken sanieren will. Sollte bei dem Projekt der ehrgeizige Zeitplan gerissen werden oder der Geldbedarf aus dem Ruder laufen, muss die Bahnführung damit rechnen, dass die Diskussion um eine Zerschlagung des Konzerns wieder aufflammen wird.

izei durchsucht und geschlossen. Diese galt damals als die gefährlichste Moschee Deutschlands. „Die Welt“ berichtete, dass die Solinger Salafisten während einer Protestkundgebung gegen einen Karikaturen-Wettbewerb der islamkritischen Partei „Pro NRW“ mit Steinen auf Polizeibeamte warfen. Mehrere Polizisten wurden damals verletzt, zahlreiche Salafisten vorübergehend festgenommen.

Offenbar haben sich die Salafisten im Islamischen Zentrum Solingen neu gesammelt, wo sich der Attentäter aus Syrien für seine Messerattentat radikalisieren konnte. Es wird Zeit, dass endlich bundesweit den Moscheen besser auf die Finger geschaut wird und diejenigen, die Hass und Terror im Namen einer Religion verbreiten, geschlossen werden, wie jetzt eine in Fürstenwalde. **Bodo Bost**

LANDTAGSWAHL

BSW vor riskantem Kaltstart

Wagenknecht-Partei dürfte ohne Parlamentserfahrung sofort in eine Regierung aufsteigen

VON HERMANN MÜLLER

Der märkischen SPD ist es gelungen, ihr Kunststück von 2019 nochmals zu wiederholen. Wie vor fünf Jahren lag auch bei der diesjährigen Landtagswahl monatelang die AfD in Umfragen vorn, dann überholte sie quasi auf den letzten Metern die SPD. Die Partei von Ministerpräsident Dietmar Woidke wurde mit 30,9 Prozent Wahlsieger. Die zweitplatzierte AfD mit ihrem Spitzenkandidaten Christoph Berndt landete mit 29,2 Prozent dahinter.

Trotz der Zweitplatzierung wird die AfD mit 30 Mandaten im neuen Landtag eine Sperrminorität haben. Damit kann die AfD-Fraktion Verfassungsänderungen oder die Wahl von Verfassungsrichtern blockieren, die im Parlament eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Absehbar ist damit, dass die bislang praktizierte Totalblockade gegen die AfD durch die anderen Fraktionen im Landesparlament nicht mehr funktionieren wird.

Dennoch ist die Strategie der märkischen SPD, den Wahlkampf vollständig auf die Person Woidkes auszurichten, knapp aufgegangen. Woidke selbst hatte zudem mit einer „AfD oder ich“-Strategie für eine starke Polarisierung gesorgt und obendrein auch noch seinen Rückzug angekündigt, falls die AfD aus den Wahlen als stärkste Kraft hervorgehen sollte. Dies hielt enttäuschte SPD-Wähler bei der Stange und veranlasste Anhänger von Grünen und CDU, zur Verhinderung eines AfD-Wahlsiegs ihr Kreuz bei der SPD zu machen. Am Ende war diese Polarisierungsstrategie erfolgreich, sie mobilisierte zum Teil aber auch AfD-Anhänger, und sie zerrieb die Chancen der anderen Parteien. Grüne, Freie Wähler und Linkspartei scheiterten ebenso wie die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde. Auch die Versuche der Grünen und der Freien Wähler, über Direktmandate in den neuen Landtag einzuziehen, misslangen.

Kleine Parteien wurden zerrieben

Die FDP ist mit einem Ergebnis von unter einem Prozent so weit in der Wählergunst abgerutscht, dass sie für die Brandenburg-Wahl nicht einmal eine Wahlkostenerstattung geltend machen kann. Auch der Werteunion gelang es nicht,



Im Wahlkampf: Sahra Wagenknecht mit Brandenburgs BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach

Foto: imago/pictureteam

auch nur in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Nach dem schlechten Abschneiden in Thüringen und Sachsen war dies für die Werteunion die dritte Wahlschlappe.

Die märkische CDU gehört ebenso zu den Verlierern des Wahltages. Selbst das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) landete mit 13,5 Prozent noch vor der Union. Umfragewerte hatten die CDU noch vor einigen Monaten auf Augenhöhe mit der SPD gesehen. Möglich erschien sogar, dass der CDU-Spitzenkandidat Jan Redmann nach 34 Jahren SPD-Herrschaft der erste märkische Ministerpräsident mit CDU-Parteibuch wird. Tatsächlich fuhr die CDU am Wahltag aber mit 12,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis in Brandenburg und das drittschlechteste Wahlresultat in der Geschichte der CDU ein.

Bei der Wahlschlappe spielte nicht nur eine Rolle, dass die CDU im Wettkampf zwischen SPD und AfD zerrieben wurde, so die Beschreibung der Christdemokratin Barbara Richstein. Wenige Wochen

vor dem Wahltag war Spitzenkandidat Redmann alkoholisiert in eine Polizeikontrolle geraten. Wenige Tage vor dem Wahlsonntag lobte dann auch noch Sachsens CDU-Chef Michael Kretschmer die Regierungsarbeit von Dietmar Woidke, sodass dies wie eine Wahlempfehlung für den Sozialdemokraten wirkte.

Woidke hat im Grunde keine Wahl

Faktisch hat Dietmar Woidke zur Bildung einer neuen Regierung nur eine Option: eine Koalition mit dem BSW. Ein Zusammengehen der SPD mit der CDU reicht im Landtag mit 44 von 88 Stimmen nur für ein Patt, nicht aber für eine Mehrheit. Gehen die Sozialdemokraten mit dem BSW zusammen, würden beide Fraktionen auf eine Mehrheit von 46 Stimmen kommen.

Dennoch muss die SPD bei einer Koalition mit dem BSW mit einigen Schwierigkeiten rechnen. Dies, obwohl der BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach ehemaliges SPD-Mitglied ist. Auch zwischen

anderen BSW-Mitgliedern und den Sozialdemokraten dürfte die Chemie stimmen. Doch zum großen Problem können die Erwartungen der Wähler werden. Laut einer Umfrage des Senders rbb war für die BSW-Wähler das Thema Ukrainekrieg am wichtigsten. Bei einer Regierungsbeteiligung des BSW werden diese Wähler allerdings feststellen müssen, dass in der Landespolitik die Möglichkeiten extrem gering sind, Einfluss auf die Außen- und Sicherheitspolitik zu nehmen.

Die BSW-Abgeordneten bringen zudem keine Landtagserfahrungen mit. Bis sie die geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln der Parlamentsarbeit beherrschen, werden nach den Erfahrungen anderer Parlamentsneulinge vermutlich nicht Wochen oder Monate, sondern die Jahre einer ganzen Legislaturperiode vergehen. Im Fall einer Regierungsbeteiligung kommt auf die Parteineugründung auch noch die Aufgabe zu, mehrere Ministerposten mit qualifiziertem Personal besetzen zu müssen.

LANDESPOLITIK

Berliner SPD will ihre Basis einbinden

Die neue Spitze aus Hikel und Böcker-Giannini plant Mitgliederbefragung zum Kurs ihrer Partei

Die Berliner SPD sucht ein neues Wahlprogramm für die 2026 anstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Es soll den ambitionierten Namen „Berlin 2035“ tragen. Die beiden Berliner SPD-Vorsitzenden, Martin Hikel und Nicola Böcker-Giannini, sind Vertreter des gemäßigten Flügels und keine erklärten Gegner der jetzt regierenden „Großen Koalition“ aus SPD und CDU. Diese war überraschend gebildet worden, nachdem Grüne und SPD sich nicht darüber einig werden konnten, wem nun das Amt des Regierenden Bürgermeisters zusteht.

Die einfachen Mitglieder der Sozialdemokraten scheinen gemäßiger zu sein als die Funktionärsschicht. Nur so konnten sich Hikel und Böcker-Giannini gegenüber Jana Bertels und Kian Niroo- mand bei der Wahl der Vorsitzenden

durchsetzen. Die beiden amtierenden Landesvorsitzenden wollen offenbar nun auch bei der Festlegung ihrer Programmatik die Einstellung der breiten Mitgliederschaft nutzen.

Sechs „Zukunftswerkstätten“ sollen bestimmte inhaltliche Schwerpunkte erarbeiten, an denen bis zu 100 Mitglieder teilnehmen. Böcker-Giannini sagte: „Denn aktuell mangelt es der Partei bei Kernthemen an einheitlichen Positionierungen, die den Berlinerinnen und Berlinern Halt und Vertrauen geben.“ Und Hikel: „Es geht darum, einige Positionen zu konsolidieren – denn die Meinungen bei manchen Themen gehen innerhalb der Partei zum Teil stark auseinander. Es ist wichtig, dass wir dort gute Kompromisse finden.“

Möglicherweise will das Führungsduo auf diese Weise den ideologischen Ballast

in Sachen Verkehrspolitik über Bord werfen, der sich in der linksradikalen Funktionärsschicht festgesetzt hat. Hikel und Böcker-Giannini: „In den letzten Jahren erfolgten vereinzelt Entscheidungen auf anderen Ebenen, die in der Folge zur SPD-Position wurden, ohne dass diese innerhalb der Partei diskutiert wurden.“

Von Grünen und Linken absetzen

Am 27. September 2024 findet im Willy-Brandt -aus eine Auftaktveranstaltung statt, und dann sollen zwölf Kreisforen sowie eine digitale Beteiligungsplattform den „Zukunftswerkstätten“ zuarbeiten. Neben Mitgliedern will die Parteiführung auch Experten zu Wort kommen lassen. Zum Schluss soll eine Mitgliederbefragung das Ganze absegnen. Seit der Wiederholungswahl zum Berli-

ner Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023 konnte sich die SPD zwar deutlich von ihren bisherigen Koalitionspartnern Grüne und Linkspartei absetzen, aber die Sozialdemokraten liegen weiter rund acht Prozent hinter der Hauptstadt-CDU zurück.

Wenn die SPD wieder das Amt des Regierenden Bürgermeisters anstrebt, muss sie den Abstand zur CDU verkürzen und selbst in Führung gehen. Da das Vorstandsduo in der Funktionärsschicht offenbar keine Mehrheit für ein gemäßigtes Programm sieht, versucht es nun durch das Votum der Mitglieder eine inhaltliche Wende zu erreichen. Hikel und Böcker-Giannini wollen ein Konzept für ein funktionierendes Berlin formulieren. Bei dem Zustand der Stadt wäre das ein sehr ambitioniertes Unterfangen. Frank Bücker

● KOLUMNE

Ausgezockt

VON THEO MAASS

Mit maßgeblicher Unterstützung der finanzstarken Kampagnen-Organisation Campact war es der Linkspartei und den Grünen in Sachsen gelungen, zwei Direktmandate zu erlangen und der Linkspartei die weitere parlamentarische Existenz zu sichern. Der Versuch, den Grünen das Ausscheiden aus dem Parlament in Brandenburg mithilfe einer ähnlichen Aktion zu ersparen, ist nun gescheitert.

Die Partei erreichte gerade einmal einen Stimmenanteil von etwas mehr als vier Prozent. Zwar kam Marie Schäffer als Grünen-Direktkandidatin im Wahlkreis Potsdam I auf erstaunliche (na, eigentlich gar nicht so erstaunliche) 26,5 Prozent, aber in der allgemeinen Woidke-Euphorie „vergaßen“ die SPD-Anhänger, ihre Grünen-Freunde zu unterstützen, und schickten die Sozialdemokratin Manja Schüle mit 34,4 Prozent direkt in den Landtag.

Auch die Freien Wähler, die in Brandenburg eigentlich für nichts gebraucht werden, flogen aus dem Landtag. Ihr landesweites Zweitstimmenergebnis lag bei 2,5 Prozent. Der Wahlkreis Barnim II ging an den AfD-Kandidaten Steffen John. Und selbst der SPD-Kandidat lag noch vor dem Freie-Wähler Frontmann Péter Vida, der gehofft hatte, mit dem Renommee des Landeschefs hier das Direktmandat zu holen.

Erwies sich in Sachsen die Unterstützung des linken Netzwerks Campact also noch als hilfreich, linke Parteien mit einem Gesamtergebnis von unter fünf Prozent per Direktmandat ins Parlament zu hieven, gelang das in Brandenburg nicht mehr. Hauptverantwortlich dafür dürfte der inszenierte Woidke-Hype sein, welcher der SPD ein Wahlergebnis knapp vor der AfD bescherte, aber der AfD mehr als ein Drittel der Mandate verschaffte. Auch hier hatten sich die Erfinder von Brandmauern und Ausgrenzungsphantasien verkalkuliert. Trick-sen will gelernt sein.

● MELDUNG

Einbürgerung: Mehr Anträge

Berlin – Das Land Berlin hat im vergangenen Jahr 9041 Ausländer eingebürgert. Unter den Eingebürgerten stellten Syrer mit 2468 Personen die größte Gruppe. Aus sämtlichen EU-Staaten wurden in der Hauptstadt insgesamt 2820 Menschen eingebürgert. Für das laufende Jahr wird mit einem deutlichen Anstieg der Einbürgerungszahlen gerechnet. Allein von Januar bis August stieg in Berlin die Zahl der Einbürgerungsanträge auf 28.716. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um rund 40 Prozent. Der Berliner Senat selbst hat sich zum Ziel gesetzt, pro Jahr 20.000 Ausländer einzubürgern. Bereits zum 27. Juni 2024 ist ein Bundesgesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Kraft getreten, das die Einbürgerung von Ausländern in der Regel bereits nach fünf statt wie bisher erst nach acht Jahren erlaubt. Mit der Reform wurde auch die Möglichkeit einer sogenannten Mehrstaatigkeit zugelassen. H.M.

● MELDUNGEN

Immer weniger Ukrainer

Kiew – Die Einwohnerzahl der Ukraine ist seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion stark zurückgegangen. Im Jahr 1991 lag die Bevölkerungszahl noch bei 52 Millionen. Wie Ella Libanova vom Institut für Demographie in Kiew berichtet, leben derzeit nur noch knapp 35 Millionen Menschen in der Ukraine. Von diesen leben etwa vier Millionen in Gebieten, die von russischen Truppen besetzt sind. Laut den Daten des Instituts kommen zu den 35 Millionen Menschen im Land noch etwa 4,2 Millionen Ukrainer hinzu, die sich in EU-Ländern aufhalten. Das Institut geht davon aus, dass die Bevölkerungszahl der Ukraine bis zum Jahr 2050 auf knapp 25 Millionen Einwohner schrumpfen wird. In Österreich gaben bei einer aktuellen Befragung im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds mehr als 54 Prozent der befragten ukrainischen Flüchtlinge an, nicht wieder in ihr Heimatland zurückkehren zu wollen. *H.M.*

Sikhs gegen Islam-Gesetz

London – Das britische Network of Sikh Organisations (NSO) protestiert gegen die Pläne der Labour-Regierung, verschärfte Gesetze zu erlassen, die es ermöglichen, Kritik am Islam als „Hassverbrechen“ zu verfolgen. Denn die neue Definition von Islamophobie schließt auch die Aussage ein, dass der Islam von Mohammeds Anhängern „mit dem Schwert“ verbreitet worden sei. Nach Ansicht des NSO ist das „ein hinterhältiger Versuch von historischem Revisionismus“ und Angriff auf den Glauben der Sikhs. Immerhin hätten die muslimischen Mogul-Herrscher Indiens tatsächlich mit Gewalt erobert und dabei viele Nichtmuslime massakrieren lassen, darunter auch Personen, welche die Sikhs als Märtyrer verehren. Die Gesetzesvorhaben der Labour-Regierung resultieren nicht zuletzt aus den intensiven Bemühungen der Lordkanzlerin und Justizministerin Shabana Mahmood, die sich selbst als „tiefgläubige Muslimin“ bezeichnet. *W.K.*

Ungarn klagt wegen Grenze

Budapest – Ungarn verlangt von der EU zwei Milliarden Euro Aufwandsentschädigung für den Schutz der EU-Außengrenze ab Mitte 2015. Damit reagiert Budapest auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Juni, demzufolge die restriktive ungarische Asyl-Politik eine „ganz neue und außergewöhnlich schwere Verletzung des EU-Rechtes“ darstelle, welche Strafzahlungen erfordere. Deren Höhe legte der EuGH mit 200 Millionen Euro fest – plus eine weitere Million pro Tag, an dem Budapest nicht nachgebe. Die Frist zur Zahlung der Strafe lief am 17. September ab, ohne dass Geld floss. Deswegen will Brüssel nun „200 Millionen Euro von bevorstehenden Zahlungen aus dem EU-Haushalt an Ungarn abziehen“. Inwiefern die Gegenforderung der Orbán-Regierung dies noch verhindern kann, bleibt abzuwarten. Möglicherweise findet ein weiterer Prozess vor dem EuGH statt, bei dem dann Ungarn als Kläger auftritt. *W.K.*

GROSSBRITANNIEN

Labour-Partei im Spendensumpf

Keir Starmer's Popularität verblasst bereits – Seine neue linke Regierung kämpft mit den ersten Skandalen

VON CLAUDIA HANSEN

Eigentlich sollte von diesem Labour-Parteitag in Liverpool, knapp drei Monate nach ihrem Wahlsieg, ein Signal des Aufbruchs ausgehen. Doch stattdessen wurde die Konferenz diese Woche überschattet von immer neuen Enthüllungen über einen Spendenskandal, der die frischgebackene Regierungspartei erschüttert.

Labour-Spitzenpolitiker und ihre Partner haben sich Geld, teure Kleidung und Urlaubsreisen von einem umtriebsigen Medienunternehmer namens Lord Waheed Alli schenken lassen. Seit Jahren ist der Multimillionär ein eifriger Labour-Spender, seit 2020 gab er etwa eine halbe Million britische Pfund. Nun schadet diese Beziehung der Partei, weil sie nach Korruption riecht.

In den vergangenen Wochen kam heraus, dass Premierminister Keir Starmer's Ehefrau von Alli Designerklamotten im Wert von insgesamt 16.200 Pfund ge-

schenkt bekommen hat. Starmer hatte es in seiner Zeit als Oppositionsführer versäumt, die Spende im Parlamentsregister rechtzeitig korrekt offenzulegen. Erst verspätet deklarierte er „Arbeitskleidung, Wert 16.200 Pfund“.

Auch andere Labour-Spitzenpolitiker kommen in der Spendenaffäre in Bedrängnis. Vizepremierministerin Angela Rayner ließ sich vom Multimillionär nicht nur teure Klamotten schenken. Alli lud sie mehrfach in sein Luxusapartment in New York ein. Peinlich für die Politikerin, die auf ihre Herkunft aus der nordenglischen Arbeiterklasse stolz ist. Pünktlich zur Parteikonferenz kam zudem heraus, dass Rayner bei dem „privaten“ Urlaub über Silvester 2023 von einem anderen Labour-Abgeordneten begleitet wurde. Nach Labours Wahlsieg bekam Alli einen Zugangspass für die Downing Street.

Statt auf dem Parteitag in Liverpool über ihre Reformpläne für das Vereinigte Königreich zu debattieren, war Labour in der Defensive und musste die Alli-Spen-

denaffäre erklären. Starmer und Rayner gaben sich trotzig und hielten daran fest, keine Regeln verletzt zu haben.

Indes hat Starmer's Saubermann-Image böse Kratzer erlitten, und seine Beliebtheit ist am Sinken. Laut einer Umfrage Mitte September steht sein Popularitätsbarometer bei minus 14 Punkten. Nur 32 Prozent der Bürger haben eine „günstige“ Meinung von ihm, 46 Prozent eine „ungünstige Meinung“.

Massenentlassungen von Straftätern

Irritiert hat viele Bürger auch Labours Gefängnispolitik. Weil die Haftanstalten überfüllt sind, hat die neue Justizministerin Shabana Mahmood eine massenhafte vorzeitige Entlassung von Strafgefangenen in England und Wales angeordnet. Rund 2000 Kriminelle durften Mitte September nach Verbüßung von 40 Prozent ihrer Haftstrafe das Gefängnis verlassen. Im Oktober werden weitere 1700 Häftlinge freigelassen. Der Chefinspektor der Gefängnisse warnte, dass man damit gro-

ße Risiken eingehe. Es sei „unvermeidlich, dass auch was schiefeht“. Unter den vorzeitig Entlassenen sind nicht nur Einbrecher, Drogendealer und Räuber, sondern auch Gewalttäter. Zum Beispiel Lawson Natty, ein 18-jähriger Schwarzer aus der Nähe von Newcastle. Er war im März wegen der Tötung eines 14-Jährigen mit einer Machete verurteilt worden. Jetzt ist er schon wieder raus aus dem Gefängnis.

Dass der Afro-Brite für einen Totschlag an einem Kind nur weniger als ein Jahr hinter Gitter musste, hat einige Briten empört – zumal zur gleichen Zeit Hunderte zu weit höheren Haftstrafen verurteilt wurden, die an den ausländerfeindlichen Krawallen nach dem Dreifach-Mord von Southport teilgenommen hatten. Manche der wegen öffentlichen Aufruhrs Verurteilten hatten nur Parolen gerufen, einige wurden sogar wegen Äußerungen in Social Media zu mehr als zwei Jahren Haft verurteilt.

Hier zeigten britische Justiz und Politik, dass sie hart sein können. Peinlich für Labour war, dass einige der entlassenen Kriminellen sofort wieder rückfällig wurden. Zum Beispiel Jason Hoganson, ein am ganzen Körper bis ins Gesicht tätowierter Mann, der wegen Gewalt gegen seine Ex-Partnerin im Gefängnis saß. Nur einen Tag nach seiner vorzeitigen Entlassung hat er erneut eine Straftat begangen und musste zurück in Haft.

Die Labour-Partei versuchte auf ihrem Parteitag in Liverpool, eine allzu düstere Stimmung zu vermeiden, obwohl Schatzkanzlerin Rachel Reeves seit Wochen von einem katastrophalen Zustand der öffentlichen Finanzen warnt. Labour ist in der Wählergunst unter 30 Prozent gesunken. Die anderen Parteien warten nur auf weitere Fehler der Regierung.

Die Partei Reform UK des Brexit-Populisten Nigel Farage präsentierte sich bei ihrem Parteitag in Birmingham strotzend vor Selbstvertrauen. Farage hat bei der Wahl im Juli mehr als vier Millionen Wähler gewonnen. Die Konservativen sind nach ihrer verheerenden Wahlniederlage noch in der Phase der Selbstfindung. Sie werden Anfang Oktober auf ihrem Parteitag einen neuen Vorsitzenden wählen. Sie schwanken noch, wie sie Labour künftig attackieren sollen.



Ihnen könnte das Lachen wegen der Spenden bald vergehen: Der britische Premier Keir Starmer und seine Vize-Premierministerin Angela Rayner beim Labour-Parteitag in Liverpool *Foto:pa/reuters*

ITALIEN

Gefängnis für einen Grenzschützer?

Matteo Salvini's hartes Vorgehen gegen Bootsmigranten – Giorgia Meloni's Stellvertreter steht vor Gericht

Die ohnehin an Anekdoten nicht arme italienische Politik ist um eine Facette reicher. Der Vorsitzende der Rechtspartei Lega und stellvertretende Ministerpräsident Matteo Salvini soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft für sechs Jahre ins Gefängnis. Die Strafverfolger der Region Sizilien werfen Salvini vor, Bootsmigranten rechtswidrig in eine Art Geiselhaft genommen zu haben, als er dem spanischen Rettungsschiff „Open Arms“ mit rund 150 Afrikanern an Bord im August 2019 sechs Tage lang die Einfahrt in den Hafen von Lampedusa verweigerte.

Die Lega hatte im Juni 2018 mit der Fünf-Sterne-Bewegung eine Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte gebildet, nachdem diese Partei mit knapp 33 Prozent und die Lega mit 17 Prozent die vorherigen Parlamentswahlen gewonnen hatten. Doch das Bündnis hielt nicht lange, auch weil sich Salvini nicht in die Kabinettsdisziplin einfügte.

Salvini war bei dem bereits seit drei Jahren laufenden Prozess nicht im Gerichtssaal. Auf seinem Instagram-Kanal schrieb er: „Ich würde alles wieder so machen.“ Nachdem die Beweisaufnahme abgeschlossen war, hielt die Staatsanwaltschaft ihr Plädoyer. Salvini's Verteidigung wird in einigen Wochen kontern. Das Urteil soll in einem Monat fallen. Selbst bei einem möglichen Schuldspruch würde Salvini nicht unmittelbar ins Gefängnis müssen. Er wird direkt in Berufung gehen und dann möglicherweise in dritter Instanz vor das Kassationsgericht ziehen. Bis dahin vergeht noch viel Zeit, die Rede ist von mindestens drei Jahren.

Salvini hatte in den vergangenen Monaten wiederholt erklärt, er habe bloß das Vaterland verteidigt und „die Grenzen geschützt“. Sein Vorgehen sei damals die Linie der gesamten Regierung inklusive der Absprache mit Ministerpräsident Conte gewesen. Die Staatsanwaltschaft

erwidert, die Schließung der Häfen habe in der exklusiven Zuständigkeit des Innenministers gelegen.

In der Bundesrepublik würde ein solcher Prozess mit großer Wahrscheinlichkeit zum Rücktritt eines Ministers führen. Doch noch steht das Mitte-Rechts-Bündnis um Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hinter Salvini. Meloni schrieb auf der Plattform X: „Es ist unglaublich, dass ein Minister der Republik Italien sechs Jahre Gefängnis riskiert, weil er seine Aufgabe wahrnimmt, die Grenzen der Nation zu verteidigen.“ Die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei PD, Elly Schlein, beschuldigte Meloni daraufhin, den Grundsatz der Gewaltenteilung zwischen Regierung und Justiz zu missachten.

Dass Salvini der Vorladung zu Gericht nicht nachgekommen ist, hat die Stimmung in Italien verschärft. Der Richterbund sprach von einem Affront und kritisierte die Einmischung der Regierung in

den Prozess, und die Opposition forderte Salvini's Rücktritt.

„Ich bekenne mich schuldig, Italien und die Italiener zu verteidigen. Ich bekenne mich schuldig, mein Wort zu halten“, ließ der 51-jährige Politiker in einer Videobotschaft verlauten. Er erklärte, die Zahl illegaler Ankünfte an der Küste habe sich in seiner Amtszeit von rund 42.700 auf 8691 reduziert. „Während der besagten Reise schifften wir immer Kinder, Kranke und Schwangere aus“, fügte er hinzu. Die Linken im Parlament hätten die Gesetze so geändert, dass sie Grenzsicherung ein Verbrechen sei, erklärte Salvini weiter: „Kein Minister in der Geschichte wurde bisher dafür angeklagt.“

Nach einer Reihe von Wahlniederlagen steht er massiv unter Druck. Da kommt ihm der Prozess möglicherweise gerade recht, um die Reihen hinter sich zu schließen. Noch scheint das zu funktionieren. *Peter Entinger*

VON HERMANN MÜLLER

Forderungen nach Schonung der Ressourcen und der Ruf nach wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gehören für viele Politiker mittlerweile zum Standardrepertoire. Im Kontrast dazu steht die Flut von Konsumartikeln, die schnell kaputtgehen oder nur maximal bis zum Ende der Garantiezeit durchhalten. Richtig umgesetzt, könnte die deutsche Industrie mit langlebigen und hochqualitativen Konsumartikeln, wie früher üblich, bei hiesigen Verbrauchern und ebenso auf dem Weltmarktpunkten. Doch anstatt für passende Rahmenbedingungen zu sorgen, beschränken sich Berlin und Brüssel auf Symbolpolitik.

Das Land Berlin zahlt beispielsweise privaten Verbrauchern seit dem 17. September einen Reparaturbonus für Elektrogeräte. Erstattet wird auf Antrag für die Reparatur in einer Fachwerkstatt die Hälfte der Ausgaben. Maximal schießt der Senat für die Reparatur von Elektro- und Haushaltsgeräten 200 Euro zu.

Als Ziel des Programms gibt Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU) an, „Verbraucher durch die gesetzten finanziellen Reparaturanreize für eine längere Nutzung von Produkten zu sensibilisieren und somit Abfälle, den Verbrauch kritischer Rohstoffe und die Emission von Treibhausgasen aus der Herstellung von Neugeräten zu vermeiden“. Dabei sieht der Senat seinen Reparaturbonus als Unterstützung eines EU-Beschlusses. Bereits im Juli ist eine EU-Richtlinie in Kraft getreten, die den Verbrauchern ein Recht auf Reparatur von technischen Produkten einräumt. Erklärtes Ziel des Vorhabens ist es, die Lebensdauer von Produkten zu verlängern.

Eine homöopathische Dosis

Experten sehen die Bemühungen der EU sowie die staatlichen Reparaturboni eher skeptisch. Einschließlich der Projektmanagementkosten stellt das Land Berlin für die Reparaturboni dieses Jahr 1,25 Millionen Euro bereit. Ob das Programm 2025 weitergeführt werden kann, ist wegen der Haushaltslage ungewiss. Angesichts der dreieinhalb Millionen Einwohner der Hauptstadt bezeichnete Tim Seewöster, Geschäftsführer eines Unternehmens für generalüberholte Geräte, die bereitgestellte Summe als eher „homöopathisch“. Gegenüber der „Berliner Zeitung“ sagte Seewöster: „Ich würde mal sagen, ein Tropfen auf den heißen Stein – und im Zweifel an anderer Stelle sinnvoller investiert.“ Der Experte für die Aufarbeitung von Produkten sprach zudem von einem falschen Ansatz der Politik. Statt den Verbrauchern Geld für Reparaturen zu geben, wäre es aus seiner Sicht wichtiger, die



Bei Smartphones auffällig: Kurz nach Ablauf der Garantie geht der Akku kaputt und lässt sich oft gar nicht mehr reparieren

WEGWERFGESELLSCHAFT

Billigmurks statt Qualität – Reparaturbonus bringt nichts

Warum erfolgt nicht endlich ein Verbot der bewusst von Herstellern eingebauten Sollbruchstellen, welche den Absatz künstlich steigern sollen

Hersteller zu verpflichten, überhaupt reparierbare Geräte zu bauen. Stattdessen würden namhafte Hersteller die Reparatur ihrer Ware immer schwerer machen.

Schweigen herrscht in Brüssel weiter zu dem heiklen Thema „geplante Obsoleszenz“. Gemeint ist damit der bewusste Einbau von Sollbruchstellen durch Hersteller, um die Lebensdauer von Produkten gewollt zu begrenzen. Nachdem entsprechende Vorwürfe immer wieder auftauchen, hat zumindest das Umweltbundesamt nun ein Institut damit beauftragt, Daten zu diesem Vorwurf zu sammeln.

Ein Tabuthema ist in Brüssel auch die Frage, ob die EU nicht selbst mit ihrer Regelungswut mit dafür sorgt, dass die Industrie immer neue Produktgenerationen entwickeln muss. Folge der EU-Vorgaben etwa sind Geräte, die zwar im Betrieb im-

mer weniger Strom verbrauchen, allerdings auch schon bei der Herstellung erhebliche Ressourcen verschlingen.

Höhere Standards sind nötig

Die EU vergibt auch industriepolitisch eine große Chance, wenn sie lediglich eine Reparierbarkeit vorschreiben will. Vor allem Billigproduzenten aus Asien überschwemmen seit Jahren den EU-Markt mit Produkten, die oft gerade noch die gesetzlich vorgeschriebene Gewährleistungsfrist überstehen. Würde die EU die Anforderungen deutlich erhöhen, könnten europäische Unternehmen mit Qualitätsware möglicherweise ihre Marktchancen gegen Billigmurks aus Fernost wieder verbessern. Gerade deutsche Unternehmen konnten jahrzehntelang mit hochwertigen Produkten überzeugen und da-

mit am Markt auch höhere Preise erzielen. Firmen wie Miele oder Porsche genießen bis heute den Ruf, Produkte mit besonders hoher Lebensdauer herzustellen.

Interessant ist, dass auch in der DDR technische Geräte produziert wurden, die sogar als Beispiele für besondere Langlebigkeit gelten. Als Antwort auf die Mangelwirtschaft hatte die DDR-Führung Hersteller per Gesetz dazu verdonnert, besonders langlebige Haushaltsgeräte zu entwickeln. Im Zuge dieses Konzepts entstanden Waschmaschinen, Kühltruhen oder Küchenmixer, die mitunter auch 35 Jahre nach Mauerfall immer noch funktionieren. Die nahezu „unkaputtbaren“ Geräte lösten allerdings nicht überall Freude aus. Denn Langlebigkeit ist wiederum uninteressant, wenn man viele Geräte in kurzer Zeit verkaufen möchte.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Das teure Intel-Desaster von Magdeburg

Ampelregierung reagiert hilflos auf das Scheitern ihres Zehn-Milliarden-Euro-Steuergehd-Roulettes

Mit der Ansiedlung wollte die Ampelregierung ihre Ambitionen unterstreichen, Deutschland zur Nummer Eins bei den Chipherstellern zu machen. Dafür sollten rund zehn Milliarden Euro an Subventionen fließen. Doch daraus wird zunächst einmal nichts. Denn der Halbleiter-Hersteller Intel hat erst einmal einen Rückzieher gemacht.

Für mehr als 30 Milliarden Euro wollte der amerikanische Chipkonzern in Magdeburg zwei Fabriken bauen. Es wäre die größte Investition eines ausländischen Unternehmens auf deutschem Boden gewesen. In der vergangenen Woche wurde nun publik, dass Intel den Bau etwa zwei Jahre aufschieben will. Darüber hat Konzernchef Pat Gelsinger mittlerweile die Belegschaft informiert. Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP steht ziem-

lich düpiert da und sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, keine Ansiedlungspolitik zu können. Fairerweise muss man hinzufügen, dass die Bundesregierung für das vorläufige Intel-Aus nichts kann. Der US-Konzern hat seit Jahren Probleme.

„Wir haben kürzlich die Kapazität in Europa durch unsere Fabrik in Irland erhöht, die auf absehbare Zeit unser wichtigstes europäisches Drehkreuz bleiben wird. Basierend auf der erwarteten Marktnachfrage werden wir unsere Projekte in Polen und Deutschland für etwa zwei Jahre pausieren“, teilte Gelsinger mit.

In Berlin wusste man in der vergangenen Woche nicht so recht, wie man mit der Situation umgehen sollte. Die Koalition, die derzeit damit beschäftigt ist, die Lächer des künftigen Haushaltes zu stopfen, fing unmittelbar nach Bekanntwer-

den der Intel-Entscheidung einen Streit darüber an, wie man die zehn Milliarden Euro einsetzen könnte.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, konnte seine Enttäuschung kaum verbergen: „Die Entscheidung von Intel zur Verschiebung ist bedauerlich und betrifft auch andere Unternehmen. Wir werden nun in Gesprächen mit Intel die weiteren Schritte zügig klären, um die Unsicherheiten zu begrenzen.“ Zahlreiche Wirtschaftsexperten hatten allerdings schon während der Verhandlungen davor gewarnt, Intel könne seine Pläne noch ändern. Für ein solches Vorhaben sei der Einsatz von knapp zehn Milliarden Euro Steuergeld zu hoch.

Insgesamt wollte Intel 3000 Arbeitsplätze schaffen. „3,3 Millionen Subventionen für einen Arbeitsplatz“, höhnte die

„Bild“-Zeitung schon damals und zitierte Reint E. Gropp (57), den Präsidenten des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): „Im Fall von Intel spielt der Staat Lotto mit zehn Milliarden Euro Steuergeld. Der Staat ist kein guter Unternehmer. Das hat die Vergangenheit schon oft gezeigt, und auch im Fall Intel scheint man keine ausreichende Sorgfalt bei der Überprüfung von Intel als Investor ausgeübt zu haben.“

Während der Corona-Krise wurde nicht nur in Deutschland ein eklatanter Mangel an Halbleitern festgestellt. China mauserte sich mithilfe staatlicher Subventionen zum Weltmarktführer. Die USA zogen in den vergangenen Jahren nach. Auch Deutschland wollte diesen Weg der Ansiedlungspolitik gehen, kassierte nun aber den ersten Rückschlag. *Peter Entinger*

● MELDUNGEN

Rumänien will Entschädigung

Bukarest – Der rumänische Energieminister Sebastian Burduja hat am 12. September angekündigt, Rumänien werde im EU-Rat um Entschädigung für die im Vergleich zu Westeuropa höheren Energiepreise bitten. Burduja erklärte, in der Region seien die Energiepreise seit Monaten deutlich höher als in Westeuropa. Zudem verwies er auf die Unterstützung Rumäniens für Moldawien und die Ukraine. Die Hilfen haben laut ihm den Druck auf die Energiepreise in Rumänien erhöht. Wie der griechische Energieminister Theodoros Skylakakis erklärte, haben Griechenland, Rumänien und Bulgarien ihre Kräfte gebündelt, um gegen die steigenden Strompreise in Südosteuropa vorzugehen. Eine Initiative der griechischen, bulgarischen und rumänischen Energieminister zielt darauf ab, einen dauerhaften Interventionsmechanismus beim Auftreten extremer Preise auf dem Energiemarkt zu schaffen. *H.M.*

1,4 Billionen Euro sind nötig

Berlin – Nach dem ehemaligen EZB-Chef Mario Draghi hat nun auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ein Papier vorgelegt, in dem hohe Investitionen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit gefordert werden. Im Auftrag des BDI haben die Boston Consulting Group und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) eine Analyse zu Schwächen und Chancen der deutschen Industrie erstellt. Laut dieser Studie ist in Deutschland rund ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung bedroht. Um die Industrie international wettbewerbsfähig zu halten, seien bis 2030 private und öffentliche Mehrinvestitionen von 1,4 Billionen Euro nötig. Wie BDI-Präsident Siegfried Russwurm erklärte, ist Deutschland im internationalen Vergleich nahezu überall zurückgefallen und hat ein fundamentales Standortproblem. Das Risiko einer De-Industrialisierung nehme stetig zu und sei teils schon eingetreten. *H.M.*

Saudis kaufen sehr viel Gold

Riad – Die saudi-arabische Zentralbank SAMA hat in den letzten Jahren heimlich erhebliche Mengen Gold erworben. Das ergab eine Auswertung von Handelsstatistiken durch Jan Nieuwenhuijs vom Edelmetallversand Money Metals Exchange. Über die offiziellen Goldreserven Saudi-Arabiens informierte die SAMA letztmalig 2008, wobei sie den Bestand damals mit 332 Tonnen angab. Nach den Recherchen von Nieuwenhuijs kamen allein seit Anfang 2020 weitere 160 Tonnen hinzu, weswegen Saudi-Arabien nun „viel mehr Gold besitzt, als es die Welt glauben machen will“. Außerdem entdeckte der Analyst, dass die SAMA neuerdings eine andere Ankaufstrategie verfolgt: Lange Zeit wurde Gold nur geordert, wenn der Preis niedrig war, doch jetzt kauft die Zentralbank in Riad auch bei hohem Goldpreis, womit sie zur aktuellen Hausse auf dem Markt beiträgt. Das alles resultiert nach Ansicht von Nieuwenhuijs aus wachsendem Misstrauen gegenüber dem US-Dollar. *W.K.*

ANALYSE

Der Mittelstand mit gutem Gespür

HERMANN MÜLLER

Die EU-Kommission, der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi und der Bundesverband der Deutschen Industrie sind sich einig: Um die Wirtschaft wieder flott zu bekommen und zugleich „klimaneutral“ zu machen, sind gewaltige Investitionen erforderlich. Dem Italiener Draghi schweben pro Jahr 800 Milliarden Euro vor, um Europas Wirtschaft vor dem Todeskollaps zu bewahren. Zu stemmen sind diese Summen aus Sicht Draghis nur, wenn die Staaten, sprich die Steuerzahler, mit von der Partie sind. Der Spitzenverband der deutschen Industrie hält wiederum allein für Deutschland bis zum Jahr 2030 zusätzliche Investitionen von 1,4 Billionen Euro für notwendig.

Umso erstaunlicher klingt die Erkenntnis, zu der die Sparkassen-Finanzgruppe bei der Analyse der Bilanzen von rund 300.000 Firmenkunden gelangt ist. Die meisten mittelständischen Unternehmen Deutschlands sind durchaus selbst in der Lage, Investitionen in eine „klimaneutrale Wirtschaft“ zu finanzieren. Aufschlussreich ist auch eine weitere Erkenntnis der Sparkassen-Finanzgruppe: Die Mittelständler warten mit den Investitionen ab, denn ihnen erscheint das Risiko zu hoch, und sie hinterfragen daher die wirtschaftliche Tragfähigkeit solcher Investitionen in eine klimaneutrale Wirtschaft.

Fragliche Subventionen

Anders als manche großen Konzerne beweist der Mittelstand damit ein gutes Gespür und Realitätssinn. Egal ob es um „grünen Stahl“, „klimaneutralen Wasserstoff“ oder die Umstellung auf E-Autos geht – viele Lieblingsprojekte der Ampelregierung sind aus eigener Kraft nicht tragfähig. Sie sind für die Wirtschaft nur dann interessant, solange reichlich Subventionen und Forschungsförderung fließen. Schon jetzt ist aber fraglich, ob für die Energiewende weiterhin so reichlich Steuergeld fließen wird wie bisher. Im Bundeshaushalt klafft ebenso ein großes Milliardenloch wie in Habecks Klimafonds KTF.

Deutschlands Mittelstand wird noch immer stark von familiengeführten Betrieben geprägt. Für diese ist nüchterne

Kalkulation und Realitätssinn überlebensnotwendig, denn sie haften mit ihrem Eigentum. Die großen managergeführten Konzerne können dagegen damit rechnen, dass sie bei strategischen Fehlentscheidungen notfalls vom Bund aufgefangen werden.

Gerade die familiengeführten Mittelstandsbetriebe zeichnet oftmals noch eine weitere Besonderheit aus. Sie haben über Generationen ein Bewusstsein für die Launenhaftigkeit und die jähen Kurswechsel der Politik in den Zeitläuften bewahrt. Die Politik hat im Laufe der letzten Dekaden mehrmals gezeigt, dass sie Vorhaben erst zu Kernzielen erklärt, diese dann aber plötzlich wie eine heiße Kartoffel wieder fallen lässt.

Investitionen auf dem Müll

Es waren nicht nur die Unionsparteien, die vor Jahrzehnten mit einem Atomministerium auf die friedliche Nutzung der Kernenergie setzten. Auch die SPD hat 1956 auf einem Parteitag einen Atomplan beschlossen. Noch bis in die 1970er Jahre wurde in der Bundesrepublik über den Bau von 500 Atomanlagen nachgedacht. Helmut Schmidt sah als Kanzler in der Kernkraft den Schlüssel zur Energieunabhängigkeit. Mittlerweile sind alle deutschen Kernkraftwerke durch die stimmungsgetriebene Entscheidung einer Kanzlerin Merkel stillgelegt. Mit dem Atomausstieg wurden Milliardeninvestitionen und jahrzehntelange Forschungsanstrengungen quasi auf den Müll geworfen.

Ähnliches ist beim Erdgas zu erleben. Auch das wurde jahrelang zu Recht angepriesen und massiv gefördert. Brennwertthermen und Blockheizungen galten noch vor wenigen Jahren als absolute Spitzentechnik zur optimalen Energienutzung. Noch bis in den August 2022 förderte die bundeseigene KfW-Bank den Einbau von Gasheizungen mit kräftigen Zuschüssen. Inzwischen wird in Habecks Wirtschaftsministerium darüber phantasiert, wie sich große Teile des deutschen Gas-Leitungsnetzes am besten stilllegen lassen. Wie schon bei der Kernenergie würden damit abermals Milliardenwerte vernichtet werden. Dabei gilt Deutschlands Gasnetz im internationalen Vergleich als extrem gut ausgebaut und als vorbildlich.



Vier Filous, die es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen: J. D. Vance (r.) aber ist die Krönung

Foto: ap; Wikipedia

LEITARTIKEL

Adieu, Scham und Anstand

JENS EICHLER

Schon 2018 waren laut Statista bereits 46 Prozent der Deutschen der Überzeugung, dass Politiker lügen. Seit Kanzler Olaf Scholz Anfang 2023 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft zur „Cum-Ex-Steuergeldaffäre“ aussagte, sich dabei immer wieder in Widersprüche verstrickte und plötzlich angeblich große Erinnerungslücken hatte – insbesondere, wenn es für Scholz brenzlich wurde –, steigt die Zahl derjenigen weiter, die Politiker für professionelle Lügenbolde halten. Glauben doch laut einer Umfrage über 70 Prozent Scholz kein Wort. Eine Zahl, die sicher auch zu seinen desaströsen Beliebtheitswerten beiträgt.

Der Umgang mit Lügen ist dabei immer der gleiche: Sie werden aufrechterhalten, und alles andere, selbst die stichhaltigsten Argumente, werden vehement abgestritten. Oder man zeigt einfach mit dem Finger auf andere: „Der oder die waren es. Ich wusste ja von nichts ...!“

Bestes Beispiel: Bundesaußenministerin Annalena Baerbock wollte 2021 mit

ihrem gefälschten Lebenslauf imponieren. Als die Lüge aufflog, waren natürlich ihre „Mitarbeiter*innen“ Schuld. Erst recht, als die vermeintliche Korrektur auch noch voller Unwahrheiten strotzte.

Wenn der Zweck die Mittel heiligt

König der Lügen im politischen Spektrum ist und bleibt aber immer noch Donald Trump. Die „Washington Post“ bewies belegbar, dass der Ex-Präsident in seiner vierjährigen Amtszeit satte 30.573 Lügen verbreitete. Allerdings hat er dafür eine gewiefte Bezeichnung: alternative Fakten. Eine clevere Titulierung, aber eine Lüge bleibt, was sie ist – eine Lüge. Und wenn sie noch so sehr als Wahrheit proklamiert und die Lüge bestritten wird.

Abstreiten, schönreden, Zweifel streuen oder doch in höchster Bedrängnis Stück für Stück Richtung Wahrheit flüchten – all diese gängigen Modelle im Umgang mit einer Lüge dürften sich allerdings seit Neuestem erledigt haben. Verantwortlich dafür ist der von Trump gekürte Vize J. D. Vance. Der brachte in einem Interview letzte Woche selbst die erfahrene CNN-Moderatorin Dana Bash

in ungläubiges Staunen. Angesprochen auf seine Behauptung, in Springfield/Ohio würden Immigranten aus Haiti die Hunde und Katzen dortiger Anwohner verspeisen, legte er ein erstaunliches Bekenntnis ab, als er erklärte, aus rein wahltaktischen Gründen diese Geschichte frei erfunden zu haben. Bash fielen fast die Augen vor Ungläubigkeit aus dem Kopf. Aber statt einer Entschuldigung, legte Vance noch nach. Natürlich habe er gelogen. Aber der Zweck heilige die Mittel, und er würde es wieder tun, wenn er ein Thema in den öffentlichen Mittelpunkt rücken wolle. Selbstverständlich würde er weiter lügen. Gegen so viel Dreistigkeit ist selbst Trump fast ein Waisenknabe. Viele republikanische Parteifreunde schütteln mittlerweile immer heftiger den Kopf über Vance, der in den eigenen Reihen ohnehin extrem unbeliebt ist.

Somit haben wir nun eine neue Lügen-Dimension erreicht, nämlich die ungetarnte Lüge, die nicht einmal mehr den kleinsten Versuch unternimmt, das Tarnkleid der Wahrheit überzustreifen. Davon kann selbst Scholz noch etwas lernen – falls er sich überhaupt erinnern kann.

PORTRÄT

Baldrian für eine gespaltene Nation

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat nach den Parlamentswahlen im Sommer ähnliche Sorgen wie einige Ministerpräsidenten in unseren östlichen Bundesländern nach den Landtagswahlen. Ihnen allen macht der Rechtsruck die Regierungsbildung schwer. Macron hat das Problem vorerst dadurch gelöst, indem er einen EU-freundlichen Politrentner reaktiviert hat: Der 73-jährige Gaullist Michel Barnier will als Premierminister die Zuwanderung einschränken und so dafür sorgen, dass die Le-Pen-Partei nicht noch mehr Zulauf erhält.

Als Barnier jetzt sein mehr als 30 Minister umfassendes Kabinett vorstellte, haben es die Medien als „Koalition von Verlierern“ bezeichnet. Tatsächlich besteht es aus Ministern jener Mitte-Rechts-Parteien, die bei den Wahlen die meisten Verluste erlitten hatten, nämlich Macrons Bündnis Ensemble pour la République und Barniers konservativen Les Républicains.

Der Chef der Sozialisten, Olivier Faure, sprach daher wütend von einer „reaktionären Regierung, die der Demokratie den Stinkefinger zeigt“.

Jetzt gilt es für Barnier, sich zwischen den Wahlgewinnern von links und rechts so durchzulavieren, dass er die Legislatur ohne Misstrauensvotum der Opposition übersteht. Das wird nicht ohne Zugeständnisse gehen. Um von rechts den Druck aus den Segeln zu nehmen, hat er angekündigt, die Grenzen zu Frankreich

für eine bestimmte Zeit zu schließen. Um die Linken zu besänftigen, wird er sich noch etwas einfallen lassen. Dass er aber ein guter Verhandler ist, hat er als Brexit-Unterhändler der EU bewiesen, als er mit stiller Beharrlichkeit den Austritt Großbritanniens aus der EU verhandelt hat.

Gegenüber dem impulsiven Macron habe Barnier die „Überzeugungskraft einer guten Schlaftablette“, heißt es. Mit seinem Baldrian-Temperament hat er es aber weit gebracht: Mit 27 Jahren war er Abgeordneter der Nationalversammlung, 1992 Mitorganisator der Olympischen Winterspiele in Albertville, danach mehrmals EU-Kommissar, und zwischendrin hielt er einige Ministerposten, darunter den des Außenministers von 2004 bis 2005. In seinem späten Karriereherbst ist nun auch viel diplomatisches Geschick gefragt, um mit Macron jenen Mann an der Macht zu halten, dessen „arroganten Stil“ er früher oft kritisiert hatte.



Gaullist als Premier: Michel Barnier

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Aufstieg und Ende eines Tycoons

Wie ein Shakespeare-Drama – ARD-Film über Alfred Herrhausen, der als Chef der Deutschen Bank Opfer eines RAF-Anschlags wurde

VON ANNE MARTIN

Wenn die Verflechtung von Politik und Hochfinanz ein Gesicht hatte, dann war es wohl das von Alfred Herrhausen. Der Chef und alleinige Sprecher der Deutschen Bank, der mit Bundeskanzler Helmut Kohl befreundet war und mit Michail Gorbatschow verhandelte, wollte den Konzern zum internationalen Wettbewerber umbauen. Als Manager mit kühnen Visionen, der die Geschäfte im Spannungsfeld zwischen zusammenbrechender Sowjetunion und Grenzöffnung der DDR führte, stand er im Fadenkreuz der terroristischen Rote-Armee-Fraktion (RAF).

Was der TV-Film „Herrhausen – der Herr des Geldes“ (1.10. um 20.15 und 3.10. um 21.45 Uhr – im Anschluss daran folgt die Doku „Herrhausen, die Macht des Bankers“) an zwei Abenden zeigt, ist mehr als eine zeitgeschichtliche Chronik. Autor Thomas Wendrich und Regisseurin Pia Strietmann leuchten tief hinein in den Kosmos der Macht.

Im Zentrum steht der mächtige Banker, dem Oliver Masucci eine raubtierhafte Stärke verleiht. Wenige Gegenpole gibt es – da sind die Frauen an seiner Seite wie die kluge Ehefrau Traudl (Julia Koschitz), eine Ärztin, oder die Chefsekretärin (Ursula Strauss), eine unbestechliche und stets perfekt manikürte Wächterin des Vorzimmers. Hinzu gesellt sich der stets bemühte Assistent, gespielt von David Schütter.

Manches in diesem komplexen Kammerenspiel erinnert an ein Shakespeare-Drama, wenn es etwa zum Machtkampf kommt und der Banker die Existenzfrage stellt: Entweder die Neuaufstellung der Bank wird einstimmig im Vorstand beschlossen, oder er tritt zurück. Oder die fiktive Szene, wenn die Anzeigetafel im Fahrstuhl nach oben schnell, ein Höhen-



Man hat das tragische Ende kommen sehen: Sicherheitsleute üben mit Herrhausen (Oliver Masucci) ein Anschlagsszenario

flug, kaum mehr zu stoppen: Als Herrhausen aussteigt, steht er in den Wolken.

„Nach einer wahren Geschichte, soweit Geschichte wahr sein kann“, heißt es im Nachspann. Falls etwas nicht belegt ist, so ist es doch gut erfunden. Etwa die Szene, als Kanzler Kohl die Ärztin Traudl Herrhausen während einer OP ans Telefon rufen lässt, um ihre Zustimmung für eine Reise von Kanzler und Bankchef nach Ungarn einzuholen, wo ein Milliardenkredit unterschrieben werden soll. Ohne das „O.K.“ der Ehefrau würde der Bankchef nicht fahren, schließlich wollte das Paar gemeinsam verreisen. Aber Traudl bleibt hart. Nein, sie würde den Urlaub nicht absagen. Nicht schon wieder. Kohl greift daraufhin zu einer List in Form einer Falschbehauptung: Er gibt ihre angebliche Zu-

stimmung weiter, und Herrhausen begleitet den Kanzler. Auf Taktieren verstehen sich beide.

Die Gegenwelt des Terrors wird in zahlreichen Zwischenschnitten eingebettet. Irgendwo im Hinterland von Beirut, mitten in der Wüste, bringen junge Libanesen jungen Deutschen das Bombenbasteln bei. Es geht gegen den Kapitalismus, das Ausbeutersystem, und der Banker ist in ihren Augen das Gesicht dieses verhassten Systems. Dass später in Deutschland ein erster Anschlag auf Herrhausen abgebrochen wird, weil Kinder in der Nähe sind, stößt im Beirut Hauptquartier auf Unverständnis: „In Palästina werden täglich Kinder ermordet!“

Macht und die Verführungskraft von Macht werden in vielen Facetten vorge-

führt. Immer wieder kommt der penibel aufgeräumte Konferenztisch ins Bild, an dem Männer mit Pokerface sitzen, die genau wissen, dass sie den Tycoon nicht reizen dürfen. Herrhausen will die Deutsche Bank in die Zukunft führen und groß ins Investmentgeschäft einsteigen, er äußert Pläne über einen Schuldenerlass für die dritte Welt: „Das Investment-Banking wird kommen. Mit uns oder ohne uns.“

Der Erfinder des „Soli“

Einer am Tisch legt sein Veto ein: Er sieht in dem angepeilten Weg die Auflösung aller Werte, die Ausplünderung der Kunden und des Staates. Herrhausen bleibt konsequent. Obwohl Vorstandsmitglied Hilmar Kopper wohl bewusst einen überbewerteten Preis ausgehandelt hat, treibt er die Über-

nahme einer englischen Investment-Bank voran, leistet sich keine Schwäche, auch keine körperliche. Nach einer Hüftoperation erhebt er sich kurz vor dem Konferenzzimmer aus dem Rollstuhl und geht mühsam, aber aufrecht in seine Machtzentrale. Genüsslich fährt die Kamera über Gesichter, in denen Emotionen, wenn überhaupt, nur als Zucken der Augenbrauen deutlich werden.

Eine Ausnahme gibt es: Als Herrhausen eine IT-Beraterin (Bettina Stucky) in den Vorstand holt, damit die Büros auf digitales Arbeiten umgestellt werden, sind sich die Herren ausnahmsweise einig: Sie johlen ungläubig. „Beruhigen Sie sich“, sagt Herrhausen kühl, und zieht auch diese interne Reform durch. Die erste Frau im Vorstand? Warum nicht, wenn es der Wettbewerbsfähigkeit dient. Die zusammengebrochene DDR, Perestrojka und Glasnost beflügeln seine kühnen Pläne von der Erschließung neuer Märkte. Er hat sogar eine Idee, wie man das marode Land hinter der zerbrochenen Mauer wieder flottkriegen könnte: Ihm schwebt ein Solidaritätsbeitrag vor, der spätere „Soli“.

Ob er die Gefährdung der eigenen Person einschätzen konnte? In einer Szene liest Ehefrau Traudl eine Art Vermächtnis, worin Herrhausen festlegt, dass im Falle seiner Entführung keinesfalls den Terroristen nachgegeben werden soll.

Es wird anders kommen. Am 30. November 1989 explodiert in Bad Homburg die von langer Hand gelegte Bombe neben dem gepanzerten Dienstwagen. Herrhausen, damals 59 Jahre alt, stirbt in den Trümmern. Die Täter werden nie gefasst, als verantwortlich bekennt sich die RAF.

Die Trauerfeier im Frankfurter Dom ähnelt einem Staatsbegräbnis, auch der Kanzler verneigt sich. Das letzte Bild dieses herausragenden Films zeigt, wie der schwarze Ledersessel am Konferenztisch von eilfertiger Hand für den Nachfolger Hilmar Kopper zurückgeschoben wird.

LITERATUR

Das Genie als exzentrischer Clown

Eine der schillerndsten Figuren der US-Literatur – Vor 100 Jahren wurde Truman Capote geboren

Truman Capote, der am 30. September 1924 in New Orleans geboren wurde, ist eine der schillerndsten Figuren der US-amerikanischen Literaturgeschichte. Das hat weniger mit seinem Werk als mit seiner Lebensführung zu tun. In den 1940er und 1950er Jahren galt der offen homosexuell lebende Capote als einer der wichtigsten Nachwuchsautoren seiner Generation. Vom äußeren Erscheinungsbild und Gehabe her ein exzentrischer Clown und Kobold, fanden seine Kurzgeschichten sehr früh Anklang bei der Kritik.

Sein 1958 erschienener Kurzroman „Frühstück bei Tiffany“, das vom Leben eines jungen Partygirls handelt, ist vielen sicher noch wegen der Verfilmung mit der zauberhaften Audrey Hepburn ein Begriff. Blake Edwards Film von 1961 endete allerdings anders als das drei Jahre zuvor erschienene Buch mit einem Happy End.

Am berühmtesten dürfte Capote aber wegen seines packenden Tatsachenromans „In Cold Blood“ („Kaltblütig“) geworden sein, der bei seinem Erscheinen 1966 zu einem Bestseller wurde. Bereits ein Jahr später wurde der „non-fiktionale Roman“ auch verfilmt. Das auf Tatsachen

beruhende Buch wurde vorab in der Intellektuellen-Zeitschrift „The New Yorker“ veröffentlicht und rekonstruiert die bestialischen Morde an vier Mitgliedern der Farmerfamilie Clutter auf ihrem Anwesen in Kansas 1959. Mit Erscheinen dieses Werks galt Capote als Wegbereiter eines neuen Genres, des New Journalism.

Capote war nach den aufreibenden Recherchen zu diesem Werk ausgebrannt. Er flüchtete sich in exzessiven Alkohol- und Drogenkonsum und führte ein eben-

so maßloses Gesellschaftsleben. Die Kritik hat angemerkt, dass sich schon bei „Kaltblütig“ ein wenig schmeichelter Charakterzug Capotes zeigte. Zwar schonte er sich bei seiner Arbeit an diesem Roman nicht, etwa durch den Aufbau einer persönlichen Beziehung zu einem der beiden Mörder. Doch er nutzte auch alle seine übrigen Helfer schamlos aus, so auch die Schriftstellerin und Jugendfreundin Harper Lee, Autorin des Welt Erfolgs „Wer die Nachtigall stört“.

Truman Capote im Verlag Kein & Aber

Die Werke von Capote sind auf Deutsch im Zürcher Verlag Kein & Aber erhältlich, darunter als Taschenbuch **Kaltblütig** (544 Seiten, 15 Euro). Als Jubiläumsausgabe neu erschienen ist **Frühstück bei Tiffany** (Hardcover 128 Seiten, 22 Euro) sowie das journalistische Werk in drei Ta-



schenbuchbänden: **Die Hunde bellen** (400 Seiten, 13 Euro), **Die Mussen sprechen** (192 Seiten, 13 Euro) und **Musik für Chamäleons** (335 Seiten, 16 Euro). Ergänzend dazu eine „detektivistische Spurensuche“ zu Capote: Anuschka Roshani, **Trueboy** (Hardcover, 352 Seiten, 25 Euro).

MELDUNGEN

Die Stadt als Kunstmotiv

Berlin – Die Alte Nationalgalerie präsentiert vom 27. September bis 26. Januar Claude Monets drei früheste Ansichten von Paris aus dem Jahr 1867. Mit „Monet und die impressionistische Stadt“ verfolgt die Ausstellung anhand von 25 Werken der Malerei, Fotografie und Graphik die Neuentdeckung der Stadt als Motiv durch impressionistische Künstler. *tws*

Fünf neue Kleist-Briefe

Frankfurt (Oder) – Als „Jahrhundertfund“ feiert das Kleist-Museum fünf neuentdeckte Briefe Heinrich von Kleists aus den Jahren 1809/10. Sie befanden sich im Teilnachlass des österreichischen Diplomaten Joseph von Buol-Berenberg, mit dem Kleist korrespondierte. Die Briefe erscheinen mit einem Beitrag zur Entdeckungsgeschichte im neuesten „Kleist-Jahrbuch“. www.kleist-museum.de *tws*

ALLIIERTE DIENSTGRUPPEN

Ein Dienst im eigenen Land „unter fremder Flagge“

Bis zu 5000 Deutsche schützten nach dem Krieg die Briten – Vor 30 Jahren löste sich die letzte deutsche Organisation auf, die für alliierten Truppen Wach- und Sicherheitsaufgaben übernommen hatte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Sommer 1944 begannen sich die Westalliierten erstmals mit der Frage zu befassen, inwieweit sie ehemalige deutsche Militärangehörige zu Sicherungsaufgaben heranziehen könnten, um die eigenen Besatzungstruppen personell zu entlasten. Daraus resultierte die Entscheidung des britischen Premierministers Winston Churchill zur Aufstellung spezieller Kompanien aus Kriegsgefangenen sowie mehr oder weniger zwangsweise rekrutierten deutschen Arbeitslosen. Diese wurden ab 1947 als Alliierte Dienstgruppen bezeichnet und dann in die Deutsche Dienstorganisation überführt, die wiederum ab Oktober des Jahres 1950 als German Service Organisation (GSO) firmierte.

Diese Organisation war auch in West-Berlin präsent, weswegen London beschloss, dort eine GSO-Teileinheit zu bilden, die uniformiert und bewaffnet den Schutz ausgewählter Liegenschaften der britischen Besatzungsmacht übernehmen sollte. Ein entsprechender Befehl zur Aufstellung der German Service Organisation Berlin, dem sogenannten Watchmen's Service (W.S.), wurde am 18. Oktober 1950 vom Stabschef des 1. Corps der Rheinarmee erlassen, aber aus haushaltsrechtlichen Gründen auf den 1. September rückdatiert.

Der Watchmen's Service hatte zunächst eine Stärke von 350 Mann, die in eigens eingefärbter britischer Militärkleidung samt australischem Buschhut auftraten. Formell galten sie als deutsche Zivilbeschäftigte innerhalb einer „Unabhängigen Einheit“ der Streitkräfte des Empire. Stationiert war die GSO Berlin (W.S.) dabei in den Smuts Barracks im Bezirk Spandau.

Als deutscher Einheitsführer fungierte ab 1952 der frühere Major der Wehrmacht Johannes Gohl, welcher schließlich im Jahr 1968 von Wolfgang Schiller abgelöst wurde. Gohl erhielt den neugeschaffenen Dienstgrad eines Staff Superintendent und sorgte unter anderem dafür, dass der Watchmen's Service eine Hundestaffel mit 30 Tieren bekam. Diese wurde später zum Aushängeschild der Einheit, da sie in internationalen Vergleichswettkämpfen zahlreiche Preise gewann.



In englischer Uniformen und einem Schlapphut, wie er bei den Kolonialtruppen üblich war: Deutscher Wachposten vor den Smuts-Barracks in der Wilhelmstraße in Spandau
Foto: pa/zb

Während der zweiten Hälfte der 1950er Jahre schrumpfte die GSO Berlin (W.S.) auf rund 150 Mann, weil viele der Wachmänner zur Bundeswehr oder Polizei wechselten. Daraufhin unternahm die britische Militärregierung etliche Versuche, die Attraktivität des Dienstes in der Einheit zu steigern.

Teilnahme an Manövern

Das gelang allerdings erst 1968 durch die Umwandlung in eine Kompanie des 2. Regiments der britischen Militärpolizei in Berlin, welche nunmehr die Bezeichnung 248 German Security Unit – Royal Military Police (248 GSU-RMP) trug. Mit dieser Statuserhöhung, durch die der Personalbestand bald wieder auf 250 Mann stieg, waren auch deutlich mehr Kompe-

tenzen im Einsatz und spürbare arbeitsrechtliche Verbesserungen verbunden. Außerdem wuchs das Aufgabenspektrum, was den Dienst interessanter machte.

Anfangs zeichneten die deutschen Wachmänner vor allem für den Schutz des britischen Hauptquartiers am Berliner Olympiastadion, mehrerer Kasernen und Munitionsdepots sowie des British Military Hospital in Berlin-Westend zuständig. Dazu kam dann ab 1973 die Bewachung der Residenz des britischen Stadtkommandanten in der Spandauer Villa Lemm. Das war insofern von Bedeutung, als Generalleutnant David Scott-Barrett und dessen Nachfolger hier regelmäßig Mitglieder der königlichen Familie empfingen. In den 1980er Jahren wurde die 248 GSU-RMP des Weiteren noch mit

der Sicherung der Residenz des Kommandeurs der Berlin Infantry Brigade der British Army sowie des britischen Offiziersclubs und des Armee-Einkaufszentrums in Berlin-Charlottenburg beauftragt.

Ein von der Öffentlichkeit stark beachteter Einsatz der 248 GSU-RMP fand im August 1987 statt. Nach dem Tod des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im Kriegsverbrechergefängnis Spandau sicherte die Einheit den Abtransport der Leiche.

Später nahmen die Angehörigen der Truppe, zu der ab 1989 nun vereinzelt auch Frauen und ehemalige britische Soldaten stießen, an simulierten Häuserkämpfen und Manövern außerhalb von Berlin teil. Dazu kam das Training von Anti-Terror-Einsätzen. Desgleichen er-

folgte die Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe aus GSU-Leuten, die spezielle Sonderwaffen erhielt.

Das Auslaufen des Viermächte-Status von Berlin im März 1991 durch das Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages, mit dem Deutschland formal seine volle Souveränität zurückerhalten sollte, bedeutete auch das Ende der deutschen Truppe innerhalb der britischen Militärpolizei. Allerdings zog sich deren Auflösung noch geraume Zeit hin.

Ende nach der Deustchen Einheit

Die Berlin Infantry Brigade gab erst 1993 bekannt, dass sie bis Ende September 1994 aus der Bundeshauptstadt abziehen wolle. Dem folgte die Auflösung des 2. Regiments der britischen Militärpolizei in Berlin zum 1. April 1994. Trotzdem setzte die 248 GSU-RMP ihren Dienst bis zum 30. September fort.

Danach liefen die Arbeitsverträge der meisten deutschen Wachleute aus. Übrig blieb lediglich eine 58 Mann starke Truppe namens BRIO Security, welche der British Residual Interest Organisation (BRIO) unterstand, die mit Liegenschaftsübergaben und anderen Verwaltungsaufgaben betraut war. Die BRIO Security bestand noch bis zum 15. Dezember 1994. An diesem Tage übergaben die Briten ihre letzten beiden Objekte an die Bundesvermögensabteilung der Oberfinanzdirektion Berlin.

Formell endete die Geschichte der 248 GSU-RMP aber Ende September 1994. Bis dahin hatten etwa 5000 Deutsche in der britischen Einheit gedient, darunter auch solch bekannte Personen wie der frühere Luftwaffen-Testpilot Ernst Voigt, dem es Anfang 1945 als erstem Flugzeugführer der Welt gelungen war, mit einer Düsenmaschine von einer Eisfläche aus zu starten, und Horst Pomplun, der später als Personenschutz von Bundeskanzler Helmut Schmidt fungierte.

Dabei wurden die GSU-Angehörigen häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, im eigenen Land „unter fremder Flagge“ zu dienen. Hieraus resultierte möglicherweise auch der Umstand, dass keiner der im Jahr 1994 Entlassenen von der Bundeswehr oder der Polizei übernommen wurde. Dies führte letztlich zum Suizid einiger der arbeitslosen GSU-Veteranen.

ERFINDERGEIST

Als die Kugel schreiben lernte

László József Bíró – Der ungarische Erfinder des Kugelschreibreibers wurde vor 125 Jahren geboren

Der Erfinder unseres heutigen Kugelschreibers hatte mit „Schweiger“ einen zutiefst deutschen Nachnamen. Im Jahr 1905 ließ seine in Ungarn lebende jüdische Familie diesen jedoch magyarisieren. So wurde aus László József Schweiger László József Bíró. Da war der Junge sechs Jahre alt, denn vor 125 Jahren, am 29. September 1899, war der Zahnarztsohn in Budapest zur Welt gekommen.

Der abgebrochene Medizinstudent war ein umtriebiger Tausendsassa. Aber eines zieht sich wie ein roter Faden durch sein Leben, und das ist die Liebe zur Tüftelei. 1932 entwickelte er mit einem Freund ein Automatikgetriebe. Das war immerhin so vielversprechend, dass Ge-

neral Motors das Patent erwarb, um es verschwinden zu lassen.

Als Journalist, ein Beruf, den er in seinem Leben auch ausübte, besuchte er die Druckerei seiner Zeitung. Bei den Rotationsmaschinen beeindruckte ihn die verwendete Tinte, die nicht kleckste und schnell in das Papier einzog. Für die Verwendung in einem Füllfederhalter erwies sie sich jedoch als zu dickflüssig, um an die Spitze der Feder zu fließen. So entwickelte er unter anderem mit seinem Bruder György, einem Chemiker, eine neue Spitze.

Die hierfür entscheidende Idee kam ihm seiner eigenen Darstellung zufolge, als er 1930 beim Beobachten spielender Kinder feststellte, dass eine Murmel, die

durch eine Pflütze rollt, anschließend eine feuchte Spur hinterlässt. Die Murmel ent-



László József Bíró um 1978

wickelten er und seine Mitstreiter zur Kugel des Kugelschreibers weiter, die über das Tintenreservoir der Mine beim Schreiben fortlaufend befeuchtet wird.

1938 erhielt er ein Patent für seinen Kugelschreiber. Die Zeiten in seinem mit dem Dritten Reich befreundeten Heimatland wurden jedoch für Juden härter, und am letzten Tag, an dem Ungarn ihre Patente noch mit ins Ausland nehmen durften, Silvester 1938, reiste er nach Frankreich aus. Für seine neuen Gastgeber entwickelte er notgedrungen sogar eine Brandbombe.

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich folgte der Jude 1943 einer Einladung des argentinischen Präsidenten

Agustín Pedro Justo in dessen Heimat. Justo hatte er ein halbes Jahrzehnt zuvor während eines Urlaubs in Jugoslawien kennengelernt. In Argentinien optimierte der Perfektionist den Kugelschreiber, vor allem dessen Tinte, ließ sich das Ergebnis patentieren und gründete Biro Pens of Argentina zur Produktion seines Stifts.

Nach dem Krieg gründete im fernen Paris der französische Baron Marcel Bich das heutige Unternehmen BIC, erwarb von Bíró das Kugelschreiberpatent und machte damit seine Firma zum Weltkonzern. Bíró indes tüftelte weiter, nicht erfolglos, aber ohne an seinen Welterfolg anknüpfen zu können. Er starb am 24. Oktober 1985 in Buenos Aires. *Manuel Ruoff*

ADOLPH MÜLLNER

Die Schicksalstragödie war sein Dramentyp

Der Erschaffer des Trauerspiels „Die Schuld“ kam vor 250 Jahren in der 1815 preußisch gewordenen Ortschaft Langendorf zur Welt

VON MARTIN STOLZENAU

Adolph Müllner fiel unter Zeitgenossen zunächst als ein „ausgezeichneter Mathematiker und Schachspieler“ auf, erregte weiteres Aufsehen als ein „von Savigny geschätzter Jurist mit einer Vorliebe für knifflige Rechtsfälle“ und entwickelte sich parallel zum teilweise gefürchteten Rezensenten, der die Literatur- und Theaterszene in ironischen und pointierten Beiträgen recht trefflich beurteilte. Er begründete dazu als Literaturkenner das Weißenfeler Liebhabertheater, versuchte sich selbst als Bühnenautor und galt bald als Hauptvertreter der sogenannten Schicksalsdramatik. Müllners Stücke wurden auch auf den größeren Bühnen in Leipzig, Berlin und Wien gespielt.

Selbst Heinrich Heine suchte den selbsternannten Literaturpapst 1824 auf, der wegen seiner teilweise „schulmeisterlichen Rechthaberei und ätzenden Spottsucht“ die Beinamen „Dey von Weißenfels“, „Männerschreck“ und „Stachelschwein“ hatte. Jean Paul unterstellte ihm „rachsüchtige Gemütslosigkeit“. Johann Wolfgang von Goethe ignorierte ihn gänzlich. Das bewog Müllner im Alter zu unsachlichen Betrachtungen über den Dichterfürsten. Dieser untaugliche Versuch, am Ruhmessockel der Weimarer Instanz zu kratzen, machte den ansonsten verdienstvollen Literaten lächerlich.

Jurist aus Rücksicht auf den Vater

Adolph Müllner wurde am 18. Oktober 1774 in Langendorf bei Weißenfels geboren. Sein Geburtsort wurde 1153 erstmals urkundlich erwähnt, ist über Jahrhunderte als Klosterort und Gutsdorf überliefert und wurde mit der erhaltenen Klosterkirche 2010 in die Stadt Weißenfels eingemeindet. Seine Eltern

waren der Amtsprokurator Heinrich Adolph Müllner und Friederike Philippine Louise geborene Bürger, die Liebblingsschwester des bekannten Dichters Gottfried August Bürger. Von dieser Seite stammte wahrscheinlich die literarische Begabung.

Seine Vorliebe für das Theater lässt sich bis in die Kindheit zurückverfolgen. Nach dem Erlebnis einer wandernden Schauspieltruppe führte er bereits als Zehnjähriger im Weißenfeler Haus seiner Großmutter mit gleichgesinnten Freunden Stücke auf. Als Schüler in Schulpforta bei Naumburg inszenierte der Knabe Kotzebues „Indianer in England“. Als Leipziger Jurastudent zeigte er sich häufiger im Theater als im Hörsaal.

Trotzdem wurde aus ihm dann ein tüchtiger Jurist, der sich nach dem Studium 1799 in Weißenfels als Advokat niederließ. Da hatte er bereits seinen ersten Roman geschrieben. 1805 promovierte er. Er publizierte juristische Aufsätze und Schriften.

Doch nach dem Erlebnis der Weimarer Hofschauspieler 1809 in Lauchstädt wandte er sich erneut der Bühne zu. Mit Gleichgesinnten erneuerte Müllner, der 1802 seine Jugendliebe Amalie Christiane von Logau geheiratet hatte, im Rathaussaal von Weißenfels das „verschollene Weißenfeler Liebhabertheater“. Ab 1810 qualifizierte er sich als Schauspieler, Spielleiter und Bühnenautor zur „treibenden Kraft“ der Bühne. Er verwahrte sich „gegen jede Tändelei in Dingen der Kunst“, schrieb für sein „Völklein“ Dilettanten „ganze Abhandlungen über die Eigenart der darzustellenden Personen, ihre Bewegungen, ihre Spielweise“ und entwickelte sich zum recht erfolgreichen Theatermann, bis das Liebhabertheater 1819 von Preußen geschlossen wurde, nachdem preußischen Offizieren der Zutritt verwehrt worden



Porträtiert vom Zeitgenossen, Kupferstecher und Professor in Berlin Friedrich Wilhelm Bollinger: Amandus Gottfried Adolf Müllner Foto: Wikimedia

war. Doch da lebte Müllner bereits recht einträglich als freischaffender Schriftsteller, Rezensent und Herausgeber.

Der Blatt- und Theatermacher

Nach der Uraufführung seiner ersten Tragödie „Der 29. Februar“, die an das einaktige Melodram „Der vierundzwanzigste Februar“ des Dichters und Dramatikers der Romantik Zacharias Werner anknüpft, landete er mit der Tragödie „Die Schuld“, die er der russischen Kaiserin widmete, 1813 am Wiener Burgtheater einen großen Premierenerfolg. Das weckte das Interesse der umsatzorientierten Verleger und Theaterintendanten. Selbst der Reclam-Verlag brachte „Die Schuld“ heraus.

Mit seiner „Demonstration eines blindwütigen Schicksals“ und äußerst naturalistischen Detailschilderungen traf Müllner offenbar den Publikumsgeschmack. Mit seiner Effekthascherei, die auch Anleihen bei der englischen Schauerliteratur nahm, übertrumpfte er den „schnöde verkannten Kleist“ um Längen in der Zuschauergunst. Für seinen „König Yngard“ schrieb dann kein Geringerer als Carl Maria von Weber die Bühnenmusik. Der gefeierte Bühnenautor gab daneben das „Mitternachtsblatt für gebildete Stände“ heraus und arbeitete außerdem weiter für verschiedene Zeitungen, bis er am 11. Juni 1829 in Weißenfels an einem Schlaganfall verstarb.

Dort wird sein Erbe bis heute gepflegt und trägt eine Straße seinen Namen. An seinem ehemaligen Wohnhaus in der Klosterstraße 13 erinnert eine Gedenktafel an ihn. Müllner hinterließ außer seinem umfangreichen literarischen Nachlass vier Söhne und zwei Töchter. Der Dichter August Graf von Platen verewigte Müllner nach dessen Tod im satirischen Drama „Die verhängnisvolle Gabel“.

BALDER OLDEN

Erst der Faschismus habe ihn „zum Revolutionär gemacht“

Der deutsche Exilant in Südamerika war maßgeblich an der Organisation seiner Schicksalsgefährten beteiligt

Den Namen „Balder Olden“ sucht man in den meisten Nachschlagewerken vergeblich. Selbst in einigen Literaturlexika ist er nicht enthalten. Dabei erlangte der gebürtige Sachse als Journalist und vor allem als Schriftsteller, der sich mit dem deutschen Militarismus, der deutschen Kolonialpolitik und dem Nationalsozialismus bis zu seinem Tod vor 75 Jahren kritisch auseinandersetzte, einst internationale Bekanntheit. Seine Bücher, die teilweise ins Englische und Französische übersetzt sind, wurden jedoch von den Nationalsozialisten verbrannt. Damit wurde er nach seiner Flucht ins Exil in Deutschland zur unbekannten Person.

Balder Olden entstammte einer jüdischen Familie, die ursprünglich Oppenheim hieß. Seine Eltern waren Schauspieler. Sein Vater nahm 1891 den Namen Olden an und schriftstellerte nebenbei. In der Verwandtschaft gab es auch Nationalökonom, Kaufleute und Maler. Bei allen war dennoch die Vorliebe für Kunst und Literatur sehr ausgeprägt.

Olden wurde während eines Schauspielengagements seiner Eltern am 22. März 1882 in Zwickau geboren, wo er die ersten Jahre aufwuchs. Danach besuchte er entsprechend der Theaterverträge des Vaters die Gymnasien von Regensburg, Wiesbaden, Darmstadt und

Freiburg im Breisgau, wo er das Abitur ablegte und anschließend Literatur, Philosophie und Geschichte studierte. Parallel griff der literaturbegeisterte Student, der mit dem Gedanken spielte, ebenfalls Schauspieler zu werden, zur Feder. Als er wegen seiner jüdischen Herkunft beleidigt wurde, duellierte er sich mit dem Beleidiger und erlitt dabei eine schwere Gesichtsverletzung, die zur dauerhaften Lähmung einer Gesichtshälfte führte.

Olden begrub danach seine Bühnenpläne, absolvierte ein Zeitungsvolontariat und wurde Feuilletonredakteur in Hamburg. Er veröffentlichte unter dem Titel „Aus der Mannschaftsstube“ eine erste Sammlung seiner Novellen, in denen er sich kritisch mit dem deutschen Militarismus auseinandersetzte. Nach dem Wechsel zum Feuilleton der „Kölnischen Zeitung“ bereiste er die Welt und weilte bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges als „reisender Reporter“ in Deutsch-Ostafrika, wo er sofort ins Afrikakorps des Generals Paul von Lettow-Vorbeck eingezogen wurde. Olden geriet 1916 in englische Kriegsgefangenschaft und kehrte erst 1920 nach Deutschland zurück.

Er ließ sich in Berlin nieder, schrieb für verschiedene Zeitungen und verarbeitete in der Folge seine Kriegs- und Kolonialerlebnisse in eindrucksvollen Roma-

nen, so in seinem Antikriegsroman „Kilimandscharo“. „Ich bin ich“ ist als antikoloniale sowie antinationalistische Studie angelegt, in welcher der deutsche Kolonialgründer Carl Peters als Vorläufer der Nationalsozialisten dargestellt wird. Olden, der sich in der Weimarer Republik auch einen Namen als Literatur- und Theaterkritiker machte, war zwischendurch ein erstes Mal verheiratet und lehnte die NS-Bewegung kategorisch ab.



Tötete sich vor 75 Jahren: Balder Olden

Foto: Close-Up

Nach Adolf Hitlers Machtübernahme floh er nach Prag, wo er seinen Roman „Anbruch der Finsternis“ in einem Zug niederschrieb. Darin reflektierte der Exilant seine Deutschland-Erlebnisse zwischen Dezember 1932 und Mai 1933. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass ihn erst „der Faschismus zum Revolutionär gemacht“ habe. Das Buch führte zu seiner Ausbürgerung. Seine Schriften waren fortan in Deutschland verboten und wurden dann verbrannt. Ab 1935 lebte Olden in Frankreich, wo er ein Teil der antinationalsozialistischen Exilliteratur war.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde er im zweiten Kriegsjahr 1940 von den französischen Behörden interniert. Ihm gelang jedoch mit Hilfe französischer Antifaschisten die Flucht nach Marseille und dann per Schiff nach Südamerika. Sein jüngerer Bruder Rudolf hatte weniger Glück. Er kam bei der Überfahrt auf dem Atlantik um.

Olden ließ sich zunächst in Argentinien und dann in Uruguay nieder, engagierte sich in der antinationalsozialistischen Agitation sowie beim Aufbau von Exilanten-Organisationen. 1944 heiratete er in zweiter Ehe Margarete Kershaw. Doch dem 62-Jährigen blieb mit seiner wesentlich jüngeren Frau nicht mehr viel

Zeit. Olden erlebte zwar noch den Zusammenbruch des Nationalsozialismus und des Faschismus und machte Pläne, aber zwei Schlaganfälle und eine Teillähmung machten ihn zum Pflegefall. So wollte er nicht leben. Deshalb setzte er mit 67 Jahren am 24. Oktober 1949 seinem Leben in Montevideo selbst ein Ende. Er hinterließ mehr als 100 Publikationen. An vielen weiteren Veröffentlichungen war er beteiligt.

Im französischen Sanary-sur-Mer ist eine Gedenktafel „den deutschen und österreichischen Schriftstellern mit ihren Angehörigen und Freunden, die auf der Flucht vor der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Sanary-sur-Mer zusammentrafen“ gewidmet. Auf Ihr findet sich auch der Name Oldens.

1977 gab die Schriftstellerin, Herausgeberin, Verlagslektorin und Journalistin Ruth Greuner, die vor allem das antinationalsozialistische Wirken bürgerlicher Autoren dokumentierte, das Werk „Balder Olden. Paradiese des Teufels. Biographisches und Autobiographisches. Schriften und Briefe aus dem Exil“ heraus. Dessen Roman „Anbruch der Finsternis“ erlebte 1981 bei Rütten & Loening eine deutsche Neuauflage. Oldens Nachlass gehört inzwischen zum Bestand des Deutschen Literaturarchivs in Marbach. M.S.

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Als sich im vergangenen Frühling auf einem Hof in Berlin-Lankwitz Alexander Kliesch und Thorsten Haß, beide mit zahlreichen Narben im Gesicht, mit scharfen Klingen in der Hand einander gegenüberstanden, um diese dann auch gegeneinander zu erheben, hätte es für einen Laien bedrohlich aussehen können. Immerhin: Duelle sind auf deutschem Boden verboten, gleich ob diese mit der Klinge oder etwa mit Pistolen ausgetragen werden.

In dem Lankwitzer Fall allerdings standen sich zwei alte Freunde und gewissermaßen auch Rivalen gegenüber. Kliesch und Haß gehören der selten gewordenen Spezies der schlagenden Verbindungsstudenten an. Das Fechten mit scharfer Waffe, dem sogenannten Schläger, in der Partie, die Mensur genannt wird, gehört an den meisten Hochschulorten im deutschsprachigen Raum bis heute zu den allerdings nur noch von einem Bruchteil von Studenten gepflegten Traditionen. Der Begriff Mensur bezeichnet insoweit einen strengen Regeln folgenden sportlichen Vergleich.

Lebenswichtige Körperteile sind geschützt, lediglich die Wangen und der obere Kopfteil liegen frei. Ein Unparteiischer wacht über die Einhaltung der Regeln, mindestens ein Arzt über die Gesundheit der „Paukanten“. Richtig, der Begriff „pauken“ stammt aus der Studentensprache und wurzelt im Fechten. Die Gegenüberstehenden fechten auch nicht gegeneinander, sondern – auch wenn sie sich zahlreiche blutige Schmissee beibringen können – genau genommen miteinander. Denn das, was der Laie nicht sieht, ist der gegenseitige Respekt und oft auch die Freundschaft, welche die Kontrahenten miteinander verbindet.

Ein Nachkriegsrekord

Das trifft auf Kliesch und Haß zu. Beide gehören Verbindungen im Dachverband Coburger Convent an, in dem sich Turnerschaften und Landsmannschaften, allesamt pflichtschlagend, vereinigt haben. Die Mensur vom Frühjahr, und das ist höchst selten, wurde von mehreren Medien aufgegriffen. Sogar die „Süddeutsche Zeitung“ hat Kliesch im Zusammenhang mit dessen Mensur porträtiert. Der Grund liegt darin, dass der mit seiner 100. Mensur so etwas wie eine Schallmauer durchbrochen hat, wobei ihm Haß mit 60 Mensuren im Range durchaus folgt. Es ist zwar nicht genau bekannt, ob vor dem Ersten Weltkrieg Studenten und ehemalige Studenten nicht auch bis zu 100 oder mehr Mensuren gefochten haben. Doch wenn, dann dürften es nur wenige gewesen sein. Fest steht aber, dass seit 1945 kein Akade-



Zweikampf nach festen Regeln: Mensur auf Säbel im Jahre 1905

Foto: imago/Gemini Collection

MENSURWESEN

Die Wehrhaften

Den meisten Zeitgenossen erscheint es als Relikt aus uralten Tagen. Doch hinter dem studentischen Fechten verbirgt sich weit mehr – und noch dazu eine überraschend aktuelle Botschaft

miker häufiger auf Mensur gestanden hat als eben die beiden Männer in Lankwitz. Zum Vergleich: Otto von Bismarck schlug als Jurastudent 25 Mensuren.

Doch warum tun sich Männer, die sich vielleicht sogar freundschaftlich verbunden sind, genau das an? Das ist die Frage, die Außenstehende meist ratlos zurücklässt. In der Tat wirkt es so, als passe diese akademische Tradition nicht mehr ins „woke“ Deutschland. Da passt es ins Bild, dass die Grüne Jugend immer wieder gegen Studentenverbindungen, insbesondere gegen schlagende, zu Felde zieht.

Doch passen Waffenstudenten wirklich nicht mehr in unsere Zeit? Es war ausgerechnet der grüne Koalitionspartner von Bundeskanzler Olaf Scholz, der in der Bundesregierung darauf drängte, der Ukraine milliardenschwere Waffenlieferungen zur Selbstverteidigung zu versprechen und auch rhetorisch diesen Kampf zu unterstützen. Indes, den einst frie-

densbewegten Grünen, jener Partei der Wehrdienstverweigerer, die lange aktiv der Bundeswehr mit Misstrauen begegnet ist und Soldaten unter den Pauschalverdacht des Rechtsextremismus gestellt hat, wird Umfragen zufolge die geringste Kompetenz in Sachen Wehr- und Sicherheitspolitik und seitens des politischen Gegners Doppelmoral zugeschrieben.

Mit Ideologie hat es nichts zu tun

Zurück zur Mensur – denn diese Tradition hat bis heute mit dem Wehrhaftigkeitsprinzip zu tun. Wer sich auf Mensur stellt und bereit ist, die Farben seiner Verbindung würdevoll zu vertreten, sich seinen persönlichen Ängsten zu stellen, diese zu meistern und die Unverletztheit seiner Haut zu riskieren, der teilt das Wehrhaftigkeitsprinzip. Viele schlagende Verbindungen, vor allem Burschenschaften, haben deshalb in früheren Dekaden auch keine Wehrdienstverweigerer aufgenom-

men. Wer in einer schlagenden Verbindung aktiv geworden ist, steht in der Regel auch der Bundeswehr nahe, hat oft eine Offizierslaufbahn eingeschlagen, oder zumindest stolz den Wehrdienst für sein Vaterland geleistet. Der letzte bekannte Offizier in den Reihen der Grünen hingegen war der 1992 per Suizid gestorbene Generalmajor a.D. Gert Bastian. Er hatte 1980 seiner Laufbahn vorzeitig den Rücken gekehrt und sich der Friedensbewegung zugewandt.

Seither haben bündnisgrüne Politiker zwar Sicherheitspolitik gemacht und auch seit Joschka Fischer Kriegseinsätze – damals in Serbien – befohlen, doch die Wehrhaftigkeit selbst unter Beweis gestellt hat seit Gert Bastian kein grüner Politiker mit überregionalem Bekanntheitsgrad. Der letzte Grüne, der auf Mensur gestanden hat, war der ehemalige grüne Spitzenpolitiker Rezzo Schlauch. Das war allerdings in der zweiten Hälfte der

1960er Jahre und damit deutlich vor der Gründung der Partei Die Grünen.

Dass Mensur gleichwohl nichts mit rechter Weltanschauung zu tun hat, belegt selbst nach aktuellen Maßstäben ausgerechnet jener Berliner Kliesch. Der Jurist gehört weder der AfD noch der CDU an. Er ist Sozialdemokrat.

Die Mensur, der Blick durch eine vergitterte Schutzbrille auf die scharfe Klinge des Gegenübers, der in wenigen Momenten diese gegen einen führen wird – dieses besondere Erlebnis, da sind sich selbst die Waffenstudenten weitgehend einig, macht keine besseren Menschen. Sie lehrt den Menschen lediglich, sich seinen Ängsten zu stellen und für etwas – nicht nur wohlfeil in martialischer Rhetorik – mit seiner eigenen Gesundheit und eigenen heilen Haut einzustehen. In den Verbindungen wird daher auch vom charakterschulenden Effekt der Mensur gesprochen.

GESCHICHTE

Die Waffe als Begleiter des vornehmen Mannes

Aus dem Duellwesen zur gelebten Tradition: Zur Herkunft des Mensurfechtens

Das studentische Mensurfechten hat eine lange Geschichte, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Seinerzeit konnte freilich nur fechten, wer sich teure Metallwaffen leisten konnte. Auch Handwerker gehörten dazu, wie Innungswappen mit gekreuzten Schwertern zeigen.

Im Laufe der Zeit änderte sich das Bild der Universitätsstädte. Vornehme junge Männer prägten das Bild der Hochschulorte und drückten ihre gesellschaftliche Stellung durch Kleidung und Benehmen aus. Ab dem 15. Jahrhundert entstand in Spanien aus dem mittelalterlichen Schwert eine kleinere Form der Fechtwaffe, die nun auch von Zivilisten im Alltag getragen werden konnte. Diese Waffe, der Vorgänger des Rapiers, wurde europaweit zur Standard-Ausstattung des vornehmen

Herrn. Ab etwa 1500 werden Studenten mit Fechtwaffen abgebildet. Kaiser Maximilian I. erlaubte 1514 den Studenten das Tragen von Waffen als Zeichen ihrer gehobenen Gesellschaftsposition.

Die Studenten hatten ihr eigenes Ständebewusstsein mit einer eigenen Studentensprache, eigenen Verhaltensnormen und besonderer Kleidung. Sie fühlten sich herausgehoben aus der bürgerlichen Umwelt und sahen es als ihre Aufgabe an, diesen Stand zu verteidigen. Das Ausfechten von Duellen gehörte bald als unverzichtbar dazu. Oft fochten sie sofort an Ort und Stelle und das Risiko war groß, auch ohne Absicht zu töten.

Trotz vieler Verbote blieben Rauf- und Duellverbote weithin unbeachtet. Die Universitäten versuchten, das studentische

Fechten in geregelte Bahnen zu lenken. Das Erlernen der Fechtkunst bei festangestellten Fechtmeistern sollte die Zahl der Verletzungen verringern. Bald entstanden Fechtvereine.

Während des 30-jährigen Krieges nahm die Brutalität stark zu. Um die Zivilisierung des Duells voranzutreiben, wurden um 1684 erstmals sogenannte „Beschicksleute“ und „Beistände“ eingeführt, die als Vermittler und Organisatoren des Duells fungierten. Konflikte wurden nicht mehr sofort ausgetragen, sondern zu einem festgelegten Zeitpunkt an einem vereinbarten Ort nach festen Regeln. Die Regeln wurden wichtiger als der Sieg im Kampf.

Im 18. Jahrhundert fochten die Studenten dann Hieb- und Stoßmensuren, bei denen es zu schweren Verletzungen

und Toten kommen konnte. Um 1800 wurde das Säbelfechten als Ersatz für das Duell eingeführt. Es wurde dem Militär entlehnt, die Waffe ähnelte dem österreichischen Kavalleriesäbel.

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die Bestimmungsmensur, bei der die Gegner vorher festgelegt wurden. Die Mensuren wurden immer ungefährlicher. Schutzkleidung und die Pflicht zur Anwesenheit eines Arztes setzten sich durch. In dieser Zeit erschien auch eine Gegenbewegung von nichtschlagenden Verbindungen, die zwar das studentische Fechten zum Teil zwar noch erlernten, es aber nicht anwandten.

Das studentische Fechten hat insoweit eine lange Geschichte und wird inzwischen auch über den deutschen Sprachraum hin-

aus tradiert. Erst vor Monaten haben junge polnische Studentenverbindungen ihre erste „scharfe“ Mensur gefeiert.

Rechtlich ist die Frage der Zulässigkeit des Mensurfechtens geklärt. Der Bundesgerichtshof für Strafsachen hat 2004 zuletzt entschieden, dass Körperverletzungen mit Einwilligung der verletzten Person nur dann rechtswidrig ist, wenn es gegen die guten Sitten verstößt. „Ein Verstoß gegen die Wertvorstellungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen oder des mit der Tat befassten Strafgerichts genügt nicht“, so der BGH (2 StR 505/03). Damit hat der Gerichtshof ein bereits 1953 gefälltes BGH-Urteil bestätigt, da die Mensur „nach dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden zweifellos strafwürdiges Unrecht“ sei (BGH 5 StR 408/52). *bk*



OSTERODE

Schneller, höher, weiter? Hauptsache zusammen

10. Olympische Sommerspiele der Kinder und Jugendlichen der Deutschen Minderheit – Eine Veranstaltung von VdGEM und LO

VON UWE HAHNKAMP

Die Olympischen Spiele sind vorbei? Von wegen. Am ersten Wochenende im September, vom 6. bis 8., trafen sich die Kinder und Jugendlichen der Deutschen Minderheit der Woiwodschaft Ermland und Masuren ab 13 Jahren zur 10., der Jubiläumsausgabe, der Sommerspiele. Sie war gleichzeitig die erste, die nicht zu Beginn der Sommerferien, sondern danach stattfand.

Im vergangenen Jahr ging das Sport- und Integrationsfest für die jungen Menschen in Sensburg über die Bühne, dieses Jahr kehrte es nach Osterode zurück. Wie vor zwei Jahren war der Schauplatz der Veranstaltung der Sportplatz hinter dem Allgemeinbildenden Lyzeum Nr. 1, das sich im früheren Gebäude des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums befindet. Von den drei Tagen war für den Sport Sonnabend, der 7. September, vorgesehen.

Begonnen wurde dabei wie bei den Olympischen Spielen der Erwachsenen mit einer Eröffnungszeremonie. Auf das Olympische Feuer musste aus Sicherheitsgründen verzichtet werden, auch der offizielle Olympische Eid fiel diesmal weg. Doch den Hymnenappell der Teilnehmer mit der polnischen, deutschen und europäischen Hymne gab es ebenso wie das obligatorische Gruppenfoto und die Begrüßung durch die Organisatoren. Anschließend maßen sich Jungen und Mädchen im Leichtathletik-Dreikampf, der sich aus einem 60-Meter-Lauf, Werfen mit einem drei Kilogramm schweren Medizinball und Weitsprung aus dem Stand zusammensetzte. Als Kür gab es im Nachmittagsprogramm ein Fußball- und ein



Glücklich nach der Veranstaltung: Die Teilnehmer am Drewenzsee

Foto: U.H.

Volleyballturnier. Das Wetter bot strahlenden Sonnenschein am letzten heißen Wochenende des Jahres, die beaufsichtigenden Sportlehrer hatten daher vor allem darauf zu achten, dass die jungen Menschen genug tranken. Der eine, Pawel Drobisz, arbeitet aktuell am Lyzeum Nr. 1, der andere, Siegfried Bratz, ist sein Vorgänger und trotz Rente und über 80 Jahren immer noch aktiv und, wie man so schön sagt, fit wie ein Turnschuh.

Diesen Schwung brachte er auch den Jugendlichen näher, die sich nach dem Aufwärmen erst einmal mit der Leichtathletik befassten. Dabei war – wie üblicherweise auch in Schulklassen – zu mer-

ken, dass einige Personen sehr sportlich sind und im Wettkampf Ehrgeiz entwickeln, viele andere aber eher aus Spaß und Freude dabei sind.

Motivation und Ergebnisse

„Der feine Kies auf der Bahn für den 60-Meter-Lauf ist stellenweise etwas rutschig, und ich habe beim Start so eine Stelle erwischt“, ärgerte sich etwa Michał Rakoczy aus Allenstein über verlorene Zehntelsekunden. Dafür glänzte er in den anderen Disziplinen und vor allem beim Volleyball, den er halbprofessionell in der dritten Liga in Bischofsburg betreibt. Es gab noch zwei andere Volleyballer aus Vereinen, da-

zu noch die sportbegeisterte Olga Gorzycka aus Landsberg, die zum dritten Mal dabei war: „Es ist toll, ich kann zeigen, was ich kann, aber ich lerne auch neue Leute kennen und es ist viel los.“ Das Volleyballturnier wurde also spannend.

Auch beim Fußball zählte der gemeinschaftliche Zusammenhalt, das gemeinsame Spiel. Torhüter der „gelben“ Mannschaft war Mikołaj Komarzewski. Der Tänzer der Gruppe „Saga“ aus Bartenstein war mit 13 Jahren einer der Jüngsten in Osterode und spielt im Alltag bei der Jugend von Wiktoria Bartoszyce.

Sein „Es gefällt mir hier, ich habe neue Kollegen kennengelernt“ war der Grund-

tenor bei den Aussagen aller Teilnehmer. Ganz im Sinne der Organisatoren, denn neben der sportlichen Konkurrenz ist die Integration ein Schwerpunkt der Veranstaltung. „Außerdem sollen die jungen Menschen die Geschichte der Region und der Stadt kennenlernen, in der die Olympiade jeweils stattfindet“, erklärte Damian Wierzchowski, Organisator und Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein.

Mehr als nur Sport

Die Stadtführung am ersten Abend lag in den bewährten Händen von Heinrich Hoch, dem Vorsitzenden der Osteroder Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Tannen“. Ein besonderes Schmankerl beim Gang durch Osterode war eine Begegnung mit dem neuen Bürgermeister der Stadt, Rafał Dąbrowski, beim Denkmal der europäischen Einheit, dem früheren Drei-Kaiser-Brunnen, und dem wieder aufgebauten Rathaus. Das Stadtoberhaupt kam auf seinem Dienstfahrzeug, einem Elektroroller, vorbei, und begrüßte die jungen Gäste.

Ein kleiner Wermutstropfen war die deutlich geringere Teilnehmerzahl als vor einem Jahr, der Termin zu Beginn des neuen Schuljahrs ist für viele Schulkinder doch schwieriger zu realisieren als direkt nach Schuljahresende. Der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) als Organisatoren sowie die Teilnehmer bedanken sich für die finanzielle Unterstützung beim polnischen Ministerium für Inneres und Verwaltung, ebenso bei der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Ermland-Masuren sowie der LO.

CRANZ

Legende oder nur eine erfolgreiche Marketing-Idee?

Ein wahrer Katzenkult: Wie das beliebte Ostseebad zu seinem neuen Stadtsymbol und zahlreichen Skulpturen kam

Cranz [Selenogradsk] ist ein beliebter Ferienort. In letzter Zeit wird die Beliebtheit der Stadt nicht nur mit dem Meer und den historischen Baudenkmalern in Verbindung gebracht, sondern auch mit ihren Katzen, die zum Wahrzeichen der Gemeinde geworden sind.

Die Geschichte von Cranz ist interessant. In der Nähe haben Archäologen einige Siedlungen der Wikinger und der heidnischen Prußen aus dem frühen Mittelalter entdeckt. Bereits im 13. Jahrhundert entstand hier ein Fischerdorf, dessen Bewohner auch die Straße von Königsberg nach Memel bedienten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde Cranz zu einem immer mehr beliebten Badeort, auch heute kommen zahlreiche Urlauber in die Heilanstalten und Pensionen.

Museum im alten Wasserturm

1905 wurde in Cranz ein fast 40 Meter hoher Wasserturm erbaut. Fast jede größere Stadt in Ostpreußen verfügte damals über einen besonderen Wasserturm, der in der Regel eine Stadtdominante war und als Wahrzeichen der Stadt verehrt wurde.

In der Sowjetzeit gab es einige vergebliche Versuche, den Cranzer Wasserturm als Wasserbauwerk sowie als Baudenkmal wiederherzustellen. Leider verfiel die be-

rühmte Kuppel, in der sich der Wassertank befand, bis zum Jahr 2000 fast vollständig, auch die ursprüngliche Stuckverzierung des Gebäudes ging verloren.

Der moderne Umbau des Turms erfolgte zwischen 2006 und 2012. Alle historischen Elemente des Gebäudes wurden sorgfältig wiederhergestellt: die Eingangshalle, seitliche rustikale Treppen und die

Reste von Stuckverzierungen. In einer Höhe von 24 Metern befindet sich nun eine kreisförmige Aussichtsplattform.

Im September 2012 wurde im Innenraum des Turms eine Dauerausstellung einer privaten Sammlung von Katzenbildern und -Figürchen namens „MURARIUM“ eröffnet. Dieses private Museum, das den beliebten Tieren gewidmet ist,

brachte die Stadtverwaltung auf die Idee, die Katzen zum Stadtsymbol zu machen.

Die wahre Hauptstadt der Katzen

Katzen folgen den Bewohnern und Gästen der Stadt auf Schritt und Tritt: Ständig sieht man ihre Abbildungen an Hauswänden und in Souvenirläden, ihre Figürchen sind sogar an Ampeln zu sehen. Manchmal scheint es, dass es in Cranz viel mehr Katzenbilder und -Skulpturen als echte Katzen gibt. Denn Katzenfiguren stehen an der Promenade, im Park, in der Fußgängerzone, diverse Katzen-Bilder schmücken Häuser und Zäune in jeder Ecke des Stadtraums – damit die Gäste sofort verstehen: Cranz ist die wahre Hauptstadt der Katzen.

Auf die Frage „Warum wird hier so ein Katzenkult praktiziert?“ werden einige Fremdenführer erzählen, dass diese Tiere einer alten Legende zufolge ihre Heimatstadt gerettet haben, aber die meisten geben ehrlich zu: Das ist nur eine erfolgreiche Marketingstrategie, um noch mehr Touristen in die Stadt zu locken.

Die Stadtbewohner selbst sind zwar stolz auf den Ruhm einer „Katzen-Hauptstadt“, geben aber gleichzeitig zu: Das ist doch schon zu viel. „Es wäre wohl besser, die historisch-kulturelle Komponente

der Stadt hervorzuheben, als sie durch solch aufzwingendes Branding zu verdrängen“ oder „Die Marketingstrategie der Stadtverwaltung war nur deshalb so erfolgreich, weil viele Menschen einfach Katzen lieben“, lauten die Kommentare.

Cranz ist eine relativ kleine Stadt, in der auch echte Katzen schon seit geraumer Zeit ein fester Bestandteil sind. Die Katzen, die auf der Promenade leben, werden von den Touristen großzügig behandelt: Für diejenigen, die die Tiere füttern möchten, wird Katzenfutter zum Kauf angeboten. Eine ganze Kolonie schnurrender Flauschtiere hat sich in einem örtlichen Park niedergelassen. Alle diese Katzen ziehen die Aufmerksamkeit von Einheimischen und Touristen auf sich. Aus diesem Grund hat die Stadtverwaltung beschlossen, Straßentiere nicht loszuwerden, sondern im Gegenteil, ihnen zu Hilfe zu kommen und sogar eine „Katzen-Chefin“ zur Verfügung zu stellen – eine Person, die sich professionell um sie kümmert. Die Katzen-Chefin trägt eine schöne smaragdgrüne Uniform und muss die Straßenkatzen füttern und pflegen. Diesen beneidenswerten Job bekam eine Frau mittleren Alters, die hauptamtlich als Kindergärtnerin tätig ist.

Carsten Kallweit



Symbol der Stadt: Katzenskulptur in Cranz

Foto: J. Tschernyschew



ZUM 102. GEBURTSTAG

Matzeit, Erich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Krüger, Bernhard, geb. **Kackschies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Burow, Erna, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. September
Kobbe, Ruth, geb. **Ruppenstein**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 14. September
Schmerl, Emma, geb. **Glowatz**, aus Lyck, am 30. September
Wüsthoff, Gerda, geb. **Hetz**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bräutigam, Wilhelm, aus Immenhausen, Kreisgruppe Kassel, am 30. September
Lingat, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September
Mrosek, Emma, geb. **Brzoska**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 30. September
Niklaus, Lieselotte, geb. **Paschkowski**, aus Ortelsburg, am 29. September
Ströh, Erika, aus Lyck, am 2. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Annutsch, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Blank, Horst, aus Doblienen, Kreis Elchniederung, am 19. September
Diebowski, Kurt, aus Lyck, Bismarckstraße 52, am 27. September
Hein, Johanna, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 27. September
Kuhr, Waltraut, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
Opitz, Elsbeth, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 29. September
Radau, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September
Schöler, Ursula, geb. **Böhm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Vortlage, Martha, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gildemeister, Helga, geb. **Skilandat**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 18. September
Jung, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September
Päger, Ruth, geb. **Fröhner**, aus Seegertswalde, Kreis Mohrunge, am 27. September
Völzke, Waltraut, geb. **Burkandt**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bliese, Wally, geb. **Gudduscheit**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Dyk, Herbert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September
Gelies, Horst, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 21. September
Göbel, Manfred, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. September
Katke, Erika, geb. **Sbresny**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 27. September
Keiter, Reinhold, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 2. Oktober
Kolberg, Erwin, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Nowotzin, Horst, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober
Sellhorn, Otto, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gnewuch, Willi, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 30. September

Petrick, Paul, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 24. September
Scholla, Reinhard, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Oktober
Warstat, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. September
Zachau, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Altherr, Christa, geb. **Börger**, aus Mohrunge, am 29. September
Alzuhn, Alfred, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. September
Borris, Willi, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 29. September
Engelbrecht, Ursula, geb. **Schukat**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 1. Oktober
Kamann, Ernst, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 24. September
Krumpholz, Magdalena, geb. **Bansi**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Oktober
Launhardt, Christa, geb. **Tuttas**, aus Ortelsburg, am 29. September
Naddig, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. September
Steinhagen, Johanna, geb. **Wenzek**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 29. September
Wiemer, Ursula, geb. **Manz**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 26. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alsleben, Irma, geb. **Buttkus**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
Bergmann, Ewald, aus Guttstadt, Glottauer Vorstadt 31, Kreis Heilsberg, am 3. Oktober
Brüggemann, Ursula, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 13. September
Horn, Heinrich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. September
Kroll, Anneliese, aus Neukirch, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Lehwald, Herbert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 27. September

Nerstheimer, Georg, aus Sieden, Kreis Lyck, am 28. September
Piper, Ingrid, geb. **Topat**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Schulz, Ruth, geb. **Papajewski**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 30. September
Seremba, Josef, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Stanko, Werner, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Sylvester, Hilla, geb. **Jundel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Tonzel, Ursula, geb. **Teich**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 29. September
Weller, Käthe, geb. **Lindner**, aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrunge, am 27. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bukowski, Ursula, geb. **Gisewski**, aus Abrahamsheide, Kreis Mohrunge, am 28. September
Finner, Heinrich, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 29. September
Glombowski, Irmgard, geb. **Reck**, aus Zondern, Kreis Lötzen, am 1. Oktober
Koslowski, Hermine, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 27. September
Kürschner, Martha, geb. **Faak**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. September
Sembritzki, Günter, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. September
Tubenthal, Hansgeorg, aus Treuburg, am 30. September
Walt, Erna, geb. **Grikus**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 26. September
Wessolk, Waltraut, geb. **Sentek**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 1. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ambrass, Heinz, aus Ginkelsmitel, Kreis Elchniederung, am 30. September
Bandilla, Gerd, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 3. Oktober
Brassat, Herta, geb. **Salewski**, aus Bauditten, Kreis Mohrunge, am 28. September
Buhrke, Helmut, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 27. September
Christeleit, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. September
Eisermann, Gerd, aus Reichertsvalde, Kreis Mohrunge, am 3. Oktober
Günther, Tobias, aus Wehlau, am 3. Oktober
Grubert, Ingrid, geb. **Schäfer**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. September
Gruschkus, Hannelore, aus Lyck, am 3. Oktober
Hahn, Helmut, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. September
Henn, Hannelore, geb. **Eggert**, aus Bohnen, Kreis Lyck, am 1. Oktober
Knorr, Werner, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 28. September
Krenz, Erna, geb. **Michalski**, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 30. September
Labodda, Irmgard, geb. **Worda**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. September
Ludorff, Siegfried, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 3. Oktober
Mahler, Alfred, aus Wehlau, am 28. September
Matzick, Dietrich, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 23. September
Röttgers, Waltraut, geb. **Kutschmann**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 25. September

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

7. bis 13. Oktober: **Werkwo-**
che in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung**
der Landesgruppenvorsitzen-
den in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-**
sammlung der LO-Bruderhil-
fe e.V. in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreu-**

ßische Landesvertretung in
Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft
Ostpreußen – Bundesge-
schäftsstelle, Buchtsstraße 4,
22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 80. GEBURTSTAG

Christoph, Erika, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 29. September
Dressler, Heide, geb. **Brosch**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 15. September
Kneller, Anneliese, geb. **Schulz**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Kuhr, Heinz, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 28. September
Rabold, Gerd, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 27. September
Rimek, Christian, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Drost, Burghardt, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 30. September
Patorra, Bernard, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 20. September

Hinweis

Alle auf den Seiten
„Glückwünsche“ und
„Heimat“ abgedruckten
Glückwünsche, Berichte
und Ankündigungen werden
auch ins Internet gestellt.
Der Veröffentlichung kön-
nen Sie jederzeit widerspre-
chen.
Landsmannschaft Ostpreu-
ßen e.V., Buchtsstraße 4,
22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 41/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 41/2024 (Erstverkaufstag 11. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 1. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtsstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtsstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

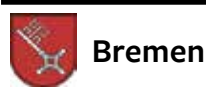


Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 1. Oktober, 14.30 Uhr, 7,-Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Landwirtschaft in der Nachkriegszeit - Landwirtschaft heute**. Vortrag mit Dr. Gerhard Scharf im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“.

Scharf stellt in seinem Vortrag die Landwirtschaft in den 1940er und 1950er Jahren vor – von der Struktur der Höfe, über die Abläufe der Feld- und Viehwirtschaft bis zur Technisierung. Die persönlichen Erlebnisse nach seiner Vertreibung aus Schlesien auf einem Bauernhof in Varendorf setzt er in Beziehung zu den Entwicklungen der heutigen Landwirtschaft. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-lg.de ist erforderlich.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, E-Mail:
heinrichlohm@gmx.de,
Telefon (0421) 3469718

70 Jahre Patenschaft



Bremerhaven –
Sonabend, 5. Ok-
tober, 10 Uhr, Haus
am Blink, Adolf-
Butenandt-Straße

7: Jubiläumstreffen „70 Jahre Pa-
tenschaft Bremerhaven – Elbing-
Stadt und Elbing-Land“. Um eine
Anmeldung wird gebeten bei Inge-
borg Rebischke.

Höhepunkte des Tages werden
zwei Vorträge sein. Jörn Pekrul
wird aus Berlin anreisen, um sei-
nen kulturhistorischen Vortrag
„Die alte Reichsstraße 1“ zu halten.
Sie führte bekanntlich von Aachen
über Berlin und Elbing nach Kö-
nigsberg. Entlang der Route liegen
viele bemerkenswerte Orte, die
von Pekrul porträtiert werden.

Der Historiker Dr. Christopher
Spatz wird anschließend über neue
Aspekte zu seinem Forschungsthe-
ma „Die Geschichte der Wolfskin-
der“ berichten. Thorsten von Haa-
ren hat seitens der Patenstadt Bre-
merhaven seine Teilnahme zuge-
sagt.

Außerdem wird die Heimat-
kreisvertreterin Berichte zum
70-jährigen Bestehen der Paten-
schaft Bremerhaven-Elbing vortra-
gen. Jens Baumgardt wird – wie in
früheren Jahren – einige Bilder und
Poster von Edwin Litkemann aus-
stellen.

Gäste, die am Vortag anreisen
und eine Übernachtung benötigen,
müssten sich bitte selbst um ein
Quartier bemühen.

Heimatkreisvertreterin Inge-
borg Rebischke, Telefon (0152)
33868955 bittet um Anmeldungen
für die Teilnahme am Mittagessen
und an der Kaffeetafel.

Heinrich Lohmann



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Hel-
mut Schäfer, Rosenweg 28,
61381 Friedrichsdorf, Telefon
(0170) 3086700

Georg Siedler und Frieda Olk

Kassel – Donnerstag, 10. Oktober,
15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-
talstraße 140, Kassel-Wolfsanger:
„Lebensläufe und Wegmarken“,
Erinnerungen an Georg Siedler
und Frieda Olk.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke,
Alter Hessenweg 13, 21335 Lüne-
burg, Tel.: (04131) 42684, **Schrift-
führer und Schatzmeister:** Hilde
Pottschien, Volgerstraße 38, 21335
Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Hel-
mut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Un-
terlüß, Tel.: (05827) 4099850. **Be-
zirksgruppe Braunschweig:** Fritz
Folger, Sommerlust 26,
38118 Braunschweig, Tel.: (0531)
2509377. **Bezirksgruppe Weser-
Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp
22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901)
2968

Erlebnisberichte in der jungen
Forschung

Holzminden – Es ist nicht selbst-
verständlich, dass sich in dieser
heutigen Zeit junge Menschen für
die Erlebnisgeneration des Zwei-
ten Weltkrieges interessieren.
Welch Glück aber durfte die Holz-
mindener Ostpreußengruppe mit
ihrer Vorsitzenden Renate Bohn
erfahren, dass der junge Student
Julian Patzer seine Bachelorarbeit
genau dieses Thema erfasste und
sich ein paar Zeitzeugen für seine
Interviews bereitwillig Zeit nah-
men, auch wenn oft schmerzliche
Erinnerungen wach wurden. Das
durfte nicht alles sein. Die Vorsit-
zende schaffte es, diesen jungen



Der Zusammenhalt ist stark: Die Holzmindener Gruppe mit dem jungen Studenten Julian Patzer (5. von rechts) mit seiner Familie. Patzer hat zum Tag der Heimat einen bewegenden Vortrag über Erlebnisse junger Menschen auf der Flucht aus Ostpreußen gehalten. Daneben die Vorsitzende und Ehrengäste des BdV in Hannover

Foto: Renate Bohn

Studenten beim kürzlichen Tag der
Heimat in Hannover durch den
BdV einen geschichtlichen und
emotionalen Vortrag halten zu
dürfen. So manch einem Zuhörer
traten Tränen vor Rührung und
Begeisterung in die Augen. Sein
Thema war „Flucht und Vertrei-
bung aus Ostpreußen. Erlebnisse
und Nachwirkungen von jungen
Menschen auf dem Weg in den
Westen“. Auch wenn die Holzmin-
dener Mitgliederzahl altersmäßig
abnimmt, so ist der Zusammenhalt
stark. Das nächste Treffen ist am
27. September, am 17. November
das Königsberger Klopsessen und
am 3. Advent findet die Weih-
nachtsfeier mit vorausgehender
Andacht statt.

Erntedank

Oldenburg – Mittwoch, 9. Okto-
ber, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstra-
ße 38: Treffen zum Erntedank-
Nachmittag. Mitglieder und Freun-
de sind herzlich willkommen. Wir
bieten ein reichhaltiges Programm
rund um das ostpreußische Ernte-
fest, mit Vorträgen und Lesungen

um die Ernte, früher und heute.
Kommen Sie bitte regelmäßig und
zahlreich zu unseren Veranstaltun-
gen, damit wir eine positive Wer-
tung unserer Aktivität spüren und
bleiben Sie uns treu. Denken Sie
bitte an Ihren Verzehr am Veran-
staltungsort.

Die Treffen finden jeden zwei-
ten Mittwoch im Monat statt.

Gisela Borchers



Nordrhein-
Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno
Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joa-
chim Mross, **Schriftführerin:** Dr.
Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:**
Buchenring 21, 59929 Brilon, **Tele-
fon** (02964) 1037, **Fax** (02964)
945459, **E-Mail:** Geschaef@Ost-
preussen-NRW.de, **Internet:** Ost-
preussen-NRW.de

75 Jahre LO LG NRW.e.V.

Düsseldorf – Sonabend, 19. Ok-
tober, 13 bis 17.30 Uhr, Gerhart-
Hauptmann-Haus, Bismarckstra-

ße 90: Gedenk- und Kulturveran-
staltung 75 Jahre Landsmannschaft
Ostpreußen Landesgruppe Nord-
rhein-Westfalen e.V. moderiert
von Dr. Bärbel Beutner, stellvertre-
tende Vorsitzende der Lands-
mannschaft Ostpreußen NRW, mit
folgendem Programm:

Musikalische Begleitung: Gei-
genleut, Mönchengladbach; Begrü-
ßung und Einführung Vorstand;
Kurzandacht Winfried S. Küttner;
Bildvortrag mit Pause „Eine Dop-
pelbiografie zur Aufklärung Kö-
nigsberg und Kant 1724 bis 2024“
von Jörn Pekrul, Stadtgemein-
schaft Königsberg und Redakteur
des Königsberger Bürgerbriefes;
Chor Hermann-Sudermann-Gym-
nasium Memel unter der Leitung
von Asta Almine; „Simon Dach –
Dichter des Barocks eine Kurzdar-
stellung“ von Rasa Müller, Kultur-
referentin des Vereins der Deut-
schen in Memel; Ostpreußenlied,
Nationalhymne, Programmände-
rungen vorbehalten.

Die Landsmannschaft Ost-
preußen, Landesgruppe Nord-
rhein-Westfalen e.V. wurde im Ka-
lenderjahr 1949 gegründet. Fünf

Jahre nach Kriegsende gab es die
alltäglichen Herausforderungen zu
meistern, Wohnung, Arbeitsplatz,
soziale Sicherheit, der Wunsch
sich mit Schicksalsgefährten aus-
zutauschen und die Suche nach
Verwandten, Freunden und Be-
kannten. Dies boten die gegründe-
ten landsmannschaftlichen Grup-
pen in Nordrhein-Westfalen.

Interessierte sind gerne will-
kommen. Um Anmeldung bei Mar-
gitta Romagno unter Telefon
(0212) 336921, (0212) 5860470der
per E-Mail: romagno@ostpreus-
sen-nrw.de wird gebeten. Die An-
meldung dient zur besseren Pla-
nung und Sitzverteilung.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz,
Willy-Reinl-Straße 2, 09116
Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-
agentur@gmx.de, Telefon (0371)
301616

Kurenwimpel

Dresden – Dienstag, 8. Oktober,
13 Uhr, Großenhainer Straße 96:
„Die Kurenwimpel“.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat,
Horstheider Weg 17, 25365 Offen-
seth- Sparrieshoop, Tel.: (04121)
85501, E-Mail: dieter.wenskat@
gmx.de

Vereinigte Landsmannschaf-
ten Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Sonntag, 6. Oktober,
10 Uhr, Kirchengemeinde St. Mi-
chael: Erntedankfest mit anschlie-
ßendem Essen im Gemeindesaal.
Anmeldung bitte bis zum 27. Sep-
tember bei Herrn Legies unter Te-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis
von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als
Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung
für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ
im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu
auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten
Zeiten entführen und genießen Sie
unser speziell für Sie angefertigtes
Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie
und Freunde mit den traditionsrei-
chen ostpreußischen Speisen aus
unserem hochwertigen Kochbuch
und bieten Sie Ihnen dazu den
typisch ostpreußischen Honiglikör
Bärenjäger an. Natürlich fehlt in
diesem Schlemmerpaket auch das
Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Telefon (0461) 32006 oder per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

Flensburg – Donnerstag, 23. Oktober, 12 Uhr, TSB-Heim: Wrukenessen mit anschließendem Vortrag „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft“ von Herrn Stange zum Tag der Heimat. Anmeldung bis zum 14. Oktober bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006 oder per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

Spätsommerliches Treffen

Flensburg – Weit mehr als die Hälfte unserer Mitglieder waren zum spätsommerlichen Treffen im September gekommen, um dem Vortrag von Ingrid und Dr. Hans Jacobsen zu lauschen. Mit dem Thema „Paradiese; eine kulturgeschichtliche Plauderei“ spannten beide einen weiten Bogen von der Fülle heutiger Paradies-Begriffe wie zum Beispiel Ferienparadies, Steuerparadies, Einkaufsparadies, Hotels mit dem Namen Eden und dergleichen bis hin zum aus dem altpersischen stammenden und lange vor unserer Zeitrechnung gebräuchlichen Begriff für einen (Obst-)Garten, der von Mauern umgeben ist. Dieses alte Paradies fand nach **παράδεισος** im Griechischen seinen Übergang in das Christentum wie in den Islam als Ort, in dem die Menschen vor ihrer Vertreibung lebten. Mit einem Wechsel aus Erzählungen und Lesungen aus dem Alten Testament, aus „Das Tagebuch von Adam & Eva“ von Mark Twain sowie „Adam

und Eva“ von Marie Luise Kaschnitz entließen uns die Vortragenden wieder in unser eigenes, häusliches Paradies. *Michael Weber*



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schie-
mann, **Gst.:** Meike Dreyer, Land-
kreis Rotenburg (Wümme), Post-
fach 1440, 27344 Rotenburg
(Wümme), Telefon (04261)
9833100, Fax (04261) 9833101

70. Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Auf Einladung der Kreisgemeinschaft Angerburg und des Landkreises Rotenburg (Wümme) trafen sich die Angerburger, deren Freunde und Bekannten am 6. und 7. September zu den 70. Angerburger Tagen in Rotenburg (Wümme). Die Veranstaltung begann mit einem Begrüßungsabend am Freitag, bei dem alte Bekannte und neue Gesichter aufeinandertrafen. Es wurden gemeinsame Verbindungen zu Orten und Personen in Ostpreußen gesucht und gefunden sowie viele Erinnerungen ausgetauscht.

Bei strahlendem Sonnenschein begrüßte Kreisvertreter Wolfgang Schiemann am Sonnabendmorgen rund 40 Besucher am Patenschaftsstein im Garten des Kreishauses in Rotenburg (Wümme). In seiner Ansprache erinnerte er an die Opfer von Flucht und Vertreibung. Zur anschließenden Mitgliederversammlung im Kreishaus waren neben dem ersten Kreisrat Dr. Torsten Lühning auch die stell-

vertretende Bürgermeisterin der Kreisstadt Rotenburg, Franziska Kettenburg, gekommen. Nach der Begrüßung durch den Kreisvertreter ging Lühring in seinem Grußwort auf die große Bedeutung der Flüchtlinge des Zweiten Weltkriegs für die Entwicklung Niedersachsens ein. Zum 70. Jubiläum bekräftigte er die Aussage, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) zu seiner Patenschaft mit der Kreisgemeinschaft Angerburg steht und diese auch in Zukunft leben und unterstützen wird. Kreisvertreter Schiemann dankte dem Landkreis für die jahrelange, intensive Unterstützung.

Björn Bröcher informierte über den Angerburger Heimatbrief, der die wichtigste Verbindung zwischen den Angerburgern weltweit und das Sprachrohr der Kreisgemeinschaft ist, und rief alle Zuhörer auf, sich aktiv an der Gestaltung zu beteiligen. Meike Dreyer von der Geschäftsstelle konnte über viele Anfragen an das Angerburger Archiv berichten, die insbesondere von jungen Menschen kommen, die etwas über ihre Familiengeschichte erfahren möchten. Brigitte Junker stellte den Jahresbericht 2023 und den Haushaltsvoranschlag 2025 vor. Schiemann ging in seinem Jahresbericht vor allem auf die vielen Aktivitäten und Veranstaltungen ein, die durch die Kreisgemeinschaft selber organisiert oder durch einen Vertreter besucht wurden.

Dadurch, dass Schiemann seinen Wohnsitz in Ostpreußen hat, ist er dort gut vernetzt, hält eine enge Verbindung zum örtlichen Bürgermeister und wird bei vielen kulturellen Veranstaltungen einge-



Kamen zu den 70. Angerburgern Tagen nach Rotenburg: Die polnische Delegation sowie Vertreter des Landkreises Rotenburg (Wümme) und der Kreisgemeinschaft Angerburg *Foto: Heinz-Wolfgang Malessa*

laden. Somit ist die Kreisgemeinschaft immer bestens über die Aktivitäten in Angerburg und Umgebung informiert. Die durchgeführten Wahlen nahmen einen sehr positiven Ausgang: Sämtliche Posten konnten, bei einstimmiger Wahl, besetzt werden – keine Selbstverständlichkeit in der heutigen Zeit. Für zwei Jahre wurden gewählt: Wolfgang Schiemann zum Kreisvertreter; Brigitte Junker und Björn Bröcher zu Stellvertretenden Kreisvertretern; zu Kreistagsmitgliedern: Erich Kerwien, Heinz-Wolfgang Malessa, Alfred Nehrenheim und Astrid Stuhr.

Stuhr wurde neu in den Kreis-
ausschuss gewählt, bei allen ande-
ren handelte es sich um Wieder-
wahl, wodurch die Kontinuität in
der Vorstandsarbeit gewährleistet
ist. Zum Schluss der Veranstaltung
nutzte der Kreisvertreter die Ge-
legenheit, um sich bei seiner Stell-
vertreterin Junker für ihren uner-
müdlichen Einsatz für die Kreisege-

meinschaft Angerburg zu bedanken: Sie ist unter anderem seit 30 Jahren Schatzmeisterin.

Um den Feierlichkeiten zum 70. Jubiläum einen angemessenen Rahmen zu geben, hatte der Landkreis Rotenburg (Wümme) in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Angerburg den Bürgermeister aus Angerburg eingeladen. Die polnische Delegation umfasste außerdem Ratsvertreter, verdiente Bürger der Stadt, Mitglieder des örtlichen Geschichtsvereins sowie diverse Künstler. Außerdem reiste die 89-jährige Hertha Andrulonis mit nach Deutschland, die sich seit vielen Jahrzehnten in der Deutschen Gesellschaft Mauersee um die deutsche Minderheit in Angerburg kümmert. Landrat Marco Prietz, Bürgermeister Krzysztof Kolaszewski aus Angerburg und Kreisvertreter Schiemann eröffneten gemeinsam die Ausstellung „Historische Ansichten von Angerburg – Aus der Sicht polnischer

Künstler“, die in den nächsten Wochen im Kreishaus zu sehen ist. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Künstlerin Danuta Sewruk, die ihre Bilder, inspiriert von Postkarten aus dem 19. und 20. Jahrhundert, in alten Fensterrahmen platziert. In ihren Redebeiträgen gingen alle auf die gute Partnerschaft ein, die bereits viele Freundschaften hervorgebracht hat. Die Absicht, diese weiterzuführen, ist auf allen Seiten fest verwurzelt.

Eine nicht eingeplante Autoübergabe rundete das Nachmittagsprogramm ab. Mitglieder der Kinder- und Jugendhilfe Organisation „Wildfang“, die Standorte beispielsweise in Bothel im Landkreis Rotenburg (Wümme) sowie in der Nähe von Angerburg in der Republik Polen haben, übergaben ein Auto aus ihrem Bestand an Piotr Habyk. Er ist stets in Angerburg mit seinem Auto unterwegs, um Obdachlosen und bedürftigen Jugendlichen vor Ort zu helfen. Sein Fahrzeug war mittlerweile derart in die Jahre gekommen, dass eine Neuanschaffung unerlässlich war.

Zwischen den offiziellen Programmpunkten gab es für die Besucher genügend Gelegenheit, sich bei Königsberger Klopsen am Mittagstisch oder bei Kaffee und Kuchen am Nachmittag auszutauschen. Ein sehr wichtiger Bestandteil, um alte Freundschaften zu pflegen und neue Kontakte zu knüpfen. Am Abend klangte die 70. Angerburger Tage aus, alle Teilnehmer blickten auf einen ereignisreichen und interessanten Tag zurück, der einen würdigen Rahmen des Patenschaftsjubiläums bildete.

Unter Federführung von Michael Meyer hatte der Landkreis

Rätsel

sagenh. im Meer versunkene Insel	Ausflug (englisch)	Name des Teufels	↕	Quer- stange am Mast	schott. See- unge- heuer	minder- wertige Nach- ahmung	Kochsalz enthal- tendes Wasser	Rauch- abzug	↕	Werk von Homer	nordische Währungs- einheit	↕	Schmuck- stein	griechische Sporaden- insel	↕	Alters- ruhege- geld	↕	Freun- din von Tarzan	↕	Übervor- teilung im Preis	afrika- nischer Strom
↕				↕			↕	zartes Fleisch von der Lende	↕				↕	weis- sagen	↕						
Stille	↕				Gast- haus für Auto- fahrer	↕					ost- slawi- sches Volk	↕						himmel- blaue Farbe		tieri- sches Milch- organ	
↕				Schreib- art; Kunst- richtung	↕			west- afrik. Binnen- staat	↕					Spieler- kabine (ugs.)	↕	Stadt in Süd- italien	↕				
Berg- spitze, -gipfel	↕				latei- nisch: Erde, Land	↕					altordi- scher Donner- gott	↕	Straßen- benut- zungs- gebühr				ital. Polar- flieger (Umberto)		hollän- discher Käse		Lasten bewegen
Papst- name	antikes arab. König- reich			starke Hitze		locker, wacklig		austra- lische Haupt- stadt	↕	Hafen des an- tiken Rom				franzö- sischer Hoftanz	↕						
kräftiges, wasserab- weisendes Gewebe	↕							↕		bibl. Stamm- vater (Arche)			Zugma- schline (Kurz- wort)	↕			Befehl: Auftrag	↕			
↕				chem. Zeichen für Nickel		benach- bart, nicht weit		Fluss durch Florenz	↕				Ver- legung, Um- lenkung		Aner- kennung	↕			lang- schwän- ziger Papagei	↕	
Vorname von Os- sietzkys		Unfug, Dumm- heit	↕				↕			Apfel- sine	↕						bewusst falsche Aussage		unver- fälscht, natur- haft		willkom- men, er- wünscht
Wert- papier	↕					schwed. Pop- legende	↕				Himmels- richtung			Abkür- zung für Minute	trocknen; aus-, vertrock- nen	↕	ein Farbton	↕			

Schüttelrätsel

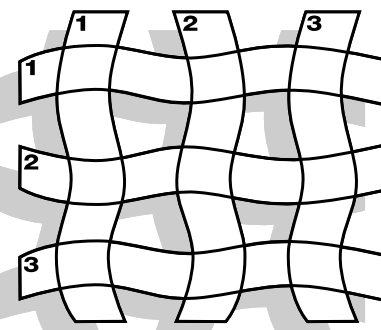
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: **ORT** kann z. B. **ORT**, **TOR** oder auch **ROT** heißen).

HIN		AADI	MNOR	BDIL		AEKLU	CHIP		HNOOP
▶			BCEHL	▶					EEF
ADIOR	▶					FHO	▶		
▶			EILN PU	▶					
AKR	ADEM	▶				EOP	▶		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für einen Schuh mit hohem Schaft.

1	FERN								ECKE
2	PLAGE								BAHN
3	HOLZ								HUNDE
4	GAST								ZWEIG
5	NUDEL								FORM
6	WUNDER								MESSEN
7	HONIG								ERNTE



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 die Haare ordnen
- 2 tschech. Komponist (Friedrich)
- 3 fast, annähernd

**So ist's
richtig:**

Heimatkreisgemeinschaften

DR. UWE DEMPWOLFF

Goldenes Ehrenzeichen verliehen

Der Osteroder wurde für seine außergewöhnlichen Leistungen für Ostpreußen geehrt

Uwe Dempwolff wurde am 28. Januar 1941 im sächsischen Chemnitz geboren. Nach der Flucht aus der DDR legte er 1960 sein Abitur in Neukirchen im rheinländischen Kreis Moers ab. Ein Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Pädagogik schloss sich von 1961 bis 1966 an den Universitäten Bonn und Göttingen an. 1970 wurde Dempwolff mit einem wirtschaftsgeschichtlichen Thema zum Doktor der Philosophie promoviert. Nach seinem 1969 abgelegten 2. Staatsexamen arbeitete er vom 1. August 1969 bis zum 31. Januar 1982 als Lehrer am Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Hannover. 1971 wurde Dempwolff zum Studienrat, 1974 zum Oberstudienrat und am 1. Januar 1978 zum Studiendirektor (Oberstufenkoordinator, zuständig für Gebäude und Schulhaushalt) ernannt.

In den Jahren 1978 bis 1982 war Dempwolff zudem Stellvertreter des Vorsitzenden des Philologenverbandes Niedersachsen. Am 1. Februar 1982 stieg er im Range eines Leitenden Regierungsdirektors zum Leiter des Referates „Politische Bildung für Angehörige des Öffentlichen Dienstes“ in der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung auf. Ein wichtiger Schwerpunkt seiner Arbeit waren die DDR und die Deutsche Frage.

Im Jahre 1988 besuchte Dempwolff als Leiter einer Studienreise



Geehrt: Dr. Uwe Dempwolff Foto: Burghard Gieseler

für Multiplikatoren aus Politik und Verwaltung in die Republik Polen zum ersten Mal Ostpreußen. Im Herbst 1989 konnte er im Rahmen der Leitung einer weiteren Studien-

reise ein außerplanmäßiges Gespräch mit Vertretern der deutschen Minderheit in Oberschlesien, wie zum Beispiel mit Johann Kroll, führen. Seit 1993 wurden die

Deutsch-polnischen Beziehungen ein Schwerpunkt seiner Arbeit in der Landeszentrale. Von 2000 bis 2004 hielt Dempwolff Vorlesungen und Seminare im Fachbereich Germanistik der Universität Breslau zu Themen der deutsch-polnischen Geschichte. 2001 wurde er zum Stellvertretenden Direktor der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung ernannt und ging zum 31. Januar 2005 mit deren Schließung in den vorzeitigen Ruhestand. Von 2011 bis 2016 wirkte Dempwolff als Referent für Bildungspolitik des Philologenverbandes Niedersachsen. Als Stellvertretender Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Osterode/Ostpreußen hat er seit 2016 den von Burghard Gieseler eingeführten Modernisierungskurs eng begleitet und den Kreisvertreter bei der Pflege der vielfältigen Kontakte in den Heimatkreis nachhaltig unterstützt. In seiner Funktion als Schriftleiter konnte Dempwolff die Osteroder Zeitung als Markenzeichen der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. weiterentwickeln.

Bereits im Jahre 2022 ist Dempwolff mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet worden.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Dr. Uwe Dempwolff das Goldene Ehrenzeichen. LO

Dies ermöglichte allen Beteiligten einen intensiven Austausch. So ging es am Sonntag nach Bremerhaven mit Besichtigung des Auswandererhauses und einer Hafenrundfahrt. Am Montag führte die Reise die Delegation nach Hannover zum Besuch des neuen Rathauses sowie zu einer Stadtrundfahrt am Nachmittag. Nach einer kurzen Visite des Angerburger Archivs am Dienstag setzten sich die polnischen Gäste wieder in Bewegung Richtung Osten, mit vielen tollen Eindrücken und neuen Freundschaften im Gepäck. B. B.

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. bis 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Seestadt Pillau

Kontakt: Gabriele E. Schildknecht, Am Hulsberg 78, 28205 Bremen, E-Mail: Gabriele.Elisa@web.de

70-jähriges Bestehen

Eckernförde – 70 Jahre besteht nun die Heimatgemeinschaft der Seestadt Pillau, für die die Schleswig-Holsteinische Stadt Eckernförde 1955 die Patenschaft übernommen hat. Zur Feierstunde mit Totenehrung trafen sich die Mitglieder am 15. September am Ufer des ehemaligen Seebades Borby, das heute ein Stadtteil von Eckernförde ist. Dort steht seit 1955 das Denkmal des Großen Kurfürsten, das im Zweiten Weltkrieg von Pillau zum Einschmelzen nach Hamburg gebracht wurde. Es wurde nach dem Krieg auf dem „Denk-

malfriedhof“ entdeckt und 1955 in Borby an der Eckernförder Bucht gegenüber dem Hafen aufgestellt.

Die Vorsitzende der Heimatgemeinschaft Christina Ziegler aus Bremen konnte nur noch wenige Mitglieder der Erlebnissgeneration begrüßen, die den Weg in die Stadt an der Ostsee auf sich genommen hatten. Sie gab mit einigen Erlebnisberichten bereits verstorbener Mitglieder einen geschichtlichen Rückblick auf die Flucht 1945, das Ankommen in Schleswig-Holstein und die Entwicklung der Heimatgemeinschaft, die 2024 noch rund 300 „alte Pillauer“ umfasst. In die Vereinigung sind nach Öffnung der Mitgliederbestimmungen inzwischen auch Kinder, Enkel und sogar Urenkel der früheren Bewohner Mitglieder eingetreten.

Die Grußworte der Patenstadt überbrachte der stellvertretende Bürgervorsteher Lars Wiese, der Eckernförde als Sehnsuchtsort für die damals durch Krieg, Flucht und Heimatverlust gezeichneten Menschen bezeichnete.

Für die Kreisgemeinschaft Fischhausen, die räumlich auch die Stadt Pillau umfasst, sprach deren Schatzmeister Rüdiger Paulsen, der zwar in Flensburg geboren ist, dessen Vorfahren aber aus der Region Pillau stammen.

Über die gegenseitige Arbeit des Bewahrens der Erinnerung sprach die Vorsitzende der Heimatgemeinschaft Eckernförde, Dr. Telse Stoy und Michael Baum, zuletzt kommissarischer Schulleiter der Peter-Ustinov-Schule in Eckernförde, möchte die noch vorhandenen historischen Dokumente der Heimatgemeinschaft, deren Heimatstube aufgelöst und die wichtigsten Bestände in das Samlandmuseum der Kreisgemeinschaft Fischhausen in Pinneberg überführt wurden, sichten und nach Möglichkeit den Mitgliedern wieder zugänglich machen.

Musikalisch umrahmt wurde die Feierstunde, an deren Ende einige weiße Tauben als Friedenszeichen aufgelassen wurden, von der Blaskapelle der TuS Eckernförde, die das „Pillauer Lied“ und die deutsche Nationalhymne zu Gehör brachten. Margit Fritsche

Fortsetzung von Seite 16

Rotenburg (Wümme) für die Gäste aus der Republik Polen noch ein interessantes Programm für die folgenden Tage zusammengestellt, an dem auch die Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft teilnahmen.

Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V.

Berlin – Donnerstag, 10. Oktober, 19 Uhr, Simon-Bolivar-Saal, Staatsbibliothek zu Berlin, Potsdamer Straße 33, 10785 Berlin, freier Eintritt: **Preisverleihung des Georg Dehio-Buchpreises.** Um Anmeldung bis zum 4. Oktober wird gebeten per E-Mail an: deutsches@kulturforum.info. Der Georg Dehio-Preis wird seit 2003 vom Deutschen Kulturforum östliches Europa jährlich im Wechsel als Georg Dehio-Buchpreis und als Georg Dehio-Kulturpreis vergeben. Der Preis, der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) mit insgesamt 10 000 Euro dotiert ist, wird vom

Deutschen Kulturforum östliches Europa ausgelobt. Den diesjährigen Georg Dehio-Buchpreis hat die Jury Ulrike Draesner (Hauptpreis) für ihr literarisches Gesamtwerk und Karolina Kuszyk mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann (Förderpreis) für das Buch „In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen“ zugesprochen.

Der Preis erinnert an den bedeutenden, aus Reval gebürtigen Kunsthistoriker Georg Dehio (1850–1932). Sein Blick für regionale Zusammenhänge und sein Gespür für die wechselvolle Ge-

schichte historischer Denkmäler haben Maßstäbe gesetzt, an denen sich auch die Arbeit des Deutschen Kulturforums östliches Europa orientiert. Mit dem Georg Dehio-Buchpreis ehrt das Deutsche Kulturforum östliches Europa Autorinnen und Autoren, die sich in ihren Werken fundiert und differenziert mit den Traditionen und Interferenzen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa auseinandersetzen.

Weitere Informationen auf der Internetseite des Deutschen Kulturforums östliches Europa **www.kulturforum.info**



in memoriam



Dr. jur. Wolfgang Rothe

geboren am 7. Januar 1934 auf Gut Samonienien, Gemeinde Tollmingkehmen, Kreis Goldap
gestorben am 13. Juli 2024 in Essen

Wir trauern um unseren Corps- und Bundesbruder.

Dr. Wolfgang Rothe war nicht nur uns ein treuer und herzlich verehrter Begleiter und commentfestes Korporationsmitglied, er war ein Bewahrer der Erinnerung an seine geliebte Heimat Ostpreußen. Mit seinen Büchern und der Fernsehdokumentation hat er Heimatliebe unauslöschlich verkündet und verbreitet. Wir werden den scharfsinnigen Juristen, den braven Corps- und Bundesbruder, den Waidmann und liebenswerten Menschen vermissen.

Hendrik Weber
AHx Jagdcorps Hubertia Halle,
Bundessprecher Feriale Jagdcorporation Freischütz

Halle an der Saale, September 2024

ERMLAND - MASUREN

Der Masurische Kanal – ein unfertiges Meisterwerk

Seit 150 Jahren geplant und seit 116 Jahren im Bau, aber bis heute nicht fertiggestellt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der Deutsche Orden im 13. Jahrhundert das spätere Ostpreußen eroberte, bestand die Landschaft vorwiegend aus dichten Urwäldern. Deshalb waren die Flüsse lange Zeit von entscheidender Bedeutung für das Vorankommen von Menschen und Transportgut. Im 17. Jahrhundert entstand dann mit dem Großen und Kleinen Friedrichsgraben die erste künstliche Wasserstraße zwischen dem Pregel und der Memel.

Parallel dazu wurden wiederholt Pläne für einen Kanal von den Masurischen Seen bis zum Pregel geschmiedet, der einen durchgängigen Binnenschiffahrtsweg zwischen Königsberg beziehungsweise der Ostsee und der Ukraine sowie dem Schwarzen Meer schaffen sollte. Diese über viele Dekaden angestellten Überlegungen konkretisierten sich aber erst im Jahre 1861, als ein preußischer Ingenieur namens Lange vorschlug, die Alle, welche bei Wehlau in den Pregel mündet, und den Mauersee bei Pristanen miteinander zu verbinden.

Die Alle war seit 1796 stufenweise schiffbar gemacht worden, diente bislang aber nur dem Transport von Ziegeln. Der Preußische Landtag genehmigte schließlich 1874 den Bau des Kanals. Jedoch flossen die hierfür geplanten Gelder am Ende in den Ausbau des Eisenbahnnetzes in Ostpreußen, welches – nicht zuletzt auch aus militärischen Gründen – den Vorrang erhielt.

111 Meter Höhenunterschied

1892 kam das Projekt auf Betreiben der ostpreußischen Bauern, die sich von einem leichteren Zugang zur Ostsee bessere Absatzmöglichkeiten für ihre landwirtschaftlichen Produkte erhofften, dann aber erneut auf die Agenda. Daraufhin beschloss die Regierung in Berlin am 14. Mai 1908 letztendlich doch die Umset-



Einige Schleusen, wie hier die Oberschleuse Fürstenau, wurden über die Jahre hinweg bis 1944 noch fertiggestellt, aber letztendlich blieb der komplette Kanal unvollendet, weil die Sowjetunion die Anlagen als Reparatur einbehielten Foto: Janericloebe/Wikipedia

zung der neuen Entwürfe für den Kanal. Dieser sollte nun rund 50 Kilometer lang werden und etliche Schleusen zur Überbrückung des Höhenunterschiedes von 111 Metern zwischen den Masurischen Seen und der Alle erhalten. Der Baubeginn erfolgte 1910 mit der Errichtung der Mündungsschleuse Allenburg I. Beteiligte Firmen waren unter anderem die Kommanditgesellschaft Philipp Holzmann & Cie. sowie die Dyckerhoff & Widmann AG. Allerdings verhängte das Preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten mit Beginn des Ersten Weltkrieges im Juli 1914 einen kompletten Baustopp.

Nach Gründung der Weimarer Republik wurde der Aushub des Kanals im Rah-

men von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fortgesetzt – nunmehr unter der Leitung von Fritz Christoph Carl Flöge, der etliche vorteilhafte technische Neuerungen einführte. Aufgrund der Hyperinflation erfolgte 1922 dann ein erneuter abrupter Abbruch der Arbeiten.

Erst Kanal dann Wolfsschanze

Die nächste Bauphase begann erst wieder 1934 und dauerte bis 1942, wobei jetzt auch der Reichsarbeitsdienst beteiligt war, der in Allenburg ein Lager einrichtete. 1936 galt der Masurische Kanal als das zweitgrößte Infrastrukturprojekt in Ostpreußen gleich nach der Reichsautobahn Berlin-Königsberg. 1939 wurden dennoch

viele der beteiligten Arbeitskräfte zur Errichtung der Wolfsschanze und anderer Bunkeranlagen abgezogen, bevor das Bauvorhaben dann drei Jahre später gänzlich zum Erliegen kam.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der preußische beziehungsweise deutsche Staat 40 Millionen Mark in den Kanal investiert – nach heutigem Geldwert mehr als 200 Millionen Euro. Dafür waren 1942 rund 90 Prozent der Erdarbeiten an dem zwischen 2,5 und drei Meter tiefen und konstant 23 Meter breiten Wasserbauwerk abgeschlossen, sodass es endlich geflutet werden konnte. Dagegen befanden sich die zehn großen Stahlbeton-Schleusen zur Überwindung der Pegel-Höhen-

unterschiede von bis zu 17 Metern mit Ausnahme der bereits fertiggestellten Schleuse Sandhof noch allesamt im Bau.

Als die Wehrmacht im Herbst 1944 die Ostpreußen-Schutzstellung errichtete, mit der man die Rote Armee am weiteren Vorstoß nach Westen hindern wollte, wurde auch der Masurische Kanal integriert. Deshalb kam es dann im Dezember 1944 zur Sprengung fast aller Brücken. Damals existierten 25 Wege- oder Straßenbrücken sowie vier Eisenbahnbrücken im Bereich der Bahnstrecken Wehlau-Friedland, Gerdauen-Insternburg, Königsberg-Angerburg und Rastenburg-Angerburg, die den Kanal überquerten. Hiervon blieb lediglich die Straßenbrücke bei Mauenwalde unversehrt.

Wirtschaftlich nicht nutzbar

Nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 gingen alle noch vorhandenen und irgendwie transportablen technischen oder hydraulischen Anlagen als Reparationsleistung an die Sowjetunion. Nicht zuletzt deshalb blieb der Masurische Kanal, von dem der 30 Kilometer lange nördliche Teil nun im von der UdSSR annektierten Königsberger Gebiet liegt und der 20 Kilometer lange südliche Teil jetzt die polnische Woiwodschaft Ermland-Masuren durchzieht, nach dem Krieg unvollendet. Deswegen ist er bis heute nicht für die Binnenschiffahrt nutzbar. Lediglich im südlichen Mündungsbereich am Mauersee auf polnischer Seite sind einige wenige Anlegestellen für Sportboote vorhanden. Der restliche Kanal weist wegen des durchlässigen Torfbodens inzwischen nur noch eine Wassertiefe zwischen 140 und 180 Zentimetern auf, sodass es im Uferbereich zunehmend zu Verlandungen kommt. Dabei scheinen weder die Republik Polen noch die Russische Föderation die Absicht zu haben, etwas an diesem Zustand zu ändern. Davon wiederum profitieren die reichhaltige Flora und Fauna entlang des Gewässers.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eine Diaspora-Gruppe der Minderheit im Hilfemodus

Der Vertriebenenennachkomme Horst Ulbrich lebt wieder in Glatz und organisiert vor Ort effektiv Hochwasserhilfe

Das große Aufräumen hat begonnen. Zu den am schlimmsten vom Hochwasser betroffenen Regionen Mitteleuropas gehört die Grafschaft Glatz [Hrabstwo Kłodzkie] in Niederschlesien. Zwei Staudämme brachen dort am 14./15. September, mehrere Brücken wurden durch die Gewalt des Wassers mitgerissen. Weite Teile des Glatzer Kessels, der erst durch die Schlesischen Kriege von einem böhmischen zu einem schlesischen Land wurde, wurden überflutet. Zahlreiche Menschen verloren ihr Hab und Gut und sind nun auf schnelle Hilfe angewiesen. Betroffen sind vor allem die Stadt Glatz [Kłodzko] sowie die Orte Seitenberg [Stronie Śląskie], Ullersdorf [Oldrzychowice Kłodzkie], Eisersdorf [Żelazno], Rengersdorf [Krosnowice], Wartha [Bardo] und Bad Landeck [Lądek Zdrój].

„Als Schlesisches Museum zu Görlitz stehen wir in enger Verbundenheit mit der betroffenen Region und rufen zu dringend benötigten Sachspenden auf“, erklärte Museumsdirektorin Dr. Agnieszka Gašior und rief zu einer Spendenaktion auf. Die erste Hilfslieferung aus Görlitz wurde am 20. September nach Glatz gebracht. Weitere folgen. Dort wird das Integrationszentrum der Gemeinde in der

ulica Wyspińskiego 2R die Verteilung in Zusammenarbeit mit der örtlichen Feuerwehr übernehmen. Am dringendsten werde Wasser ohne Kohlensäure in Flaschen, haltbare Lebensmittel, die keiner Zubereitung bedürfen, Hygiene- und Reinigungsmittel, Gummihandschuhe, Schaufeln, Eimer, Müllsäcke, Batterien, Taschenlampen und Powerbanks benötigt.

Auch die katholische Gemeinde St. Wenzel zu Görlitz sammelt Sachspenden und hat sich dafür mit der Schwesterstadt Ost-Görlitz [Zgorzelec] zusammengetan. In und um die polnische Seite der Stadt wurden mehrere Sammelpunkte eingerichtet, dorthin werden die Görlitzer Spenden von beiden Seiten der Stadt gebracht und dann verteilt. Denn auch polnische Pfadfinder (ZHP) in der Neißestadt sammeln Sachspenden in ihrem Sitz im Bahnhof Moys [Ujazd], der jedoch nur den Namen Stacja Zgorzelec trägt.

Vor Ort, im nicht überfluteten Sitz des Deutschen Freundschaftskreises (DFK) in Glatz, wird ebenfalls ein Hilfsraum eingerichtet, in dem weitere Hilfsmaßnahmen organisiert werden. Der Chef der Organisation der Glatzer deutschen Minderheit, Horst Ulbrich, ist im Organisieren von Sozialhilfe geübt. Erst im vergan-



Sorgt sich um die Menschen im Glatzer Bergland: Horst Ulbrich in Eckersdorf (Bożków), dem Geburtsort seines Vaters, wo er mit seiner Familie lebt Foto: Wagner

genen Monat wurde der 77-Jährige vom polnischen Kultusminister mit dem Orden der Republik Polen für sein Engagement für bedürftige Glatzer ausgezeichnet. Es war 2010, als Ulbrich betonte, dass den Deutschen in Glatz und Umland zuerst soziale Hilfe zukommen müsse, bevor man sich der Kulturarbeit widme. Horst Ulbrich ist in der Bundesrepublik

geboren und aufgewachsen. In die Heimat seiner Eltern kehrte er nach der politischen Wende zurück. Zusammen mit zwei anderen Rückkehrern, Heinz-Peter Keuten und Joachim Straube, reaktivierte er den sich aus Altersgründen auflösenden Deutschen Freundschaftskreis in Glatz. Dieser bestand damals faktisch nur noch aus sieben älteren Damen.

Weil Ulbrich in Deutschland Sozialarbeiter gewesen ist, konnte er bald deutsche Partner für seine Hilfsaktionen gewinnen. „Wir bieten Hilfe für den Medikamentenkauf, finanzieren Kohlekäufe, haben ein Lager von Gehhilfen bis zu Pflegebetten und allem, was Ältere und Kranke bedürfen, egal, ob Polen oder Deutsche. Wir kümmern uns um die, die unsere Hilfe brauchen“, macht Ulbrich deutlich.

Jetzt gilt sein ganzes Engagement der Flutopfer und dem Wiederaufbau. „Ja, es ist eine Katastrophe, und wir konzentrieren uns zunächst auf alte Menschen und auf Familien mit kleinen Kindern, die nichts mehr haben. Erst am Sonntag meldete sich in der Geschäftsstelle eine betroffene Familie mit einem behinderten Kind. Ich habe sofort Karre, Schaufel, Besen und ähnliches besorgt. Auch Taschenlampen und Campingkocher, da sie weder Strom noch Gas haben, und das bestimmt für länger nicht“, so Ulbrich. Mit 300 Grillwürsten haben die Glatzer Deutschen am Franziskanerkloster die ehrenamtlichen Helfer, darunter auch das Militär, versorgt. „Ich bitte inständig um Spenden auf unser Konto: Schlesienhilfe DE02 4945 0120 1112 5511 79“, appelliert Horst Ulbrich. Chris W. Wagner

LEBENDIGES ERINNERN

St. Nikolai bewahrt pommersche Kultur

Bugenhagen, Christian III., Carl Loewe und Ausstellungen in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel

VON REINHARD LASZIG

Die Pommernkapelle in St. Nikolai in Schleswig-Holsteins Landeshauptstadt Kiel ist längst nicht allen Pommern und deren Nachfahren bekannt. Nur wenige wissen etwas von der Existenz dieser ursprünglich geflüchteten und vertriebenen Pommern gewidmeten Kapelle. So feierte die Pommersche Landsmannschaft Schleswig-Holstein ihr 75-jähriges Bestehen am 1. Juni natürlich an diesem Ort in der Landeshauptstadt.

Schon etwa im Jahr 1242 begann unter Adolf IV. von Schauenburg und Holstein der Bau einer gotischen Hallenkirche. Umbauten folgten in den nächsten Jahrhunderten, und so wurde schließlich 1526 die Reformation in Kiel eingeführt. 1877 bis 1884 wurde die Kirche unter Entfernung des wertvollen Lettners neugotisch umgestaltet, auch die Emporen und das damalige Gestühl. Geschuldet war all dies dem Zeitgeist und dem Geld, das plötzlich nach den Reparationen des Deutsch-Französischen Krieges zur Verfügung stand.

Wiederaufbau als Pommernkapelle

Aber es gab auch eine bis zur Zerstörung der Kirche am 22. Mai 1944 bestehende Ratskapelle im westlichen Teil der Kirche, die heute Pommernkapelle genannt wird. Der Wiederaufbau erfolgte 1950 durch den Architekten Gerhard Langmaack, der durch seine Betonkonstruktion des Innenraumes und der Decke anstelle eines Gewölbes eine erstaunliche Akustik errei-



Im Mosaikfußboden: Umriss der Provinz Pommern mit den Städtewappen

chen konnte. So ist St. Nikolai dank seiner Akustik, der Orgeln und der tüchtigen Organisten zu einem Musikzentrum der Stadt geworden.

1954 übernahm das Land Schleswig-Holstein die Patenschaft für die heimatvertriebenen Pommern, und die Kirche widmete die ehemalige Ratskapelle zur Pommernkapelle um. Der damalige



St. Nikolai zu Kiel: In der Pommernkapelle erinnern sowohl Fenster als auch Mosaik im Fußboden, der Gedenkstein für Carl Löwe und der Wandteppich an die Provinz Pommern
Fotos (3): Archiv Pastor Ferdinand Ohms/Wikimedia

Propst Sonntag aus Kiel eröffnete am 7. Juli 1957 die Pommernkapelle und sorgte in den Folgejahren für die weitere Ausgestaltung. So wurde ein Fußbodenmosaik der Provinz Pommern mit den Wappen der Städte Stralsund, Stettin, Schneidemühl und Köslin gelegt.

Sein Herz blieb in Stettin

1957 wurde ein Gedenkstein für den Stettiner Kantor und herausragenden Kirchenmusiker sowie bedeutendsten Balladenkomponisten des 19. Jahrhunderts, Carl Loewe (30. November 1796 in Löbejün bis 20. April 1869 in Kiel), errichtet, denn dieser verbrachte seine letzten drei

Lebensjahre in Kiel. Es heißt, seine Gebeine seien hier in der Kapelle begraben, allerdings ohne sein Herz, das sei in der Stettiner Jakobikirche eingemauert. Hierzu lieferten die Kieler Nachrichten vom 22. Februar 2019 ein Beispiel von Geschichtsvergessenheit oder Dummheit. So schrieb ein Thomas Richter unter der Überschrift „Unser Loewe und sein Polen“: „... man widme sich dem vor 150 Jahren verstorbenen Komponisten Carl Loewe sowie Jubilaren seiner Wahlheimat Polen wie Frederic Chopin ...“ Da stimmt auch gar nichts!

1957 stiftete die Pommersche Landsmannschaft zwei Bleiglasfenster der Stet-

tiner Künstlerin Lotte Usadel, geboren 1900 in Stettin. Diese wurden 1958 feierlich eingeweiht. Sie zeigen die Jakobikirche in Stettin, an der Loewe wirkte, sowie das Leid von Flucht und Vertreibung mit der Kreuzigung Christi.

Hervorzuheben ist der von 1959 bis 1961 entworfene Wandteppich von Else Möglin. Er wurde von der Kieler Künstlerin Brigitte Schirren gewebt und hat wieder einen Platz hier, wo er hingehört. Ihn rettete die Deutsch-Dänische Gesellschaft, nachdem sowohl die Pommersche Landsmannschaft als auch ein Pastor einer Übergabe an das Pommersche Landesmuseum in Greifswald zugestimmt hatten. Er zeigt den dänischen König Christian III., der zugleich Herzog von Schleswig und Holstein war, und den Reformator und Pommern Johannes Bugenhagen vor den Stadtbildern von Kiel und Stettin. Letzterer übergab 1542 die neue Kirchenordnung an den dänischen König.

Ausstellungen und Vorträge

Aber die Pommernkapelle wird genutzt: So stellte die Deutsch-Dänische Gesellschaft die Originalzeichnungen der dänischen Königin zur neuen dänischen Bibel aus. Eine weitere Ausstellung widmete sich Brigitte Schirren. Johannes Schilling von der Theologischen Fakultät der Christian-Albrecht-Universität Kiel referierte über die Bedeutung des Pommern Bugenhagen für Dänemark, und nicht zuletzt zeigte die Pommersche Landsmannschaft eine hochinteressante Ausstellung des pommerschen Architekten gotischer Backsteinkirchen und Klöster, der mit Na-



Der Wandteppich: Bugenhagen übergibt Christian III. die neue Kirchenordnung

men bekannt ist, nämlich Hinrich Brunsberg. Weitere Ausstellungen sind geplant.

So behält also die Pommernkapelle eine zentrale Bedeutung für den Erhalt der pommerschen Kultur in Schleswig-Holstein. Denn, wie sagte der Leiter des vorpommerschen Vineta-Museums in Barth, Gerd Albrecht? „... ohne Herkunft keine Zukunft!“

● MELDUNGEN

Hochwasser, Stasi und Landkarte

Stettin – Die Scheitelwelle des Hochwassers an der Oder wird in dieser Woche auch in Pommern erwartet. Am Wochenende wurden die Deiche verstärkt, überwacht und etwaige Lücken geschlossen. Die Schiffe wurden gesichert und der Schiffsverkehr am 23. September eingestellt. TS

Greifswald – Vom 20. bis 21. September fand in der Hansestadt unter dem Motto „Friede sei mit dir!“ der 75. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Der Kirchentag wurde durch den Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis (PEK) der Nordkirche als Fest des Glaubens ausgerichtet. TS

Pasewalk – Im Industriepark Berlin-Stettin plant die Firma Enertra auf einem vier Hektar großen Grundstück die Errichtung eines Verbundkraftwerkes (Elektrolyseanlage), das aus Wasser und Strom – durch Wind und Sonne erzeugt – Wasserstoff (geplant sind 17.500 Tonnen) herstellt. TS

Stettin – Bis zum 14. Dezember findet im Foyer des Gebäudes in der Grünen Schanze [ul. Dworcowa] die Ausstellung „Lernt Polnisch! Solidarność, die DDR und die Stasi“ statt, nach Unterlagen des Bundesarchivs Berlin und Neubrandenburg. BS

Neuaufgabe: Pommern-Landkarte „Rund um die Pommersche Schweiz“, Karte 100 mal 63 cm, gefalzt 12,5 mal 21 cm, 1. Auflage 2024, Preis: 11,95 Euro, ISBN 9783982525211. www.blochplan.de



ERNTEDANK

„Den’n bitt dei Wolf!“

In der Hansestadt Stralsund findet am 5. und 6. Oktober das 33. Landeserntedankfest statt

Herbstzeit ist Erntezeit, da ist es seit jeher Brauch, für die eingebrachten Gaben zu danken. So war das früher. Wer bei der Ernte die letzte Garbe bindet, der wird ausgelacht: „Den’n bitt dei Wolf!“

Ganz anschaulich erzählte Klaus Granzow von dem jahreszeitlichen Brauch in Pommern: „Die Ernte schloss den Jahreslauf ab, und das wurde gefeiert. So sangen die Burschen und Mädchen, wenn sie sich an diesem Sonntag auf dem Dorfplatz versammelten. In festlicher Kleidung waren alle erschienen, die an der Ernte teilgenommen hatten. Die alten schönen Trachten oder die neuesten Kleider wurden zu diesem Fest angelegt. Die

Männer hatten ihre Werkzeuge – Sensen und Forken – mit buntem Krepp- oder Seidenpapier umwickelt und Blumen- oder Getreidesträube am Hut, und die Mädchen hatten ihre Harken ebenso herrlich mit roten, blauen, grünen und weißen Bändern geschmückt.

Am schönsten ausstaffiert aber war der Erntewagen, der in jedem Jahr von einem anderen Bauern gestellt wurde. Wagen, Pferde und der Kutscher waren mit Ährensträuben und Eichenlaub geschmückt. Hinter diesem Wagen, auf dem meistens nur die Kinder des jeweiligen Bauern saßen, formierte sich der Erntezug durchs Dorf. Voran schritt ein junger

Mann mit einem Säkorb, der nun beim glücklichen Abschluss der Ernte an den schweren Beginn der Ackerzubereitung erinnern sollte. Als nächstes trugen zwei



So wird es auch 2024 sein: Die Erntekrone schwebt vor dem Stralsunder Rathaus

junge Mädchen die Krone, dahinter folgte die Dorfkapelle und die gesamte lustige Schar der Jungen und Mädchen aus dem ganzen Dorf.

Der bekannteste Brauch in Pommern war die Gestalt des Alten. Diese Stroh-puppe wurde aus der letzten Garbe angefertigt. Aus Freude über das glückliche Ende der Getreideernte tanzte man fröhlich und ausgelassen um den Strohmann herum. Der Alte wurde dem Bauern oder Gutsbesitzer von den Schnittern mit einem Spruch überreicht. Nun, der Alte wurde niemals abgewiesen, sondern gern ins Haus genommen und für Musik und Tanz, Essen und Trinken eingelöst.“

So werden heute keine Erntefeste mehr gefeiert, der Brauch wird allerdings weitergeführt, aber anders.

Die Hansestadt Stralsund ist der dies-jährige Ausrichter des Fests und bietet ein buntes, abwechslungsreiches Programm rund um die Landwirtschaft mit ihren Erzeugnissen an. Dabei ist der Mittelpunkt der Alte Markt am Rathaus. Auch ein Erntedank-Festgottesdienst am Sonntag in St. Nikolai und ein Festumzug mit Kremsern, Kutschen und historischen Landmaschinen werden Teil des bunten Treibens sein. Brigitte Stramm

● stralsund.de/landeserntedankfest2024

„Es waren die Ungarn, die die Initiative ergriffen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Endlich einmal ein objektiver Bericht in einer Zeitung“

Angelika Wiedemann, Lebusa
zum Thema: Steuert Deutschland in eine Krise des politischen Systems?
(Nr. 37)



Ausgabe Nr. 37

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DIE NEUE GENERATION ANGST ZU: STEUERT DEUTSCHLAND IN EINE KRISE DES POLITISCHEN SYSTEMS? (NR. 37)

Während unsichere Wahlkandidaten vor der für sie in Zukunftssangst richtungsweisende Wahlaussagen gegenüber Medien plaudern, versuchen sie hoffentlich, die aktuelle Wahlverdrossenheit zu ergründen: Es herrsche die „Generation Angst“. So ist die tiefe Verweigerung der Wahlkandidaten, ihre oft irrationale Parteien-Anhängerschaft zu pflegen, eigentlich verständlich.

Lediglich durch kurzzeitige Nachrichten und unwissenschaftliche Kommentare informiert, haben die seit der politischen Wende 1989 gesamtdeutschen Bürger ihre angestammten Parteigenossen verlassen und gegen solche ausgetauscht, von denen sie innerlich nichts Besseres erwarten. Getrieben von der allgemein in Europa getriebenen Unsicherheit mit Protest und Zukunftsängsten wählen etliche das „Experiment“.

Teils in wirklich medizinisch klaren Depressionen werden Menschen in die Lebenssituationen geführt, welche sie im Grunde nicht wollen und erwarten. Als Wahlbürger – seit Kriegsende die Partei-landschaft in all ihren Facetten erlebend – kann ich tröstlich in mich gehen und den Bibelvers des Jesaja 41,24 zitieren: „Siehe ihr seid aus nichts und euer Tun ist aus nichts und euch zu wählen ist ein Gräuel!“

Dies sei der Vereinsvorsitzenden des BSW, Sahra Wagenknecht, SPD-Chefin Saskia Eskens und auch Bündnis90/Grünen-Vorstand Omid Nouripour zu bedenken gegeben. *Walter Schinski, Buseck*

DAS UNGARISCHE GESCHENK ZU: DER MANN, DER DEN EISERNEN VORHANG AUFRISS (NR. 36)

Vielen Dank für dieses eindrückliche und detaillierte Interview zur Grenzöffnung. Es ist – gerade heute, wo unsere Spitzenpolitiker zwar meinen, die ganze Welt be-

lehren zu müssen, gleichzeitig aber durch Unfähigkeit Probleme wirklich zu lösen ebenso Spitzenreiter sind – extrem wichtig, die Dinge, die vor nunmehr 35 Jahren geschahen, immer wieder ins Bewusstsein zu rücken. Vergessen wir nicht: Es waren die Ungarn, die letztlich die Initiative ergriffen, dass die Grenze geöffnet und uns damit die Freiheit und ein wieder einiges Vaterland geschenkt wurde. *Andreas Gruner, Steinberg*

EINFALT STATT VIELFALT ZU: VIELFALT PER GLEICH- SCHALTUNG (NR. 36)

Welche Vielfalt? Nichts steht mittlerweile weniger für Vielfalt als die Regenbogenfahne mitsamt der dahinterstehenden Agenda, welche sich einseitig für eine „woke“ Lebensweise positioniert. Ohne gesellschaftlichen Diskurs werden grüne Ernährungsstile, absurde Klimaschutzziele und eine aggressive Genderpolitik zur Norm erklärt, was mit den propagierten hehren Idealen wie Vielfalt und Toleranz nichts gemein hat.

Gerade Kritikern dieser aggressiven Agenda wirft man pauschal vor, „homophob“ oder „rechts“ zu sein, während mancher Vertreter dieses Zeitgeistes wohl totalitärer agiert, als es seine Widersacher je könnten. Die Intoleranz kommt von den angeblich Toleranten, welche immer mehr Denk- und Sprachverbote fordern. Niemand wird im heutigen Deutschland institutionell wegen seines Geschlechts diskriminiert. Trotzdem wird diese wahnhafte Vorstellung gezielt konstruiert.

Im Gegenteil zu dieser Verschwörungstheorie gelten heute traditionelle Lebensmodelle als anrüchig, weil diese an den von Postmodernen verhassten „alten weißen Mann“ erinnern, welcher dort als Feindbild Nummer 1 gilt. Wie weit sich dieses Denken schon verfestigt hat, zeigen die unzähligen Regenbogenflaggen auf Parlamenten und Ämtern, was nicht den Willen der Mehrheit repräsentiert. Hier diktiert eine krasse Minderheit der Mehrheit ihren Willen auf, in dem diese

Schaltstellen in Politik, Medien und Wirtschaft besetzt hält.

Längst ist die Akzeptanz für diese Agenda aber an ihre natürlichen Grenzen gestoßen, weil die Mehrheit der Menschen eben kein Veggie-Schnitzel oder Lastenfahrad wollen. Auch die massive Ablehnung der Gendersprache zeigt, wie weit Illusion und Wirklichkeit im Denken der „woken“ Blase auseinanderklaffen, welche zwar Vielfalt predigen, aber das Gegenteil wollen. *Marcel Jacobs, Hamburg*

NUTZLOSER HAFTBEFEHL ZU: NORD-STREAM-FRAGEN (NR. 34)

Viele Leser stellen sich immer wieder die eine Frage (siehe Leserbrief in PAZ Nr. 37): Warum vollstreckte Polen den internationalen Haftbefehl gegen den mutmaßlichen Nord-Stream-Saboteur Wolodomyr Z. nicht? Womöglich könnte uns Deutschen das Wissen über einen wichtigen Sachverhalt hinsichtlich der Ausstellung internationaler oder europäischer Haftbefehle durch deutsche Staatsanwaltschaften bei der Beantwortung dieser elementaren Frage helfen.

Es ist nämlich so, dass deutsche Staatsanwaltschaften nach einem Urteil des höchsten EU-Gerichts zufolge keine europäischen Haftbefehle ausstellen dürfen, weil es in der Bundesrepublik „keine hinreichende Gewähr für Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive“ gibt, wie der Europäische Gerichtshof in Luxemburg im Jahr 2019 urteilte (Rechtssachen C-508/18, C-82/19, C-509/18). Insofern war der meisterhaft ausgestellte Haftbefehl nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben und dann nach Polen geschickt wurde. Selbst wenn die Polen den Gesuchten tatsächlich verhaftet hätten, wäre eine Auslieferung nach Deutschland – auch wenn bei uns nicht gefoltert wird und das Essen im Gefängnis vielleicht sogar vegan sein sollte – aufgrund dieses Urteils ausgeschlossen gewesen.

Fakt ist: Die deutschen Staatsanwaltschaften erfüllten im Jahr 2019 diese Kri-

terien der Unabhängigkeit nicht, und sie erfüllen diese Kriterien bis heute nicht. Na, so etwas aber auch ... Muss ja keiner wissen!

Insofern war die Ausstellung des Haftbefehls und die Pressemeldung darüber (sowie das anschließende Weinen von Krokodilstränen, dass nichts passiert ist) ein weiteres Strohfeuer der Regierung, mit der dem Souverän diesmal weisgemacht werden sollte, in einer brisanten Angelegenheit etwas „zu tun“, obwohl man aus den verschiedensten Gründen bisher nichts getan hat, weil man entweder nichts tun will und sehr wahrscheinlich auch gar nichts tun darf, bis sich eines Tages hoffentlich weltweit der Wind dreht. *Heiko Mittelstaedt, Hemsbach*

WEINERLICHE GENERATION ZU: FORSCHER BLICKEN MIT UNBEHAGEN AUF DIE GENERATION Z (NR. 33)

80 Jahre Friede und 70 Jahre ungebrems-ter Wohlstand haben eine Blase erzeugt, der nur schwer zu entkommen ist. Ich kannte wenigstens noch die Kriegsgeneration und wusste um ihre Erlebnisse aus erster Hand. Mein Onkel kam zum Beispiel in Stalingrad um. Wir waren keine 68er mehr und waren dennoch die ersten Adressaten diverser massiven Manipulationen der deutschen Geschichte sowie auch der Verherrlichung transatlantischer Kulturexzesse.

Das wirkt massiv bis heute nach, wenn man die Verblödung meiner eigenen Generation bedenkt, wenn es um Heimat, Volk und Stolz auf Erreichtes geht. Stattdessen diese weinerliche Verklärung von Rock 'n' Roll und Co. Mich wundert das Gebaren dieser Generation Z mit ihren von Wischkrücken gebeugten Häuptern gar nicht.

Es werden andere Zeiten kommen, die dunklen Wolken am Horizont kündigen das Unvermeidliche an. Dann wird wieder zerstört, gelitten und Dreck gefressen. Also, keine Sorge, es kommt alles ins Lot.

Chris Benthe Dresden

ANZEIGE



»Lasst uns dieses Europa gemeinsam verenden.« Warum Annalena Baerbock tatsächlich meint, was sie sagt

■ 360-Grad-Wenden, Länder, die Hunderttausende Kilometer entfernt liegen, Kobolde in Akkus, das Stromnetz als Speicher, Solala-Energie und Panzerkriege im 19. Jahrhundert: Wenn Annalena Baerbock sich nicht gerade verhaspelt, Worte verdreht oder sich mit ihrem Schulenglisch blamiert, erklärt sie Russland in einem Nebensatz den Krieg, beschimpft Xi Jinping undiplomatisch als Diktator oder gibt offen zu, dass ihr die deutschen Wähler egal sind.

Seit knapp 3 Jahren trampelt Annalena Baerbock als Außenministerin durch den internationalen Porzellanladen. Sie hat Deutschland massiven Schaden zugefügt – aus Unbedarftheit und mit Absicht. Sie verteilt Steuergelder über den ganzen Globus, bringt Europa in Kriegsgefahr und öffnet die Schleusen für Migranten mit fragwürdigen, wenn nicht illegalen Methoden. Baerbocks Politik ist immer gegen die Interessen Deutschlands gerichtet, sie ist zu einem massiven Sicherheitsrisiko geworden.

Von all dem bekommt der Durchschnittsbürger nichts mit, denn Baerbock hat viele und mächtige Unterstützer. Ihre Skandale, vom Schummel-Lebenslauf bis zur Visa-Affäre, werden vom Medien-Mainstream systematisch verharmlost.

Annalena Baerbock ist als Außenministerin eine absolute Fehlbesetzung, ein Totalschaden. Wie konnte jemand mit so offenkundigen sprachlichen, intellektuellen und demokratiepolitischen Defiziten überhaupt in eine solche Position gelangen?

Autor Werner Reichel zeigt, dass es gerade diese Defizite in Kombination mit einem völlig übersteigerten Geltungsdrang sind, die Baerbock zur idealen Marionette der Globalisten macht. Sie verleiht der transatlantischen, globalistischen Machtpolitik ein freundliches Gesicht.

Baerbock kann mit ihrer kindlichen Sprache und ihrer intellektuellen Unbedarftheit Massenzuwanderung, Islamisierung, Kriegswirtschaft und Klimaplanwirtschaft, also die systematische Zerstörung Deutschlands, als etwas Notwendiges und Positives verkaufen.

Werner Reichel hat in diesem Buch all ihre Versprecher, Fehlleistungen, Täuschungsmanöver und zentralen Aussagen akribisch aufgelistet und analysiert. Er stellt Baerbock ganz ohne mediale Filter dar. Hinter der Fassade der naiven Klimaretterin und globalen Friedensstifterin verbirgt sich eine beinharte linke Ideologin und Handlangerin globalistischer Netzwerke.



Inklusive einer exquisiten Sammlung ihrer schönsten Versprecher!

Werner Reichel: Best of Baerbock • gebunden • 222 Seiten • Best.-Nr. 991 150 • 22,- €

www.kopp-verlag.de

FESTIVAL

Kurkonzerte von Weltniveau

Im Kurort Bad Wörishofen, in dem Sebastian Kneipp einst wirkte, findet zum 30. Mal das „Festival der Nationen“ statt

VON DETLEF BERG

Am Anfang stand die Vision, hochkarätige Kultur in der Region Unterallgäu erlebbar zu machen und auch junge Menschen für die faszinierende Welt der klassischen Musik zu begeistern. Diese Vision ist Realität geworden, und das „Festival der Nationen“ kann in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen feiern. Es findet vom 27. September bis 6. Oktober im südlich von Augsburg im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben gelegenen Kurort Bad Wörishofen statt, wo im 19. Jahrhundert der Naturheilkundler Sebastian Kneipp die nach ihm benannten Kuren einführte. Das Publikum darf sich auch im Jubiläumsjahr auf außergewöhnliche musikalische Erlebnisse und auf ein Wiedersehen mit vielen langjährigen Wegbegleitern des Festivals freuen, wie Festivalleiter Winfried Roch im PAZ-Interview verspricht.

Was waren die Beweggründe, dieses Festival ins Leben zu rufen?

Die Intention des „Festivals der Nationen“ basiert auf dem Gedanken, die Begegnung von Weltstars der Klassik und jungen Menschen zu ermöglichen, damit auch die nächste Generation diese spannende Welt der klassischen Musik durch einzigartige Konzerterlebnisse einmal entdecken kann.

Gibt es auch spezielle Programme für Kinder und Jugendliche?

Aber ja. Wir haben wie jedes Jahr verschiedene Projekte vorbereitet. Es gibt beispielsweise einen Workshop „Auf den Spuren von Georg Friedrich Händel“ für drei verschiedene Altersgruppen, ein Großes Schulkonzert „Vorsicht! Klassik!“ oder „Classic for Kids“, bei dem ein Nachmittag im Hause Schumann nachgestellt wird. Mit freiem Eintritt wollen wir Kinder und Jugendliche für die klassische Musik begeistern. In diesem Jahr werden wir anlässlich des 30. Jubiläums das 30.000. Kind begrüßen können.

Warum fiel die Wahl ausgerechnet auf das Kneippheilbad Bad Wörishofen als Veranstaltungsort?



Hoher Besuch beim Festival der Nationen: Der britische Stargeiger Nigel Kennedy bewies im Vorjahr seine Extravaganz

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsregierung wurde mit Bad Wörishofen ein Konzertort gewählt, der im Herzen der Region Allgäu/Bayerisch-Schwaben liegt und mit seiner bestehenden Infrastruktur sowie der Lehre von Sebastian Kneipp eine große Strahlkraft nach außen bietet. Der Visionär der Naturheilkunde setzte ein seelisches Gleichgewicht für das Erlangen körperlichen Wohlbefindens voraus. Dafür zählen nicht nur die Heilkraft des Wassers und der Kräuter, sondern ebenfalls Achtsamkeits- und Konzentrationstrainings oder auch der neu zertifizierte Kur- und Heilwald, die zur „inneren Ordnung“ beitragen. Musik ist, wenn Sie so wollen, Balsam für die Seele. Sebastian Kneipp wäre sicher vom Festival begeistert. Heute strahlt das Festival

als kulturelles Glanzlicht weit über Bad Wörishofen hinaus und ist im Kulturkalender der Region fest verankert.

Das Programm besteht aus einer Mischung von Stars und junger Weltelite. Was sind die Gründe für diese Kombination?

Das Festival hat es sich zur Aufgabe gemacht, der jungen Weltelite eine Plattform zu geben und die ganze Vielfalt der klassischen Musik zu präsentieren. Auch der Austausch der Stars mit der jungen Weltelite ist für beide Seiten bereichernd.

Wie gelingt es Ihnen immer wieder, weltweit junge Talente zu entdecken? Können Sie eine besonders erfolgreiche Karriere benennen?

Die Entdeckung junger Talente ist ein spannender Prozess, bestehend aus dem Austausch mit anderen internationalen Wettbewerben und dem „Festival der Nationen“ als eine besondere und direkte Anlaufstelle für die junge Weltelite. Eine besondere Musikkarriere starteten zum Beispiel der Ausnahmetrompeter Gabor Boldoczki, und auch die Geigerin Julia Fischer gastierte bereits im Alter von 13 Jahre beim „Festival der Nationen“.

Wie sieht das Jubiläumsprogramm aus? Was sind ihre persönlichen Favoriten?

Die Weltklassegeigerin Julia Fischer – bereits als „Wunderkind“ beim Festival gefeiert – wird zusammen mit den Wiener Symphonikern das diesjährige „Festival

der Nationen“ eröffnen. Erstmals begrüßen wir mit der Klarinetistin Sabine Meyer und dem Bratschisten Nils Mönkemeyer zwei Solisten, die gemeinsam mit dem vbw-Festivalorchester konzertieren werden. Unter anderem interpretieren sie die Sinfonie „Pastorale“ von Ludwig van Beethoven. Darüber hinaus heißen wir den international gefeierten Pianisten Rudolf Buchbinder herzlich willkommen und präsentieren erneut den Ausnahmepianisten Fazil Say mit seiner Eigenkomposition mit dem Titel „The moving Mansion“. Der Pianist Lukas Sternath, der im Herbst 2022 beim renommierten ARD-Musikwettbewerb in München den 1. Preis im Fach Klavier erhielt und mit sieben Sonderpreisen ausgezeichnet wurde, debütierte am 4. Oktober im Jubiläumsjahr des Festivals mit Stücken von Brahms. Sein Klavierspiel wird von der Fachpresse als fesselnd, leidenschaftlich, hoch virtuos und natürlich beschrieben. In diesem Jahr debütiert er übrigens bei den Salzburger Festspielen.

Eine besondere Ehre und Freude ist es uns auch, dass wir die Weltklasse-Sopranistin Diana Damrau für eine Operetten-Gala „Liebe, Du Himmel auf Erden“ in Bad Wörishofen begrüßen dürfen. Mit dem Tenor Rolando Villazón kehrt ein wunderbarer Künstler zum Festivaljubiläum zurück. Er war dem Festival auch während der Pandemie-Zeit treu verbunden und wird das Publikum mit seinem Programm „Amore e follia“ – zwischen Liebe und Wahnsinn – im Abschlusskonzert verzaubern.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft des Festivals?

Ich wünsche mir eine Fortsetzung der erfolgreichen Bildungsarbeit, immer verbunden mit dem Gedanken, dass es uns gelingt, auch künftig Kindern und Jugendlichen aller sozialen Schichten den Besuch der Veranstaltungen bei freiem Eintritt zu ermöglichen.

● Karten unter der Ticket-Hotline (08245) 960963 von Montag bis Freitag von 15 bis 17 Uhr. Alle Festivaltermine: www.festivaldernationen.de

KRIMINALGESCHICHTE

„Wie ein wildes Tier“

Erst mordete er, dann narrete er die Berliner Polizei – Der Berliner Raubmörder Rudolf Hennig, der 1906 hingerichtet wurde

Am 5. Dezember 1905 lockte Rudolf Hennig den stellungslosen Kellner August Giernoth unter dem Vorwand, ihm eine Stelle verschaffen zu wollen, in den Glienicker Forst, wo er ihm zwei Mal in die Schläfe schoss. Unter falschem Namen hatte er sich dem Mann vorgestellt, der sich so gefreut hatte, endlich wieder eine Arbeit zu finden.

Doch am Ende lag er tot auf dem Waldboden, während der Mörder nach Berlin eilte, um Giernoths Sparbuch zu verpfänden und so zu Geld zu machen. Die Unterschrift auf dem Wechsel wurde ihm zum Verhängnis, als ein Kriminalbeamter sie mit Schriftproben aus den Verbrecherakten verglich. Und so konnte dem Publikum gemeldet werden, dass der vorbestrafte Lederarbeiter Karl Rudolf Hennig derjenige war, der das Sparbassenbuch geraubt und Giernoth erschossen hatte. Doch wo war Hennig?

Tagelang wurde in allen Ecken und Winkeln gesucht, die gesamte Berliner Presse stand Kopf. Erst als ein Hausbesitz-

zer die Polizei auf einen verdächtigen „Kaufmann Hein“ aufmerksam machte, war das Spiel aus. Eine ganze Polizeiarmanda rückte an, umstellte das Haus, riegelte die Straßen ab, um den Verbrecher dingfest zu machen.

Als die Polizei vor seiner Tür stand, blieb er völlig gelassen und folgte ihnen brav zur Wache in der Choriner Straße. Doch auf der Treppe davor drehte er sich auf einmal um, schlug einen Beamten nieder und floh. Im Haus Schönhauser Allee 28 hetzte er bis zum obersten Stock, trat auf das Brett des Gangfensters und sprang dann unter Lebensgefahr über anderthalb Meter Zwischenraum hinweg bis zu dem Absatz eines offenen Treppenfurtensters des benachbarten Hauses in der Treskowstraße 14, die 1952 in Knaakstraße umbenannt wurde. Dort ging es weiter nach oben, bis er eine offene Bodenfensterluke vor sich sah und so bis zum Dach des Nebenhauses gelangen konnte.

Auf der Straße gab es bereits Menschenansammlungen, alle Hälse reckten

sich nach oben, fast schwerelos tänzelte Hennig über Firste und schmale Simse, von Dach zu Dach. Aber dann war er auf einmal wie vom Erdboden verschwunden.



3000 Mark Kopfgeld: Fahndungsplakat

Hennig hatte die Polizei düpiert und setzte dann noch einen drauf. Er betrat in aller Seelenruhe im Erdgeschoss eine Schuhmacherwerkstatt und bat den Meister, ihm seine Schuhe neu zu besohlen. Während der Mann bereits werkelte, schlüpfte er in ein Paar Filzpantoffeln, setzte sich eine grüne Schirmmütze auf und schlurfte dann durch den Hausflur an diversen Beamten vorbei in die Freiheit.

Nun schien das ganze Land auf der Jagd nach ihm zu sein. Die Polizeibehörden des Deutschen Reiches waren alarmiert. Die Suche dauerte geschlagene acht Tage, an denen zahlreiche unschuldige Männer denunziert oder sogar verprügelt wurden, weil sie Ähnlichkeit mit Hennig hatten. Es lockte immerhin eine Belohnung von 3000 Mark.

Doch der Verbrecher war längst in Stettin – es wurde sein ganz persönliches Waterloo. Am 14. März 1906 stahl er dort ein Fahrrad, konnte aber von dem hartnäckigen Besitzer dingfest gemacht und schließlich der Polizei übergeben werden.

Die Beamten staunten nicht schlecht, als sie merkten, wen sie da vor sich hatten.

Am 30. April 1906 wurde Hennig nach Potsdam überführt. Die Flut an Zeitungsmeldungen steigerte das öffentliche Interesse am Prozess. Und der wurde für den vor Gericht sehr eloquenten Hennig zum Kampf ums Überleben, den er jedoch verlor. Seine Eloquenz, die er oftmals sehr sinnvoll einzusetzen wusste, nützte ihm jetzt nichts mehr. Hennig wurde zum Tode verurteilt.

„Wie ein wildes Tier“, so ein Augenzeuge, habe Hennig geschrien, als man ihn um halb acht Uhr morgens in Plötzensee auf den Hof führte, wo der Scharfrichter ihn bereits erwartete. Das Mittelalter ließ grüßen. Und Hennig kreischte in Panik: „Was wollt ihr denn von mir?“ Es war ein letztes Aufbäumen, dem dann die Resignation folgte. Hennig ließ sich widerstandslos auf den Richtblock legen. Anschließend wurde die Nachricht von der Hinrichtung dem Kaiser Wilhelm II. per Telegramm mitgeteilt. Bettina Müller

● FÜR SIE GELESEN

Plädoyer für die Jugend

Der Generationenforscher Rüdiger Maas bricht mit seinem Buch „Generation arbeitsunfähig“ eine Lanze für die sogenannte Generation Z, Menschen, die zwischen 1996 und 2010 geboren wurden und nun ins arbeitsfähige Alter kommen. Anhand von Fallbeispielen schildert er die Schwierigkeiten, auf die sie in der Berufswirklichkeit treffen aufgrund einer Erziehung, die sich ganz nach ihren Wünschen und Bedürfnissen gerichtet hat. Das hat auch Auswirkungen auf ihre Erwartungen an ihre Arbeitgeber. Diese gehören in der Regel noch der Boomer-Generation an, deren Werte völlig andere sind als die der jungen. Maas öffnet den Blick für die unterschiedlichen Perspektiven und bietet Lösungen an. Oft fehle es lediglich an Kommunikation. Ein interessanter und Hoffnung machender Ansatz. **MRK**



Rüdiger Maas: „Generation arbeitsunfähig. Wie uns die Jungen zwingen, Arbeit und Gesellschaft jetzt neu zu denken“, Goldmann Verlag, München 2024, gebunden, 320 Seiten, 22 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Per Rad durch Deutschland

Ein Team des Kompass-Verlags hat 100 Touren bis zu 60 Kilometern Länge ausgewählt, die zu besonderen Orten unseres Landes führen

FOTO: SHUTTERSTOCK

Radfahren erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Auf dem zirka 75.000 Kilometer langen Radwegenetz von der Zugspitze bis zur Küste gibt es viel zu entdecken. In dem Reiseführer „Fahrradlust Deutschland“ stellt der Kompass-Verlag 100 Touren unterschiedlicher

Länge und Schwierigkeitsstufen vor, übersichtlich untergliedert und mit Kartenmaterial, Fotos und Informationen bestückt. Wer es lieber digital mag, kann sich die Touren inklusive GPS-Daten auf sein Smartphone herunterladen. **MRK**

Kompass: „Fahrradlust Deutschland. 100 Traumtours für Pedalritter und eBike-Entdecker“, Kompass Verlag, 2. Auflage, Innsbruck 2024, broschiert, 528 Seiten, 15 Euro

ZEITGESCHICHTE

Zwei spektakuläre Leichenfunde

Verbindung zwischen Morden in Nordrhein-Westfalen und in Wien – Der Journalist Ralf Siepmann legt in seinem zeitgeschichtlichen Roman „Blutwappen“ Gedanken zur deutschen Vergangenheitsbewältigung vor

VON BERND KALLINA

Der zeitgeschichtliche Kriminalroman des Journalisten Ralf Siepmann „Blutwappen. Die Toten an Ems und Donau“ führt die Leser in die totalitären Vergangenheiten unseres Landes sowie in damit zusammenhängende Fragestellungen ihrer Bewältigung in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten. Der flüssig geschriebene Text problematisiert diese umstrittene „Bewältigung“ in den Aufbaujahren der jungen Bundesrepublik Deutschland. Während die linke, von 68ern geprägte, Kritik seit Jahrzehnten eine „Nicht-Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“ beklagt – ihr steht der Autor Siepmann nahe – heben andere Kräfte deren vorbildliche Einmaligkeit hervor.

Wieder andere beleuchten die manipulativen Elemente dieser deutschen Vergangenheitsfixierung. Gerade fand erneut ein „vielleicht letzter Gerichtsprozess“ statt. Dabei handelt es sich um eine heute 99 Jahre alte Frau, von 1943 bis 1945 im KZ Stutthof als Stenotypistin des Lagerkommandanten tätig war.

Werk und Handlungen sind vielschichtig und multilokal aufgebaut, zunächst rätselhaft verwoben, spannend geschrieben und garniert mit kenntnisreichen historischen Bezügen. Auffallend sind auch die pittoresken regionalen Einschübe, die in die 1960er Jahre der alten Bundesrepublik Deutschland und nach Österreich führen, sowie originelle Querverweise aus der Musikwelt. In Letzteren

spiegelt sich ein besonderes Interesse und Kenntnisreichtum des Autors wider.

Werk und Handlungen vielschichtig und multilokal aufgebaut

Ausgangspunkt sind zwei spektakuläre Leichenfunde im Jahr 1965 in der nordrhein-westfälischen Stadt Wiedenbrück und in Wien, der Hauptstadt Österreichs. Seite für Seite nähert sich der Roman dem Geheimnis dieser Toten an Ems und Donau. Örtliche Polizeikräfte an den weit auseinanderliegenden Tatort-Schauplätzen stehen zunächst vor einem sich nur langsam auflösenden Rätsel, der Frage nämlich, was die Mordopfer miteinander verbindet. Die aufklärenden Konturen der Kriminalfälle zeigen dann allmählich, aber immer klarer werdend: Die beiden Getöteten hatten im Dritten Reich Vorteile aus dem System der Zwangsarbeit gezogen und nach dem NS-Zusammenbruch Gleichgesinnte protegiert. Ins Blickfeld der Fahnder geraten eine Gruppe von NS-Belasteten sowie vier junge Leute diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, die ein Widerstandsprojekt verfolgen.

Der These des Roman-Sujets, dass, so eine affirmative Rezension der „Rheinischen Post“, „eine wirkliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu keiner Zeit stattgefunden habe“, ließe sich aber durchaus widersprechen. Zum Beispiel durch den Hinweis auf Armin Mohlers bereits 1966 erschienene Generalkritik an der bundesdeutschen „Vergangenheitsbewältigung – Von der Läuterung

zur Manipulation“, so sein damaliger Buchtitel. Auch ein Bezug zum großen deutschen Journalisten Johannes Gross könnte die Sujet-Kritik erweitern. Letzterer, dem Roman-Autor durch seine frühere Zugehörigkeit zum Deutschlandfunk verbunden, wenn auch zeitversetzt, brachte die 68er geprägte Legende von der „Nicht-Aufarbeitung“ herrschaftssoziologisch einmal so auf den Punkt: „Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen“ (in: „Phönix in Asche“, 1989). Dies sich vor Augen haltend und kritisch einzubeziehen, macht Siepmanns zeitgeschichtlichen Roman lesenswert.

Bei einer Neuauflage des Werkes sollte der Verlag eine optimierte Covergestaltung in Erwägung ziehen. Die abfallende „Treppe“ im Titel „B-LU-T-WAPP-EN“, sowie das konturenschwache rote „Blutwappen“ im Hintergrund bedürfen einer graphischen Überarbeitung.



Ralf Siepmann: „Blutwappen – Die Toten an Ems und Donau“, Verlag M. Borner, Gütersloh 2024, 280 Seiten, Hardcover, 20 Euro

DEUTSCHE VEREINIGUNG

Schäden für die Demokratie

Der Soziologe Steffen Mau erörtert in „Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt“ die Gründe für die bestehenden Ost-West-Unterschiede

VON DIRK KLOSE

Der Osten Deutschlands wird dauerhaft anders bleiben. Meint der 1968 in Rostock geborene, dort auch aufgewachsene und heute an der Humboldt-Universität in Berlin lehrende Soziologe Steffen Mau. „Ungleich vereint“ ist ein illusionsloses Buch: „Trotz der vielen Einheitserfolge lässt sich ein Fortbestand zweier Teilgesellschaften beobachten, die in ihren Konturen noch immer deutlich hervortreten“, ein Gefühl, das in allen Bevölkerungsschichten herrsche.

Mau jammert nicht oder kritisiert allenfalls sehr leise eine gewisse Gleichgültigkeit des Westens, sondern forscht nach den Gründen. Es sind für ihn mehrere, was umso überzeugender klingt, da er die meisten Probleme aus eigenem Erleben kennt: Zum Ersten sozioökonomische, das heißt, der Osten sei bis auf wenige Ausnahmen nach wie vor die verlängerte Werkbank des Westens und habe einen enormen Strukturwandel mit noch immer gravierenden Folgen hinter sich: das Trauma der Arbeitslosigkeit oder frühe Berentung habe sich tief ins allgemeine Bewusstsein eingegraben. Zweitens die Demographie: Die Bevölkerung ist von etwa 16 Millionen (1989) auf heute 12,6 Millionen geschrumpft. Viele Regionen sind entvölkert, es herrscht vielerorts ein Männerüberschuss („rechte Frustregionen“; in Sachsen-Anhalt beispielsweise kommen auf 100 Frauen 140 Männer), Eliten gibt es kaum.

Drittens Fragen der Politik und Kultur: Leitungspositionen seien fast überall noch immer überwiegend von westlichem Personal besetzt. Die Anziehungskraft traditioneller Parteien verblasse, Extreme wie die AfD hätten unbremsten Zulauf und, wie jüngst in Sachsen und Thüringen, enorme Wahlerfolge.

Bald nach der Wende zogen sich angesichts einer „ausgebremsten Demokratisierung“ viele Bürgerrechtler enttäuscht zurück. Sollte sich dieser Zustand vertiefen und verstärken, sieht Mau langfristig gravierende Schäden für die Demokratie und das ganze Land. Sein mit einiger Emphase erläuteter Vorschlag (nicht unbedingt gleich ein Patentrezept) sind Bürgerräte, also zu jeweils bestimmten gesellschaftlichen Themen per Los zusammengeführte Bürger, die in fairer Diskussion zu einem Urteil und einer Empfehlung für die Politik kommen. Erste und ermutigende Beispiele gebe es bereits.

Man liest dieses gut geschriebene, leicht verständliche Buch mit andauerndem Ja-Aber und spürt, dass dieses Thema ein Dauerbrenner für unser Land bleibt.



Steffen Mau: „Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2024, Taschenbuch, 170 Seiten, 18 Euro

CRANZ

Kulturelles Erbe mit Modell-Charakter

Ein aufwendig modelliertes Toporama fand endlich den Weg zum Bestimmungsort in Ostpreußen zurück – Der Stifterin sei Dank

VON EVGENY DVORETSKI

Schloss Bledau bei Cranz [Selenogradsk], dass sich im Besitz des Ostpreußischen Politiker und Großgrundbesitzers Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe befand, und der in diesem feudalen Haus am 31. Juli 1868 geboren wurde († 22. Mai 1944), blieb während des Zweiten Weltkrieges nahezu unversehrt. So konnte sich auch danach das Königsberger Regionalinternat für gehörlose Kinder dort zuhause fühlen.

2023 wurde das Gebäude, das zum Kulturerbe mit regionaler Bedeutung gehört, endlich renoviert. Auch der alte Park, in welchem die von Adolf von Batocki gepflanzten alten Bäume und Sträucher immer noch vorhanden sind, wurde instandgesetzt. Zudem wurde ein künstlicher See angelegt, der die landschaftliche Idylle abrundet. Die Schulkinder nahmen aktiv an den Verschönerungsarbeiten teil. Denn sie wissen, wer der Besitzer des Anwesens war und somit auch, wem sie diesen Reichtum mit seinem wunderbaren Ambiente zu verdanken haben.

Ein Modell geht auf Reisen

Im April hat die Schule nun das Museum des Herrenhauses eröffnet. Zum ersten Mal wurde damit im Königsberger Gebiet die Erinnerung an seinen Besitzer Adolf von Batocki zum Leben erweckt und das Erbe eines Reformers, Wirtschaftswissenschaftlers, Philanthropen und Patrioten der Region offiziell gewürdigt und verewigt.

Bereits im Juli 2018 erinnerte der Journalist Evgeny Dvoretzki in der PAZ an den 150. Geburtstag Batockis. Christa Bartels aus Ballenstedt-Opperode meldete sich daraufhin. Sie schrieb, dass sie im Dorf Schulstein geboren wurde, dass nur 300 Meter vom Anwesen von Bledau [Sosenowka] entfernt liegt, dass fast alle Bewohner des kleinen Dorfes für Batocki gearbeitet hatten und immerfort gut über ihn sprachen. Bartels berichtete ebenso,



Die Organisatorin des Schulmuseums Lidija Seredina mit Modell-Überbringer Dvoretzki (o.l.); Schloss Bledau in voller Pracht 1930 (o.r.); Mäzen Adolf von Batocki wird bis heute als Gönner verehrt (u.l.); Modell-Stifterin Christa Bartels, deren Ehemann Manfred das Modell über drei Winter hinweg baute (u.r.)

Foto: E.Dvoretzki

dass ihr Ehemann Manfred vor langer Zeit in liebevoller Kleinarbeit ein Modell bis ins Detail des Dorfes Schulstein als Geschenk für seine Frau angefertigt hatte. Bartels Gatte war inzwischen verstorben und die Verwandten nicht sehr an der Familiengeschichte interessiert. Sie wollte dieses wertvolle, handgearbeitete Modell daher gerne einem Museum oder einer Schule in ihrer Heimat schenken.

Dvoretzki kontaktierte das Historische Museum von Cranz sowie die Schule im Dorf Bledau als auch die zuständige Schulbehörde. Interesse war vorhanden, allerdings gab es damals keinen ausreichenden Platz für solch ein großes Modell, das immerhin 120 x 80 Zentimeter

misst. Getreu dem Motto „Nichts ist unmöglich“, wurde der benötigte Platz dann aber doch geschaffen. Die Organisatorin des Schulmuseums, Lehrerin und Lokalhistorikerin Lidija Seredina, bat Dvoretzki, mit Modellbesitzerin Bartels Kontakt aufzunehmen. Er besuchte die Spenderin und legte dafür 1200 Kilometer zurück, um das Modell schließlich heil nach Bledau zu bringen.

Mit dabei auf der Transportreise war auch Dvoretzkis Ehefrau Alewtina, immerhin eine gebürtige Cranzerin. Sie war ebenfalls als Lehrerin tätig und dabei eine Spezialistin für die Ausbildung von gehörlosen Kindern. 30 Jahre arbeitete sie an der Schule in Bledau.

Der Tag, an dem das Modell trotz der Abenteuer auf den polnischen Straßen sicher im Museum ankam, war ein großes Fest, denn dieser Tag im Juli fiel zugleich auf Dvoretzkis Geburtstag.

Ein ehrwürdiger Platz

Seredina bereitete einen Platz für das neue und einzigartige Exponat im Saal vor. Es sollte unmittelbar in der Nähe der Porträts zweier großer Persönlichkeiten ausgestellt werden: Zum einen beim Bild von Adolf von Batocki und zum anderen beim Gemälde des russischen Staatsmannes und späteren Ministerpräsidenten Pjotr Stolypin, Seredina freute sich: „Das Modell ist beeindruckend: filigrane Spiel-

zeughäuser, ein Teich, ein Wagen mit Pferd, Bäume mit grünem Laub, ein Storch als Glücksbringer, Straßen und Wege und so vieles mehr. Vielen Dank an unsere Landsmännin für dieses unbezahlbare Geschenk und auch an die Familie Dvoretzki für ihre Hilfe. Sie haben es so vorsichtig hierhergebracht, dass kein einziges Blatt von irgendeinem Ast herab auf das Modell fiel.“

Dvoretzki sprach seine Bewunderung für Christa Bartels aus, die sich an so viele Daten, Zahlen und Namen erinnere, und obendrein einen feinen Sinn für Humor habe – und das mit 84 Jahren!“

Und die heimatkundliche Arbeit geht noch weiter: Das Projekt Gedenktafel für Adolf von Batocki ist beschlossen. Ein Platz für die Tafel an der Wand des Schlosses Bledau wurde ebenso schon vorbereitet. Die Tafel muss jetzt nur noch angefertigt werden. „Es ist unsere moralische Pflicht, dem Mann, der den Reichtum und die Schönheit dieses Landes vervielfacht hat, ein Denkmal zu setzen“, betont daher Russischlehrerin Seredina.

Schloss Bledau – ein Ort der Barmherzigkeit

Alfred von Batocki hatte von seinem Vater 1890 das Majorat Bledau geerbt, das auch die Güter Wosegau, Nuskern und Wiskiauten umfasste. Vor dem Ersten Weltkrieg stellte er das Bledauer Schloss für die Unterbringung von Studenten der Königsberger Universität zur Verfügung, die sich eine private Bleibe nicht leisten konnten. Er selbst zog mit seiner Familie in ein kleineres Haus im nahen Wosegau. Bledau brannte zu Batockis Zeiten zweimal ab und wurde 1921 in seinem Auftrag durch den Architekten Friedrich Franz Graf von Hochberg (1875–1954) im Stil des Neobarock neu aufgebaut.

ALLENSTEIN

Alleinsteiner Schüler zu Besuch in Bayern

Ein wertvoller Beitrag zur Völkerverständigung initiiert durch die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Landesgruppe Bayern veranstaltet seit vielen Jahren Kulturfahrten für die Jugendlichen im Schulalter aus den Bildungseinrichtungen in Ostpreußen. Durch dieses Projekt, das über das Haus des Deutschen Ostens aus den Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert wird, bekommt die Jugend die Gelegenheit mit der deutschen Kultur, Bräuchen und Sitten in Berührung zu kommen, und vor allem die schönen bayrischen Groß- und Kleinstädte kennenzulernen.

Außerdem leistet die LOW Landesgruppe Bayern mit der Veranstaltung von Kulturaufenthalten für junge Leute aus polnischen und litauischen Schulen einen wichtigen Beitrag zur Idee der Völkerverständigung sowie -versöhnung, was in der komplizierten deutsch-polnischen Geschichte nicht zu unterschätzen ist. Umso mehr freuten sich Lehrer und Schüler der vier Schulen aus Allenstein, als sie die Einladung zur Teilnahme am Kulturaufenthalt im September erhielten. Koordination der Fahrt übernahm die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit in Zu-



Die Reisegruppe der Allensteiner Schulen bestand aus Lehrern und Schülern. Man besuchte Bayerns schöne Groß- und Kleinstädte

Foto: Kazański

sammenarbeit mit dem Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein. Nach einer langen 18-stündigen Reise trafen die Jugendlichen im September in Waldkraiburg ein, wo sich das Haus Sudetenland befindet, in dem die Fahrtteilnehmer einquartiert wurden. Die Ju-

gendherberge war eine ausgezeichnete Basis für eintägige Ausflüge zu bestimmten Orten in Bayern.

Zuerst ging es nach Landshut, wo über die Landshuter Hochzeit des Bayerischen Herzogs Georg des Reichen mit der polnischen Königstochter Hedwig Jagiellonica

referiert wurde. Weiter ging es nach Wasserburg am Inn, einem bildschönen Städtchen, wo man spürte, wie das Leben in der Altstadt mit ihren bunten gotischen Häusern pulsiert. Ebenso ging es in die Hauptstadt München, sowie in das in der Römerzeit gegründete Augsburg, aber auch in Mozarts Geburtsstadt Salzburg und das an der Donau gelegene Regensburg, dessen Altstadt sich als offenes Museum der Architektur betrachten lässt.

Auf dem Programm des Kulturaufenthalts stand auch Donaustauf, wo sich das Mausoleum Walhalla befindet, in dem Büsten historischer Persönlichkeiten und Gedenktafeln zu Ehren von Personen, die sich um das deutsche Volk verdient machten, aufgestellt sind. Es gilt zu unterstreichen, dass auch zahlreiche Kurzvorträge von den Vertretern der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Bayern gehalten wurden, in denen die Referenten den Schülern unter anderem geschichtliche Entwicklung der besuchten Orte, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Ostpreußen und Bayern in diversen Dimensionen vorstellten. An dieser Stelle gilt ein besonderer Dank dem

Landesvorsitzenden Christoph Stabe, Erwin Vollerthun, Friedrich Wilhelm Böld und Pia Lingner-Böld. Der Kulturaufenthalt bot zweifelsfrei eine Menge an Möglichkeiten, in denen die Schüler ihre Sprachfertigkeiten voranbringen konnten, indem die Deutschlernenden viele Gelegenheiten bekamen, mit den Deutschsprechenden ins Gespräch zu kommen. Die Sprache gebrauchte man auch in Schrift, weil die Schüler eine zusätzliche Aufgabe erhielten, Kurzberichte nach jedem ereignisreichen Tag auf dem Facebook-Profil der jeweiligen polnischen Schule zu veröffentlichen. Das war ein sehr gutes und motivierendes Sprachtraining besonders für die Deutschlernenden aus dem dritten allgemeinbildendem Kopernikus-Lyzeum aus Allenstein, wo die Schüler Deutsch in Erweiterungskursen lernen und jedes Jahr die DSD-II-Prüfung ablegen. D

Die AGDM sowie Teilnehmer der Allensteiner Schulen bedanken sich bei der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Bayern für die Möglichkeit Bayern zu entdecken. Es war sehr schön, spannend, erlebnisreich und unvergesslich zugleich.

Dawid Kazański

● AUFGESCHNAPPT

Warum nur, warum? Dass die AfD unter den Jungwählern bei den drei jüngsten Landtagswahlen die mit Abstand stärkste Partei wurde, hat zu hektischen Debatten geführt. Die Schriftstellerin Grit Poppe hat im Deutschlandfunk nun einige besonders originelle Begründungen präsentiert. So fehle es den jungen Leuten beispielsweise an Bildung. Was Poppe übersehen hat: Sachsen hat laut dem Bildungsranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) das beste Bildungssystem Deutschlands, und auch hier führte die AfD bei den Jungen. Zudem: Als ungebildet, engstirnig oder vorurteilsbeladen gilt „die Jugend“ interessanterweise erst seit dem blauen Auftrieb beim Nachwuchs. Dabei haben sich viele der heute etwas „älteren“ Jugendlichen offenbar erst von den Grünen anziehen lassen und dann 2021 vor allem von der FDP, bevor sie schließlich für die AfD stimmten. Aber statt nach deren Erfahrungen, etwa mit den Folgen der Einwanderungspolitik, zu fragen, werden die Jungwähler einfach selbst zum Problem erklärt. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Felix Rupprecht bringt in der „Bild“-Zeitung (24. September) die Stimmung vieler Bürger hinsichtlich der nicht enden wollen Ampel-Misere auf den Punkt:

„Verlässt die FDP die Ampel? Ja oder nein? Die Antwort seit Monaten: vielleicht. Und das nervt langsam – weil das ganze Land darunter leidet. Die große Mehrheit ... will Klarheit. Sie will wissen, wie die Asylkrise endlich gelöst wird, wie Deutschland aus der Wirtschaftskrise kommt. Was viele nicht mehr hören können: Durchhalteparolen, Ultimativen, die ständigen Wenn und Aber ...“

Rainer Zitelmann, Autor und Unternehmer, kritisiert beim Online-Sender NIOS Live (18. September) den dauernden Bruch des Gebots, dass der Staat politisch neutral zu sein hat:

„Das läuft ja schon die ganze Zeit falsch. Auch mit diesen sogenannten Demokratieförderungen. Es ist nicht die Aufgabe vom Staat, sich in die politische Meinungsbildung einzumischen. Auch, dass bestimmte Presseorgane finanziell gefördert werden, NGO, also Nichtregierungsorganisationen, werden von der Regierung bezahlt. Das ist ja ein Witzname.“

Moritz Eichhorn erkennt in der „Berliner Zeitung“ (22. September) einen einfachen Grund für die fortschreitenden Wahlerfolge von AfD und BSW:

„Sicher ist, dass die Wähler genug haben. Genug von einer ununterscheidbaren Politik, die den Anliegen des Souveräns mit Ausflüchten begegnet. Nach dem Motto: Wir würden ja gerne etwas tun, aber der Europäische Gerichtshof hat leider unsere Maßnahmen aufgegessen. Die Bürger werden immer weiter die Rechten und das BSW wählen, bis sich substanziell an ihren Problemen etwas ändert.“

Klaus-Rüdiger Mai nimmt das Wirtschaftswachstum Brandenburgs – zurzeit Spitze unter den Bundesländern – unter die Lupe. Auf „Tichys Einblick“ (23. September) macht er deutlich:

„Gleißnerisch sonnt sich Woidke ... in einem Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent, doch – und hier kommt die jämmerliche Wahrheit – trägt das Woidke-Wachstum nur einen einzigen Namen – und der heißt Tesla. Geht Tesla, fällt das Wirtschaftswachstum in den negativen Bereich. Schränkt Tesla seine Produktion wegen der Absatz-Flaute am E-Mobilitätsmarkt ein, kollabiert Brandenburgs Wirtschaftswachstum.“

● WORT DER WOCHE

„Es liegt keine Strategie vor, sondern punktuell actionistisches Getue. Es wirkt eher wie Hilflosigkeit und Verzweiflung. Und so etwas spüren Käufer.“

Ferdinand Dudenhöffer, Auto-Experte, auf „Focus-online“ am 22. September zu den neusten Ideen aus der Ampel zur E-Auto-Förderung

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Verlässlichen

Wie zielgenau grüne Linke in die Planwirtschaft streben, und wie sich Scholz aus der Affäre zieht

VON HANS HECKEL

Endlich sagt mal einer ein wahres Wort: „Wir brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit!“ schallte es am 13. September durch den Plenarsaal des Reichstags. Was für eine Freude für die Ohren. Die Freude endete allerdings abrupt, als wir sehen mussten, wer die ersehnte Einsicht von sich gegeben hat. Es war unser Klimaminister Habeck.

Was der unter „Planbarkeit und Verlässlichkeit“ versteht, hat der Grüne gleich nach seinem Amtsantritt die Hausbauer spüren lassen. Über Nacht kippte er im Januar 2022 die „Förderung für klimaschonendes und nachhaltiges Bauen“. Zigtausenden Familien, die auf die Förderung gesetzt hatten, flog von einem Augenblick zum nächsten ihre Kalkulation um die Ohren.

Später kam Habeck mit dem Heizungs-gesetz um die Ecke, das Millionen von Eigenheimbesitzer um die Sicherheit ihrer Daseinsvorsorge fürchten ließ, in der das bezahlbare Wohnen im eigenen Haus einen zentralen Platz einnimmt. Und im vergangenen Januar dann strich Robert der Verlässliche mal eben den Zuschuss beim Kauf eines E-Autos. Die Folgen für die Hersteller sind bis heute verheerend.

Wir haben also allen Grund, uns gut anzuschallen, wenn ausgerechnet so einer auf „Verlässlichkeit und Planbarkeit“ pocht, denn er meint entweder das genaue Gegenteil oder er hat – nicht zum ersten Mal – keinen Schimmer, wovon er spricht. In beiden Fällen müssen wir uns auf eine weitere schwungvolle Achterbahnfahrt gefasst machen.

Was die Sache noch ein bisschen bunter macht: Habeck führt die Schleudertour nicht allein an. SPD-Wirtschaftspolitiker Sebastian Roloff eröffnete dem „Stern“ die neueste Idee aus den Reihen der Sozialdemokraten: eine Abwrackprämie für Leute, die ihren Benziner verschrotten lassen, um auf eine Elektrokarre umzusteigen. Auch solle es einen staatlichen Zuschlag zum E-Auto-Leasing für Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen geben und eine Förderung für private Ladeboxen.

Wir sehen ihn schon emporsprießen, den wunderbaren Förderdschungel. Und was, wenn wie im Januar das Geld im Fördertopf ganz unversehens alle ist? Na, dann hat eben schon wieder jeder, der zu spät kommt, mit Zitronen gehandelt und guckt in die Röhre. Es könnte der Ampel passieren, dass die Leu-

te das ahnen und die Prämie mangels Nachfrage zum Rohrkrepieler wird. Wer lässt sich gerne zweimal veräppeln in nur einem Jahr?

In der Praxis dürfte die Sache in etwa so ablaufen: Ein klimabewusster Kraftfahrer lässt seinen Verbrenner im Vertrauen auf die neue Abwrackprämie am Dienstag plattmachen, weil er ja schon am Donnerstag einen Termin beim Autohändler hat, wo er den Kaufvertrag für den schicken Stromer unterschreiben will. Dann aber tritt Minister Habeck am Mittwoch vor die Kameras, um mit Beileidsmine zu verkünden, dass die Prämie mit sofortiger Wirkung flachfalle, weil die Mittel erschöpft seien.

Wenn die Abwrackprämie auf, sagen wir, eher verhaltenes Interesse bei den Kunden treffen sollte, hätte dies also gut nachvollziehbare Gründe. Das wäre aber auch keine Tragödie, denn so eine „Transformation“ habe es nun einmal, „an sich, dass damit an manchen Stellen Rückschläge verbunden sind“, tröstet uns Felix Banaszak, Grünen-Vertreter im Wirtschafts- und Haushaltsausschuss des Bundestages. Habecks Weg sei trotzdem der richtige, denn nur der Staat, der nicht auf kurzfristige Renditen angewiesen sei, könne sinnvoll entscheiden, welche Industrien auch bei hohen Kosten notwendig seien.

Für „Rückschläge“ zahlt ja das Volk

Das hat er wirklich gesagt: „nur der Staat“. Die Rückkehr zur sozialistischen Planwirtschaft hätte kaum offensichtlicher verkündet werden können. So fragt Banaszak: „Sollen wir von Kapitalmarktinteressen abhängig machen, ob wir bestimmte Technologien noch brauchen oder nicht?“ Na, um Himmels Willen! Das müssen Politiker und Bürokraten entscheiden, wie damals in der ... wir müssen es nicht aussprechen.

Robert Habeck vergleicht seine „Transformation“ gern mit der Industriellen Revolution, um der Sache ein wenig historischen Pomp zu verleihen. Wer hat damals eigentlich entschieden, „ob wir bestimmte Technologien brauchen oder nicht“? Richtig: Das waren die verruchten Kapitalmärkte. Erst das Geld der vielen Aktionäre machten es Thyssen und Krupp, Siemens und Bosch, Daimler und Benz möglich, aus ihren genialen Ideen Konzerne von Weltruhm zu zimmern, und nicht etwa die Gunst von Politikern und Beamten. Der Unterschied: Die Herren Aktionäre gingen mit ihrem eigenen Geld ins Risiko. Was der Grüne Banaszak als lässlichen

—
Nicht das
Kapital soll
entscheiden,
welche
Technologien
wir brauchen,
sondern die
Politik, sagt
Habecks
Genosse



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de